
Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

4

Diskussionsschwerpunkt

**Strategien
der Rechtskräfte**



Herausgeber:

Detlev Albers (Bremen)
Heinz Albrecht (Berlin-West)
Erhard Eichert (Herford)
Klaus Peter Kisker (Berlin-West)
Heinrich Lienker (Harsewinkel)
Werner Loewe (Hamburg)
Klaus Thüsing (Paderborn)
Klaus-Peter Wolf (Berlin-West)

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Bremen), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Bodo Fritz (Marburg), Joachim Günther (Berlin-West), Mechthild Jansen (Bremen), Hans-Dieter Keil (Hannover), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hannover), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Peter Pelinka (Wien), Hans Randl (Kiel), Ulrich Zimmer (Strasbourg), Heinz Zoller (Karlsruhe)

Redaktion:

Heinz Beinert, Robert Brögeler, Jürgen Harland, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Michael Zenz

Redaktionssekretariat:

Frank Heidenreich, Christiane Rix-Mackenthun

Redaktionsanschrift:

Moltkestr. 21, 1000 Berlin 45, Tel.: (030) 834 24 22

Verlag:

SPW Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Satz:

Composersatz + Montage
Martin Schmidt, Schudomastraße 50, 1000 Berlin 44, Telefon 681 65 09

Herstellung:

Verlag + Druck Informdienst, Berlin-Reinickendorf

Vertrieb:

SPW GmbH & Co. Druck- und Vertriebs-KG i.G., Moltkestr. 21, 1000 Berlin 45

Auflage:

1. - 3. Tausend Juli 1979

Die „spw“ erscheint in 4 Heften jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 420 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich.

Der Einzelverkaufspreis beträgt DM 5,—. Im Jahresabonnement kostet jedes Heft DM 4,50 (Republik Österreich: S 40,—/140,—) einschließlich Versandkosten.

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.

Konto-Nr. Postscheckamt Berlin West 109974 · 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt der Demokratischen Verlagskooperative (DVK) sowie – in Teilaufgabe – eine Abo-Zahlkarte des „spw“ Verlags.

EDITORIAL	3
AKTUELLER KOMMENTAR	
HEINZ BEINERT	6
Carstens-Wahl und Strauß-Kandidatur	
AUFSÄTZE ZUM DISKUSSIONSSCHWERPUNKT	
Strategien der Rechtskräfte	
NORMAN PAECH	9
Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates	
REINHARD KÜHNL	20
Kapital-Strategien zur Herrschaftssicherung	
HANS-DIETER BAMBERG	31
Die bundesdeutsche Reaktion –	
Positionen und Zielsetzungen von CDU und CSU	
AUFSÄTZE AUSSERHALB DES DISKUSSIONSSCHWERPUNKTES	
DETLEV ALBERS	40
Sechs Thesen zum Verhältnis von Linkssozialisten und	
Eurokommunisten	
MECHTILD JANSEN	47
1. September Antikriegstag 1979 –	
Zur Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung	
CHRISTIANE RIX-MACKENTHUN	58
20 Jahre gute Argumente –	
Zum 20jährigen Bestehen der Zeitschrift „DAS ARGUMENT“	
PAUL OEHLKE	60
Immer wieder „Stamokap“ –	
Zur Kritik Bremer Sozialdemokraten an den „Herforder Thesen“	
THOMAS SCHEFFLER/THOMAS WALDHUBEL	65
Politisches Modell und sozialistische Hegemonie. Anmerkungen	
zum politiktheoretischen Ansatz der „Herforder Thesen“	
BERICHTE	
RAINER CHRIST/JOACHIM GÜNTHER	76
Nach dem Aschaffener Kongreß –	
Die Jungsozialisten vor der Wegscheide	

ALFRED GEORG FREI	82
Bericht vom Kongreß des PS Frankreich vom 6. bis 8. April 1979 in Metz	
PETER PELINKA	94
Österreichische Wahlen: Rechtsblock abgewehrt	
DOKUMENTATION	
DGB-Aktionsprogramm '79	99
BUCHBESPRECHUNGEN	
JOHANNES H. v. HEISELER	105
Jugendliche im Betrieb – Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher (D. Dehm)	
ALFRED G. FREI	107
Antonio Gramsci – Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus (D. Albers)	
IMSF (Hrsg.), DGB wohin? –	108
Dokumente zur Programmdiskussion (Hans Willi Weitzen)	

Editorial

1. Entwicklungsschwierigkeiten im ersten Jahr

Mit dem Heft 4 feiert die Vierteljahreszeitschrift „spw“ Geburtstag: *1 Jahr spw*. Genau genommen besteht das Projekt schon seit eineinhalb Jahren; im Januar 1978 konstituierte sich ein Redaktionskollektiv in Westberlin und begann mit der Aufbauarbeit.

Mit spw 1 lag das erste handgreifliche Resultat des ehrgeizigen Versuchs vor, nach über 20 Jahren wieder eine marxistische Zeitschrift *innerhalb* der deutschen Sozialdemokratie zu verankern. In einer „liberalisierten“ Form des Themenhefts erschienen spw 2 und 3 zu zentralen Fragen der aktuellen Politik: Gewerkschaftspolitik und westeuropäische Sozialdemokratie.

In diesem ersten Jahr war die Arbeit der Redaktion durch vielfältige Belastungen gekennzeichnet.

Erstens besaßen die acht Redakteure keine Erfahrung, wie ein theoretisches Organ zu produzieren sei, wenn es die selbstgestellte Aufgabe lösen will, durch Diskussion kontroverser Standpunkte einen Beitrag zur Vereinheitlichung der Linken zu leisten und die Politik von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern zu orientieren.

Zweitens bildet die Redaktion das organisatorische Zentrum des gesamten Projekts. Neben der redaktionellen Tätigkeit liegt alle „technische“ Arbeit bei den Redakteuren. Fast nichts geschah in diesem ersten Jahr, was wir nicht selber taten. Zu wenige machen noch zu viel. Wir spüren es an den Mängeln in der Organisation von Vertrieb und Werbung.

Drittens entwickelten sich die Produktionsbedingungen krisenförmig. Heft 1 und 2 wurden auf privaten Schreibtischen bearbeitet. Im Dezember letzten Jahres konnten wir endlich als Untermieter der Jungsozialisten Berlin-Zehlendorf ein eigenes Büro beziehen. Die politische Kündigung des Ladens durch den neuen Hausbesitzer (DDR-Aussiedler) zum 15. März d.J. desorganisierte erneut jede kontinuierliche Arbeit in Vertrieb und Redaktionssekretariat. Erst seit zwei Wochen besitzen wir wieder ein Büro. Die Verfügung über einen eigenen Raum wird zu einer organisatorischen Stabilisierung des Projekts beitragen und – hoffentlich – den Wirkungsgrad unseres knapp bemessenen Arbeitspotentials erhöhen.

spw – Vertrieb und Redaktionsanschrift:
Moltkestr. 21, D-1000 Berlin (West) 45
Tel.: (030) 834 24 22

Bürozeiten: Di 10–13
Mi 15–18
Fr 15–18

2. Zum vorliegenden Heft

Die Rechtsentwicklung in der BRD ist das zentrale Thema dieses Hefts. Die Notwendigkeit der Analyse rechter Politik wird auch durch internationale Entwicklungen unterstrichen: Die ersten Direkt-Wahlen zum kompetenzarmen Europa-Parlament bestätigten nicht allein eine weit verbreitete kritische Haltung zur westeuropäischen Integration. Sie waren in Großbritannien, in der BRD und in den Benelux-Staaten vor allem eine Niederlage der Linken, die erneut die Frage nach der politischen Arbeitsweise der Rechtskräfte aufwirft. Das Wissen um die Gründe, weshalb die politische Rechte so wirksam den ideologischen Klassenkampf gegen die soziale Bewegung führt, ist eine Voraussetzung für die Ausarbeitung erfolgreicher sozialistischer Strategien.

Reinhard Kühnl untersucht die „Strategie der Rechtskräfte“ im Hinblick auf die Frage, in welchen umfassenden politischen Konzepten die Herrschenden die „Lösungen“ etwa der wirtschaftlichen Probleme denken, und welche dieser Gesamtkonzepte angesichts der internationalen Kräfteverhältnisse realistisch, d.h. mittelfristig durchsetzbar sind. Er formuliert die These, daß in der BRD aktuell nicht die Gefahr eines neuen Faschismus droht, sondern die Umwandlung der bürgerlich-demokratischen Grundordnung in den *autoritären Staat*. Kühnls historische Analyse der Kräfteverhältnisse enthält den politisch-praktischen Vorschlag, sich beim Kampf „Anti-Rechts“ auf den Hauptgegner, die CDU/CSU, zu konzentrieren. Mit Kühnl sieht auch Bamberg nicht in den neofaschistischen Gruppen, sondern in CDU und CSU die Hauptträger der Rechtsentwicklung. In seinem Beitrag zu den Positionen und Zielvorstellungen der bundesdeutschen Reaktion hebt Bamberg die zunehmende Radikalisierung des rechten Blocks insgesamt hervor.

Norman Paech behandelt im einzelnen den Vollzug der Grundrechtsdemontage. Die vielfältigen Angriffe auf die demokratisch-antifaschistischen Gehalte des Grundgesetzes, der Länderverfassungen und der Strafprozeßordnung müssen in den Erklärungszusammenhang einer Theorie der sozialen und demokratischen Rechte im Monopolkapitalismus gestellt werden. Wegen Überlänge veröffentlichen wir den zweiten und letzten Teil des Beitrags von Paech im nächsten Heft.

Außerhalb des Schwerpunkts erscheinen u.a. Thesen von Detlev Albers zu einem Teilaspekt konkreter linker Gegenstrategie, die schon für den Schwerpunkt von spw 3 geplant waren. Nach Albers bedarf es gerade der Intensivierung der Zusammenarbeit von Linkssozialisten und Eurokommunisten, um im westeuropäischen Maßstab erfolgreich für demokratische Erneuerung und sozialistische Veränderung zu kämpfen. Hiermit und mit den Berichten von Pelinka zum österreichischen Wahlergebnis und von Frei vom April-Kongreß des PSF wird fortgesetzt, was wir in spw 1 mit der CERES-Einschätzung der französischen Linken nach den Wahlen von 1978, den kontroversen Beiträgen zur Rolle der PLO für fortschrittliche Bewegungen in Nahost in spw 2 und 3 und dem

Schwerpunkt des letzten Hefts begannen: an die Ausarbeitung sozialistischer Politik nicht allein vom nationalen Standpunkt herangehen, sondern Erfahrungen der Linkskräfte in anderen Ländern sowie internationale Kräfteverhältnisse zur Kenntnis nehmen.

Mechtild Jansen fragt nach den Erfolgen der bundesdeutschen Friedensbewegung. Sie bestimmt die Notwendigkeit ihrer Entstehung in den 50er Jahren auf dem Hintergrund der Erfahrung faschistischer Herrschaft und des Kriegs sowie des Fortbestehens des Großkapitals und einer Politik der Remilitarisierung und der Verursachung von Spannungen. Der Beitrag ist Aufforderung an alle Sozialdemokraten, jetzt für eine konsequente Politik der Friedenssicherung durch schrittweise Abrüstung und internationale Zusammenarbeit einzutreten.

spw 3 enthielt den ersten Beitrag zu den „Herforder Thesen“. In diesem Heft setzen wir die Diskussion der „Thesen“ durch zwei weitere Aufsätze fort. Oehlke antwortet auf die Bremer Kritik (Scherf, von der Wring u.a.), Scheffler/Waldhubel kritisieren eine bestimmte Vorstellung vom Politikmachen, wie sie – nach vielen programmatischen Dokumenten der internationalen Arbeiterbewegung – auch den „Thesen“ zugrunde liegt: nämlich die Annahme, allein durch Ausarbeitung des künftigen Gesellschaftsmodells Mehrheiten für sozialistische Lösungen schaffen zu können.

In der Rubrik *Dokumentation* wird das DGB-Aktionsprogramm zugänglich gemacht, das am 13.6. im Bundesausschuß beschlossen wurde.

3. Die nächsten Themen

Eine gemeinsame Tagung von Redaktion und Herausgeberkreis diskutierte Anfang April die künftigen Themenschwerpunkte der spw. Im kommenden Heft werden aus aktueller Notwendigkeit ausnahmsweise zwei Schwerpunkte gesetzt.

Heft 5 (Oktober d.J.):

- Westdeutsche Sozialdemokratie seit '59 – von Godesberg nach Bonn?
- Ökologie und sozialistische Politik

Heft 6 (Januar 1980):

- Entspannung und Abrüstung

An unsere Leser!

Um spw bekannter zu machen, benötigen wir die Anschriften der bezirklichen und örtlichen Juso-Info-Redaktionen. Schreibt uns und teilt uns bitte die aktuellen Adressen mit!

Wir würden uns ferner darüber freuen, wenn sich Abonnenten in den Organisationsgliederungen, wo spw noch nicht durch Vertriebsagenten verkauft wird, bei uns melden, damit der Vertrieb „flächendeckender“ organisiert werden kann.

Heinz Beinert

Carstens-Wahl und Strauß-Kandidatur

Das politische Mißtrauen im Ausland gegenüber der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren unübersehbar gewachsen. Der niederländische Sozialistenführer Joop den Uyl drückte es jüngst auf einem Symposion in Amsterdam sehr drastisch aus, als er sagte: „Wer verhindern will, daß Deutschland erneut zur Brutstätte eines Krieges wird, muß die Europäische Gemeinschaft intakt halten.“

Worum ging es Joop den Uyl? Was Sozialisten und Demokraten im Ausland und hier bewegt, ist nicht nur die historische Erfahrung der nationalistischen Aggressivität Deutschlands, sondern in erster Linie die gegenwärtige innenpolitische Entwicklung in der BRD.

Von dem „Modell Deutschland“, das die SPD vor Jahren auf dem Höhepunkt der Reform-Euphorie anpries, und auf das wir „stolz sein sollten“, ist nicht viel übrig geblieben. Die „Reform-Politik“ der Sozialliberalen als Antwort auf die Studentenbewegung und die auf gesellschaftliche Veränderungen drängende „Außerparlamentarische Opposition“ hätte nur erfolgreich sein können, wenn sie einerseits der lohnabhängigen Bevölkerung nicht nur „übergestülpt“ worden wäre, und wenn andererseits die realen reformfeindlichen Gegenkräfte berücksichtigt worden wären. Beides geschah nicht. Reformen können nicht in kleinen Zirkeln oder Vorständen für die Massen ausgedacht werden, sie müssen mit ihnen gemeinsam entwickelt statt „von oben“ aufgezwungen werden. Die Marxsche These, daß „die Theorie zur materiellen Gewalt wird, sobald sie die Massen ergreift“, hat ihre Gültigkeit nicht verloren. Das heißt auch, daß eine fortschrittliche Reformpartei vorhandene Keime kritischen Bewußtseins und des Willens zur Veränderung mit Leben erfüllen muß.

Was ist das für ein Widerspruch, wenn die SPD als „Arbeitnehmerpartei“ ihrer Wählerbasis Reformen verspricht und gleichzeitig mithilft, den für Reformen aufgeschlossenen Teil der Bevölkerung politisch zu diskriminieren und zu unterdrücken. Nichts anderes aber bewirkt der Extremistenbeschluß und die mit ihm verbundenen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffeleien nach 1972. Im Unterschied zur SPD besitzen CDU/CSU – trotz Kanzlerkandidatenstreit – klare politische Zielsetzungen. Mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus“ haben die konservativ-reaktionären Kräfte in historischer Kontinuität den Antikommunismus-/sozialismus aus dem Nazireich in die Bundesrepublik hinübergerettet. Die Sozialdemokraten scheinen aus der Erfahrung des deutschen Faschismus wenig gelernt zu haben, wenn sie konsequent-sozialistische Kräfte offenbar mehr beargwöhnen, als sie die politische Rechte fürchten. Die innenpolitischen Feindbilder der Strauß und Carstens, etwa die verfassungswidrige

Rede vom „Verfassungsfeind“, sind aber nichts weniger als Sprachregelungen, die die eine neue gewaltsame Verfolgung der Arbeiterbewegung vorbereiten können.

*

Verfassungsfragen sind Machtfragen. Selbst diese Erkenntnis von Ferdinand Lasalle hat die SPD in den letzten Jahren ebenfalls verdrängt. Nur so ist es zu verstehen, daß sie dem Druck der CDU/CSU nachgab und zuließ, daß das Grundgesetz in den dreißig Jahren seines Bestehens immer weiter ausgehöhlt und die Strafgesetzgebung im gleichen Maße verschärft wurde. Scheinbar unbegrenzte wirtschaftliche Stabilität, starke Gewerkschaften und das Bewußtsein, als Regierende selbst die Staatsmacht demokratisch zu handhaben, hat ihr den Blick für die tatsächlichen Machtverhältnisse offensichtlich verstellt.

Nicht zuletzt aber hat die Wirtschaftskrise die Problemstellungen der politischen Kämpfe in der Bundesrepublik verändert. Die Unfähigkeit der SPD und die Haltung der ohnehin privatkapitalistisch orientierten FDP gaben den Demagogen in den Unionsparteien die Chance, mit „Haltet-den-Dieb-Parolen“ die Mehrheitsverhältnisse zu verschieben. Die an die Interessen der Wirtschaft gebundene Politik der Regierung verhindert außerdem Alternativen zur Kernenergie, verbaut Lösungen im ökologischen Bereich und blockiert eine radikale Abrüstungspolitik, die allein der von Willy Brandt eingeleiteten Entspannungspolitik die materielle Grundlage für einen weltweiten Kampf der Völker gegen Armut, Fremdbestimmung und Kriegsgefahr geben würde.

Profiteure dieser Politik sind Konservative und Reaktionäre. Dies drückt sich nicht ausschließlich in Wählerprozenten aus. Ihre Sprache und die Form, wie sie ihren Machtanspruch vertreten, haben ein Klima geschaffen, in dem zunehmend potentielle Verbündete der Sozialliberalen in vielen öffentlichen Bereichen – beispielsweise in den Massenmedien – eingeschüchtert wurden. Teile der unzufriedenen Jugend wiederum suchen „alternative“ Lösungen durch Flucht in den unpolitischen Alltag oder durch militantes Auftreten in neofaschistischen Gruppen.

Die Wahl des Deutschnationalen Karl Carstens zum Bundespräsidenten – und die Sprach- und Hilflosigkeit der SPD dabei – zeigt an, wohin die Rechtsentwicklung in der bundesdeutschen Politik gegenwärtig geht. Carstens wurde von Strauß zum Präsidenten gemacht. Der rechte Machtpolitiker wollte damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen prüfen, wie groß seine Gefolgschaft in CDU/CSU ist und zum anderen das höchste Staatsamt mit einem willfährigen Mann besetzen, der jeden reaktionären Schritt ohne Skrupel mitmacht.

Die Carstens-Wahl wurde zu einem Triumph für Strauß. Dabei kalkuliert der von einem unzählbaren politischen Ehrgeiz getriebene Rechtsaußen Strauß konsequenter als seine eher harmlosen innerparteilichen Gegner. Manche SPD-

Politiker reiben sich wegen der „Zerstrittenheit“ in den Unionsparteien die Hände, weil sie glauben, daß sich die Siegeschancen für die Sozialliberalen dadurch erhöhen. Sieht man von diesem sozialdemokratischen Irrtum ab, da sich im Ernstfall die antisozialistische Einheit der Konservativen erneut bestätigen würde, so ist für Strauß die „Zerstrittenheit“ selbst ein Teil seines strategischen Kalküls. Er weiß, daß in wirtschaftlichen Krisenzeiten weite Teile der Bevölkerung zerrüttete Zustände in Parteien für den drohenden Verfall des Staates (und damit ihrer „Sicherheit“) halten und sich deshalb einen „starken Mann“ wünschen.

*

Ein Bundeskanzler Strauß kann am ehesten verhindert werden, wenn die SPD nicht weiter zu einem bloßen Wahlverein für den „Krisenmanager“ Schmidt herabsinkt. Die SPD kann Strauß den Weg in das Kanzleramt verbauen, wenn sie den amtierenden Kanzler in ein Programm einbinden kann, das an die Reformpolitik von 1969 anknüpft, ohne die Illusion einer kampflosen Durchsetzung fortschrittlicher Vorhaben zu wiederholen. Eine Politik für die Sicherung der Arbeitsplätze, für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte und für Frieden und Abrüstung muß zu einer Plattform sozialistischer Reformpolitik weiterentwickelt werden, die auch systemverändernde Maßnahmen einschließt.

Carstens als Bundespräsident, Strauß als Bundeskanzler, dies ist nicht nur für das Ausland ein Alptraum. Auch wir müssen uns der Machtverschiebung bewußt werden, die sich in dieser Personenkonstellation ausdrücken würde. Wie weit nach rechts das politische Spektrum der Carstens und Strauß geht, kann man in der faschistischen „Deutschen Nationalzeitung“ nachlesen, die in ihrer Ausgabe vom 1. Juni 1979 über „die große Wende mit Carstens und Strauß“ jubelt.

Wenn Joop den Uyl meint, daß die „deutsche Gefahr“ nur durch die feste Einbindung der Bundesrepublik in die EG gebannt werden kann, dann ist das nur die halbe Wahrheit — der Ausgang der ersten europäischen Direktwahlen hat es deutlich gemacht. Die politische Reaktion bei uns und im übrigen Europa kann nur gestoppt werden, wenn sich ihrem Europa der multinationalen Konzerne ein Europa der für sozialen Fortschritt aktiv kämpfenden Werktätigen entgegenstellt: Nicht nur in einem, ohnehin wenig Kompetenzen besitzenden Europa-Parlament, sondern durch die enge Zusammenarbeit aller Kräfte der sozialen Bewegung und mit einer gemeinsamen Strategie aller Gewerkschaftsverbände. Dies ist die internationale Komponente einer Politik gegen Strauß und seinesgleichen. Daran sollte die Führung der SPD und des DGB denken, oder besser, dahin muß die Basis beider Organisationen ihre Führer zwingen.

Norman Paech

Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaats* (I)

Aufgabe dieses Beitrages ist, einen Überblick über die gegenwärtigen Tendenzen des Abbaus demokratischer Rechte zu geben, gleichsam eine Weitwinkelaufnahme vom Schlachtfeld des Rechtsstaates. Ein solches Schlachtgemälde gefährdet klare begriffliche Unterscheidungen, und am Ende könnte vor lauter Toten und Verwundeten keiner ein richtiges Bild vom Zustand des Rechtsstaates gewinnen.

I. Drei historische Vorbemerkungen.

1. Wir leben in einer Übergangszeit. Der Bogen der geschichtlichen Aufgabe des Kapitalismus neigt sich seinem Ende zu. Die Widersprüche seiner ökonomischen und sozialen Existenz werden schärfer. Mitbestimmung, Aussperrung, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und 35-Stunden-Woche sind nur die Chiffren für die in diesem System unlösbaren Widersprüche, die es über sich selbst hinaustreiben. Daß diese Entwicklung nicht ohne entscheidende Rückwirkungen auf die politischen Formen des Systems bleibt, haben wir im europäischen Faschismus gesehen und können wir derzeit eingehend an jenen Ländern der dritten Welt studieren, die an der kürzesten Leine westeuropäischen und US-amerikanischen Monopolkapitals liegen wie Chile, Argentinien, Brasilien, Südafrika, Iran, Indonesien, Südkorea usw. Wir wissen heute, daß die einmalige Erfahrung des Faschismus nicht der Garant für die Unwiederholbarkeit dieser barbarischen Regierungsform der bürgerlichen Gesellschaft ist. Rechtsstaat oder Diktatur sind keine sich ausschließenden Alternativen. Der Übergang von der einen zur anderen bildet nur den Formwandel der politischen Herrschaft auf der Grundlage fortbestehender kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Der Aufbau des bürgerlichen Staates als Rechtsstaat war das revolutionäre Ergebnis des Kampfes des Bürgertums gegen die feudale Fürstenherrschaft Anfang des vorigen Jahrhunderts. Rechtsstaat als Gesetzesstaat war der Kampfbegriff des ökonomisch erstarkenden Bürgertums gegen willkürlich absolutistische Herrschaftspraxis, war die Forderung nach Berechenbarkeit, Voraussehbarkeit und formaler Gleichheit, nach der Legalität der staatlichen Tätigkeit bei der Einrichtung kapitalistischer Verkehrsformen. Der siegreiche Aufstieg des industriellen Bürgertums zur herrschenden Klasse verwandelte die gesellschaftlichen Beziehungen in vertragliche Rechtsverhältnisse und den feudalen Willkürstaat in den gesetzlich handelnden Rechtsstaat. Er blieb natürlich Staat der herrschenden Klasse, nur diese wurde allmählich durch das Bürgertum und später die Monopolbourgeoisie ersetzt, und anstelle der Fürstengewalt trat die poli-

* Der Beitrag ist die (leicht gekürzte) Überarbeitung eines Vortrags, gehalten in einer Arbeitsgruppe der Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Jungsozialisten am 2.2.1979. Der zweite und letzte Teil wird im nächsten Heft erscheinen.

tische Form des Parlamentsgesetzes und die daran gebundene Exekutivgewalt. Dieser Staat war auch im Frühkapitalismus weder der „Nachtwächterstaat“, wie ihn Lasalle sah, noch war er das allein der herrschenden Klasse zur ausschließlichen Verfügung stehende Instrument. In seinen widersprüchlichen Aktionen übersetzten sich die Antagonismen des gesellschaftlichen Kampfes. Auch der Staat des Sozialistengesetzes war der Rechtsstaat, und es gab nicht wenige Juristen im Faschismus, die dem Dritten Reich das Prädikat Rechtsstaat zuerkannten.

Auf dieser Tradition baut der heutige Rechtsstaat auf, und er ist insofern ihr legitimer Erbe, als seine gesellschaftliche Basis, nämlich das ökonomische System des Kapitalismus, überdauert hat.

2. Dieses vorausgeschickt, müssen wir also die gegenwärtigen Erscheinungen der Rechtsdemontage vor dem Hintergrund der Spätphase des Kapitalismus, seinem staatsmonopolitischen Stadium sehen. Dabei haben wir sie natürlich nicht allein vor den inneren Schwierigkeiten des Systems zu beobachten, sondern vor der nachbarlichen Alternative, der Entstehung und Erstarkung des sozialistischen Lagers.

Sehen wir uns die Situation unmittelbar nach der Gründung der beiden deutschen Staaten an, so begann 1951 mit dem ersten Strafrechtsänderungsgesetz eine Epoche der Kommunistenverfolgung in der BRD, die weitaus größere Ausmaße annahm, als die Radikalenpraxis heute.¹ Schon im September 1950 wurde mit dem sogenannten Adenauererlaß ein Instrument geschaffen, um Staatsbedienstete aus politischen Gründen aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. In der Zeit von 1951–1968 wurden ca. 5000–6000 Personen wegen politischer Vergehen verurteilt, bis zu 14000 staatsanwaltschaftliche Ermittlungen im Jahr, die wiederum nur ein Bruchteil der gesamten polizeilichen Ermittlungen waren. Die Zielsetzung war damals wie heute die gleiche: Verbreitung von Einschüchterung und Angst vor möglicher Verfolgung, Aufgabe oder Einschränkung politischer Tätigkeit – dazu genügte schon die Untersuchungshaft, heute die Anhörung. Zu erinnern ist daran, daß damals der Koreakrieg begann und in der BRD die Diskussion um die Wiederaufrüstung eng mit der praktischen aus allen bürgerlichen Parteien kommenden Forderung nach einer Amnestie für Kriegsverbrecher verbunden wurde. Das ging soweit, daß selbst Sozialdemokraten nicht vor der platten Rehabilitierung von Kriegsverbrechen und der Diffamierung der Nürnberger Prozesse zurückschreckten. Wie etwa der SPD-Bundestagsabgeordnete Merten in der Bundestagsitzung vom 17.9.1952 erklärte:

„... das ist selbst einem juristischen Laien klar, daß die Prozesse (von Nürnberg), deren Opfer diese Männer wurden, nicht dem Vollzuge der Gerechtig-

1. Alexander v. Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland von 1949–1968, Frankfurt/M., 1978; Erhard Denninger (Hrsg.), Freiheitlich demokratische Grundordnung, Frankfurt/M., 1977, 2 Bde.

keit gedient haben, sondern daß sie politische Prozesse mit einem ad hoc geschaffenen Recht gewesen sind. Sie dienten der Ausübung politischer Macht und politischer Gewalt ... Man glaubte, mit Hilfe der Macht aus Unschuldigen Schuldige machen zu können ... Wir müssen Schluß machen mit jeder Diskriminierung von Deutschen auch vor dem Gesetz. Schluß mit der Rechtspraxis, deren Grundlagen von dem Willen zur Rache und zur Vergeltung diktiert worden sind".²

Das war eine verbreitete Ansicht über die Bewältigung der deutschen Vergangenheit und besonders zynisch angesichts der gleichzeitig inszenierten Kommunistenverfolgung. Antikommunismus und eine kaum verhüllte frühzeitige Überdrüssigkeit, sich mit dem Faschismus auseinanderzusetzen, waren und sind die beiden ideologischen Hauptmerkmale der politischen Restauration..

3. Und noch eine letzte Vorbemerkung, die davor warnt, Restauration, Konservatismus und Erosion des Rechtsstaats als gleichsam naturwüchsiges Ereignis zu betrachten, das von entnervten Ministern und Beamten in Panik aus dem Stegreif auf die Bürger gelassen wird. 1955 wurden bereits die ersten Vorarbeiten für die dann 1968 erlassenen Notstandsgesetze begonnen. Verschiedene Anläufe, eine gesetzliche Regelung vor dieser Zeit zu erreichen, waren an der nicht günstigen psychologischen Situation jeweils gescheitert. Auch die Kompetenzerweiterung und Effektivierung des Bundeskriminalamtes für die Bekämpfung „des überregionalen inneren Notstandes“ (Benda 1968) war schon Ende der 50er Jahre in Diskussion, konnte aber erst vor dem Hintergrund der antiautoritären Studentenbewegung von der neuen sozialliberalen Koalition 1969 umgesetzt werden. Und bei der Verabschiedung eines ganzen Pakets zur inneren Sicherheit im Juni 1972, das ein neues Haft- und Waffenrecht, das neue Bundeskriminalamt- und Verfassungsschutzgesetz nebst den notwendigen Verfassungsänderungen umfaßte, stellte der damalige Innenminister Genscher fest, „das diese Gesamtkonzeption von Bund und Ländern nicht etwa wie man heute gelegentlich in den Zeitungen lesen konnte, das Ergebnis der Besorgnis aus den Terrorakten der letzten Monate ist“,³ sondern von langer Hand vorbereitet wurde.

Die Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates ist seit 1950 mit Unterbrechungen, aber kontinuierlich vorangetrieben worden, als Vorsorge vor möglichen Gefährdungen des „Normalbestandes“, wie es 1959 der SPD-Bundestags-sprecher Merten sagte. „Wir denken dabei an Krisen katastrophalen Ausmaßes auf wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet und die hieraus erwachsene politi-

2. Merten, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1952, Seite 10499f.

3. Genscher, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Sitzung vom 22.6.1972, Seite 11467

sche Radikalisierung“, fuhr er damals fort und bedauerte, „daß in solchen Fällen die Bundeswehr nicht im Inneren einsetzbar sei“.⁴

Diese z.T. langfristigen Entwicklungen müssen wir berücksichtigen, wenn wir den gegenwärtigen scharfen Restaurationsschub verstehen wollen. Aber wir benötigen mehr noch einen Begriff von den gesellschaftlichen Bedingungen, um nicht bei einer Aneinanderreihung mehr oder weniger trauriger oder empörender Gesetze, Gerichtsurteile und Skandale zu bleiben, um nicht in der politischen Praxis ziellos zwischen Apathie und aufgeregter Empörung zu schwanken. Daher wird zunächst in aller Kürze auf den Zusammenhang von ökonomischer und politischer Krise einzugehen sein, um daran anschließend auf das Erscheinungsbild der gegenwärtigen Rechtsstaatsentwicklung zu kommen und schließlich einige politische Aufgaben skizzieren, die sich m.E. daraus für den aktuellen politischen Kampf vordringlich ergeben.

II. Ökonomische Krise und Labilität des politischen Systems.

In den Ländern der OECD haben wir derzeit 17 Mill. Arbeitslose, 1977 streikten in den kapitalistischen Ländern ca. 51 Mill. Arbeiter und Angestellte – dies sind nur zwei äußere Daten für die außerordentlich verschärften ökonomischen Widersprüche der 70er Jahre. Diese sind nicht nur beschränkt auf das eine oder andere Land, sondern sind zu einer allgemeinen und nun schon dauerhaften Erscheinungsform sämtlicher kapitalistischen Industrieländer geworden. Nicht nur in den USA mit seinem monatelangen harten Bergarbeiterstreik, in Italien und Frankreich mit Generalstreik oder in der BRD mit den Streiks der Drucker und Metallarbeiter, sondern auch in den skandinavischen Ländern nimmt die Tendenz zu einer langfristigen Verschärfung der Klassenauseinandersetzung zu. In allen westlichen Demokratien stehen die Herrschenden vor dem Problem zunehmender politischer Labilität. Entsprechend spricht der Tindemannsbericht von 1975 von einem „Zustand der Ohnmacht und Schwäche“ der Regierungen angesichts der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten.

Ich sehe derzeit drei Hauptmerkmale der politischen Labilität und Krise:

1. Verschleiß des parlamentarischen Instrumentariums.

Die Vielfalt und Kompliziertheit der kapitalistischen Widersprüche hat den gesamten Organismus des politischen Herrschaftssystems ergriffen. Am intensivsten jene Institutionen, die am engsten mit dem Wirtschaftsprozeß verflochten sind. D.h. der Staatsapparat selbst mußte um der langfristigen Stabilisierung und Abstützung des Wirtschaftssystems willen den Preis hoher Staatsverschul-

4. Zitat aus Gerhard Schröder (Hrsg.), Das Gesetz für die Stunde der Not, Bonn 1961, S. 35

dung, Haushaltsdefizite und Rüstungsausgaben zahlen. Das bedeutete jedoch nichts anderes, als daß er die Lasten mangelnder sozialer Aktionsfähigkeit der Bevölkerung überbürden mußte, die jedoch immer weniger bereit ist, solche „Sachzwänge“ anzuerkennen. Über 50 Regierungsumstürze und Kabinettsbildungen seit Beginn der 70er Jahre in den Ländern der OECD, 13 davon in den letzten zwei Jahren⁵ sind die Quittung und zugleich Ausdruck dafür, in welch kurzfristigen Zeiträumen das politische System zu oft hektischen Reaktionen und Kursveränderungen gezwungen wird.

Sehen wir auf die Regierungskoalitionen in der BRD aber auch in Dänemark und Italien, so retten sie sich von Krise zu Krise, immer mit der Wahrscheinlichkeit auseinanderzubrechen. Auch dies ist nur ein Ausdruck für die Instabilität der Parteiensysteme sowie des Legitimations- und Integrationsverlustes der Parteien selber und für den allgemeinen Verschleiß der parlamentarischen Institutionen. Das zumeist äußerst gefährdete parlamentarische Gleichgewicht zersetzt immer mehr seine eigene Entscheidungsfähigkeit und verhindert damit zugleich die Lösung der schwierigsten Probleme durch grundsätzliche Alternativen. Vor einer so abartigen Situation wie Schweden ist kein Land gefeit: Dort führte das Patt im Parlament bis zur Abwahl der sozialdemokratischen Regierung dazu, daß 152 Gesetze durch Losentscheid abgelehnt oder angenommen wurden. Es ist vollkommen einsichtig, daß mit solch einem politischen Instrumentarium die lebenswichtigen Probleme der Massenarbeitslosigkeit, Inflation, Wachstumsstillstand und Finanzkrise des Staates nicht wirksam in Angriff genommen werden können. Es ist aus dieser Situation heraus erklärlich, daß eine Vielzahl politischer Entscheidungen aus dem parlamentarischen in den nichtöffentlichen Exekutivraum verlagert werden.

2. Verlust des Herrschaftskonsenses

Der Verschleiß des parlamentarischen Parteiensystems ist ganz allgemein mit einem Verlust des Herrschaftskonsens verbunden, der sehr vielfältige Aspekte hat. Zum einen erkennen wir, daß die politischen Programme der bürgerlichen Parteien immer weniger eine unmittelbare Bedeutung für die Grundausrichtung einer langfristigen praktischen Politik erlangen, sondern zunehmend eine eher strategische Zielsetzung zur ideologischen Bindung und Integration breiter Wählerschichten bekommen. Dies gilt auch für den Orientierungsrahmen 85, der für 10 Jahre die Leitlinien konkreter sozialdemokratischer Politik bestimmen sollte, aber schon heute durch die auch in der Sozialdemokratie geführte wesentlich abstraktere Grundwertdiskussion überlagert, ja teilweise ersetzt wird. Die verzweifelte Suche nach immer neuen philosophischen Grundlagen, gestern der „kritische Rationalismus“ des Sir Karl Popper, heute der

5. Hans-Heinrich Angermüller, Zur politischen Labilität in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: IPW-Berichte 9/78, Berlin/DDR, S. 20f.

Rückgriff auf Eduard Bernsteins „Revisionismus“, versucht nicht nur, den Marxismus als ideologische Alternative zu bekämpfen, sondern auch eine plausible Legitimation der eigenen Ohnmacht zu liefern.

Verlust des Herrschaftskonsenses und seine Begründung gegenüber der Bevölkerung drückt sich zum anderen aber auch in der zunehmenden Störanfälligkeit und Unwirksamkeit der Herrschaftsmethoden aus. Die „Unregierbarkeit der Städte“ ist nur ein Schlagwort, deutet aber im Kommunalbereich an, was auch auf der Staatsebene sichtbar wird: Daß nicht nur autoritäre Herrschaftsmethoden, sondern selbst liberal oder sozialdemokratisch ausgerichtete Herrschaftskonzepte versagen. Nicht nur das neokeynesianische Modell der Wirtschaftsregulierung, sondern die meisten sozialdemokratisch inspirierten Sozial- und Reformprogramme mußten mit der Wirtschaftskrise 74/76 auf Eis gelegt oder sogar zurückgenommen werden. Diese Krise sozialer und liberaler Reformpolitik hat schließlich wesentlich zur Aufkündigung des Herrschaftsin den Parteien und im Staatsapparat geführt.

3. Labile Herrschaftsverflechtung von Staat und Monopolen.

Das dritte Hauptmerkmal verweist wieder direkter auf den engen Zusammenhang von Ökonomie und Politik. Mit der enormen ständig steigenden Konzentration ökonomischer Macht von internationalen Ausmaßen wird der Einfluß und Druck des Monopolkapitals auf den Staatsapparat der einzelnen Länder immer zwingender. Die Beherrschung der wesentlichen nationalen Ressourcen, von der Rohstoffversorgung über die Rüstungsindustrie bis zum größten Teil des nationalen Arbeitskräftepotentials, verleiht den internationalen Konzernen eine Dominanz über weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und Einmischung auch in nicht unmittelbar wirtschaftliche Fragen wie in Bildung und Kultur.

Die in den USA, Japan und Italien offengelegten schweren Korruptions-skandale enthüllen einen aufschlußreichen Wesenszug der engen Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie im staatsmonopolistischen Kapitalismus: Die Labilität des Bündnisses zwischen Staat und Monopol. Da eine ganze Reihe von Interessen der Konzerne öffentlich und im demokratischen Verfahren nicht mehr durchsetzbar sind, werden die Vertreter der Parteien und Regierungen gekauft. Nicht selten führt der Widerspruch zwischen bestimmten Monopolinteressen und der Regierungspolitik sogar zu offenen Auseinandersetzungen, wie z.B. zwischen der Labour-Regierung und Ford in England. Solche Erscheinungen dürfen aber weder über den hohen Grad der Herrschaftsverflechtung von Staat und Monopolkapital täuschen, noch dazu verleiten, die relative Autonomie des Staates falsch einzuschätzen. Auf jeden Fall liegt in diesem widersprüchlichen Verhältnis die Schlüsselerklärung für die objektive Tendenz zur Restauration und Abbau demokratischer Rechte. Die Imperative der Monopol-

politik stehen nicht nur auf der Seite der Aussperrung gegen Mitbestimmung und Streikrecht, sie sind nicht nur für Massenarbeitslosigkeit verantwortlich und stützen reaktionäre Regime in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern, sie stehen auch an der Wiege der Bildungs- und Hochschulrestauration und plädieren für den gewaltigen Ausbau des staatlichen Machtapparates zur Sicherung des status quo. Für die offenreaktionären Eventualpläne dieser Kreise gibt es eine Fülle von Zeugnissen, ich will es bei einem belassen, das von dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes Günther Nollau stammt:

„Wir müssen damit rechnen, daß der Tag kommen wird, an dem die Arbeiterschaft nicht nur nach dem Inhalt der Lohntüten schaut. Das Bewußtsein der Massen wird eines Tages reif sein zu erkennen, daß ihre Arbeitsbedingungen, insbesondere die Folgen der Arbeitsteilung 'inhuman' sind, d.h. ihrer Lage als ganzheitliche menschliche Wesen nicht entsprechen. Wenn dieses Gefühl von einer politischen Bewegung umgesetzt werden kann in eine massenhafte Empörung gegen diese 'Ungerechtigkeit' — dann wird die Lage kritisch. Gegen Terroraktionen kleiner Gruppen kann unsere Gesellschaft ihre Zwangsmittel einsetzen. Ob unsere Demokratie die Kraft hätte, Maschinengewehre gegen revoltierende Arbeitermassen zu richten, bezweifle ich. Ein Noske, der 1919 erklärte: ‚Einer muß den Bluthund machen‘, scheint mir nicht in Sicht“.⁶

Sowohl aus der nationalen wie auch internationalen Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen ist den herrschenden Kreisen die Instabilität und historische Gefährdung ihrer Herrschaft sehr deutlich. Die Krise der Demokratie ist nicht nur die Degeneration einer Herrschaftsform, sondern auch die Selbstauflösung des darunterliegenden ökonomischen Systems.

Aber ebenso wie die Wirtschaftskrisen Reinigungseffekte hervorbringen und mit der Entwertung überschüssigen Kapitals eine Neugliederung der Produktionsprozesse erzwingen, so setzt auch die politische Krise Kräfte frei, die durch Auswechslung des Führungspersonals, Disziplinierung der Parteigliederungen, Umstrukturierung des Staatsapparates das System auf einer neuen Stufe stabilisieren können. Wir müssen uns hüten, diese Kräfte zu unterschätzen. Ihnen geht es darum, die verloren gegangenen Handlungsspielräume wieder zu gewinnen und alle Mittel zu mobilisieren, um den brüchigen Herrschaftskonsens zwischen Bevölkerung und politischer Führung wieder herzustellen. Solche Mittel erschöpfen sich eben nicht in teilweisen Zugeständnissen an die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern sie haben in der Krise schon immer zu einer Aufrüstung des starken, autoritären Staates geführt. *Die gesellschaftlichen Beziehungen werden aus der Sicht des Ausnahmezustandes, der Katastrophe betrachtet und danach geregelt.*

6. Günther Nollau, *Wie sicher ist die Bundesrepublik?*, München 1976, S. 189.

III. Formen des Gewaltenapparates.

Um die manigfachen Formen dieses politischen Kriseninstrumentariums geht es im folgenden, zunächst um den geheimdienstlichen, dann um den strafrechtlichen und schließlich um den polizeilich-militärischen Staatsschutz und die Auswirkungen auf die demokratischen Rechte der Bevölkerung.⁷

1. Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt.⁸

Die Geschichte des Verfassungsschutzes und seiner Gesetzgebung in der BRD ist seit den Anfängen im Jahre 1950 nichts anderes als die Geschichte der nachträglichen Legalisierung einer Praxis, die immer schon wieder in neue illegale Bereiche vorgestoßen war. Die sie begleitende juristische und politische Diskussion enthüllt eine geradezu pornographische Bereitschaft, die im Dunkeln blühende, permanent das Recht beugende „Effizienz“ gegen die Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit abzuschützen. In den vergangenen 28 Jahren konnte der Rechtsstaat die Verfassungsschutzpraxis nie ganz einholen.

Die illegale Telefonüberwachung, seit 1956 praktiziert, 1962 mit der SPIEGEL-AFFÄRE an die Öffentlichkeit gelangt, wurde 6 Jahre später mit der Notstandsgesetzgebung verfassungsrechtlich abgesichert. Für die Observierung von Ausländern wurde erst 1972 eine gesetzliche Grundlage geschaffen, obwohl über sie schon im Verfassungsschutzbericht von 1970 berichtet wurde. Wie in den Zeiten des kalten Krieges ersetzte das Bundesamt die gesetzliche Grundlage durch eine hemmungslose Propaganda und Spionagehysterie, um ganz offen Ausländer zu observieren und enge Zusammenarbeit mit Geheimdiensten gerade auch der reaktionären Regime im Iran, Portugal, Brasilien und der Republik Südafrika zu etablieren.

Die Weitergabe von Verfassungsschutzerkennnissen an Private ist schon aus der Zeit vor dem KPD-Verbot 1956 bekannt, aber erst nach 1973 durch die einzelnen Verfassungsschutzgesetze der Länder legalisiert worden, in Hamburg erst 1978. Ebenso sind Fälle der Amtshilfe bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst schon lange vor dem sogenannten Extremistenbeschluß

7. Joachim Blau, Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der 60er Jahre, Informationsbericht des IMSF, Frankfurt 1977; Sebastian Cobler, Die Gefahr geht vom Menschen aus, Berlin 1976; Peter Koch, Reimer Oltmanns, SOS Freiheit in Deutschland, Hamburg 1978; Wolf-Dieter Narr (Hrsg.), Wir Bürger als Sicherheitsrisiko, Reinbek, 1977. Gerhard Stuby, Abschied vom Bürgertum?, Ist der Rechtstrend in der Bundesrepublik noch reversibel? in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/77, S. 1309f.

8. Vgl. außer der angegebenen Literatur: Peter Brückner, Diethelm Damm, Jürgen Seifert, 1984 schon heute oder wer hat Angst vorm Verfassungsschutz?, Frankfurt 1976; Hans-Peter Schneider, Der Verfassungsschutz — Grundordnungshüter, Sicherheitsdienst oder Geheimpolizei? in: Wolf-Dieter Narr (Hrsg.), Wir Bürger als Sicherheitsrisiko, Reinbek 1977, S. 93f.

von 1972 bekannt geworden, sie reichen bis in die 50er Jahre zurück und sind jetzt ebenfalls in den Verfassungsschutzgesetzen der Länder gesetzlich verankert. Damit ist der Verfassungsschutz faktisch zum letztinstanzlichen Lizenzgeber der Prädikate „Verfassungsfreund“ oder „Verfassungsfeind“ geworden. Grundrechte hin, Grundrechte her, es wird mit „nachrichtendienstlichen Mitteln“ Lebenswandel und Gesinnung erforscht, selbst wenn dadurch das Persönlichkeitsrecht des Einzelnen zu Schaden kommt. In 8 von 10 Bundesländern, ebenso in Berlin-West, gehört es zur Amtspflicht aller Beamten, Angestellten und Arbeiter des Öffentlichen Dienstes, dem Verfassungsschutz sämtliche vermeintlich für ihn bedeutsamen Bestrebungen und Tatsachen zu übermitteln. Über eine solche Zuarbeit konnte nicht einmal im Jahre 1933 die Gestapo verfügen.⁹ Zunehmend werden auch private Unternehmen und Werkschutz in die Kooperation mit dem Staatsschutz hineingezogen, um die innerbetrieblichen Aktivitäten von Arbeitnehmern zu überwachen.

Es ist selbstverständlich, daß dieser umfassende Aufgaben- und Machtzuwachs – die über 2 Mill. gespeicherten Dossiers, die weit über 850000 Überprüfungen allein im Rahmen der Berufsverbotspraxis – nur mit der großzügigsten materiellen Ausstattung zu bewältigen ist, die auch regelmäßig ohne größere Debatten gewährt werden. Nach den Worten des Genossen Vogel scheint ihm dies auch das wesentlichste Qualitätsmerkmal zu sein, wenn er 1976 sagte: „Polizei und Justiz sind eingeschränkt handlungsfähig. Zu diesem Zweck haben wir seit 1969 das Sicherheitssystem, insbesondere die Polizei des Bundes, energischer und zielstrebig ausgebaut als jede Bundesregierung zuvor. ... Das BKA, von der Union 1969 in einem beklagenswerten Zustand hinterlassen, ist heute eine der angesehensten Einrichtungen dieser Art in der Welt: Statt 22,4 Mill. DM (1969) stehen dem BKA heute 149 Mill. DM zur Verfügung; statt 930 Dienstkräfte arbeiten heute 2486 in diesem Amt.“¹⁰ Nicht erwähnt hat er, daß sich das BKA nicht mehr wie vordem auf die Bekämpfung der Kriminalität beschränkt, sondern Streiks, Demonstrationen, Versammlungen und Bürgerinitiativen observiert. Im April 1975 wies die Innenministerkonferenz dem BKA die zentrale Position zur Nachrichtensammlung und Auswertung und zur kriminaltechnischen Behandlung von Beweismitteln im Bereich des gesamten politischen Strafrechts zu, also nicht nur allein zur Terrorismusbekämpfung. Wie sich die Funktion des Amtes gewandelt hat, geht aus 2 Daten sehr plastisch hervor: Der Haushaltstitel „Waffen und Schießgerät“ stieg von 1972–1973 von 9000 DM auf 199000 DM. Die Entwicklung und der Ausbau eines modernsten EDV-Systems verschlang in 6 Jahren 90 Mill. DM. Wir können sicher sein, es gibt im politischen und sozialen Leben dieses Landes keinen Winkel, der nicht von dem kaum mehr durchschaubaren Amts- und Dienstnetz des totalen,

9. Werner Holtfort, Die Zeit vom 18.6.76

10. Jochen Vogel, Innere Sicherheit ist ein elementares Bürgerrecht, in: Recht und Politik, 1976, Heft 3, S. 135f.

sämtliche Lebensbereiche umfassenden Staatsschutz observiert und registriert wird. Es ist kein Ruhmesblatt sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, daß wir in der BRD z.Z. den wohl modernsten und leistungsstärksten technischen Überwachungsapparat der Welt haben.

**Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft**

spw

2

SCHWERPUNKT: Positionen zur Gewerkschaftspolitik

u. a. mit den Beiträgen:

HANS MOLL

Rationalisierung. Unternehmerinteresse
und gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen

DETLEV ALBERS

Linke Sozialdemokraten und
Gewerkschaften

WOLFGANG HAMER

Entwicklung der Rechtsprechung und
gewerkschaftliche Handlungsstrategien

WOLFGANG ABENDROTH

Sechzig Jahre Novemberrevolution

KURT NEUMANN

Rezension zu Rudolf Bahro und
Wolfgang Biermann

Einzelpreis: DM 5,-/S 40,-

Jahres-Abo: DM 18,-/S 140,- (einschl. Versand)

**Bestellungen über: spw Vertrieb,
Moltkestraße 21, D-1000 Berlin 45**

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

115 MASSEN/KULTUR/POLITIK

W. F. Haug: Kultur der Arbeiterklasse
T. Metscher: Faust und die Kunst zu erben
H. Claas u. H. Götz: Ästhetik und Politik bei
Enzensberger und Peter Weiss
W. Busch: Machtstaatsideologie und linke
Melancholie
W. Eifferding: Eine bürgerliche Lehre aus
„Holocaust“

Stalinismus-Forschung

H. Haumann: Die Wende von 1929

Sowjetkritik und Antikommunismus

J. Schleifstein und B. Frei: Antworten auf
Gollwitzer

Natur und Gesellschaft

V. Schurig: Soziobiologie

H. Epskamp: Idealistischer Naturbegriff

Aktuelle Analyse:

A. Statz: Direktwahlen zum Europaparlament

Alle Hefte 176 S.; 9,80 DM; Schüler und
Studenten 8,50 DM; im Abo 8,50 DM. Schüler
und Studenten 7,— DM.
Jahresabo (6 Hefte!): 51,— DM, Studenten 42,—
zzgl. Versandkosten

116 Dritte Welt und Erste Welt (II)

P. Joseph: Reform und Konterrevolution: Die
USA und die internationale Ökonomie
U. Albrecht: Von der Ost-West- zur Südpolitik
der Bundesrepublik
D. Boris: Unterentwicklung und Staat. Zu
einem Buch von Tilman Evers
W. F. Haug: Zum Problem des Eurozentrismus
bei Bahro und Dutschke

A. Rang und B. Rang-Dudzik: Pädagogen in der
Schule ratlos

Zur Diskussion gestellt:

I. Bindseil: Theoretisches über die gleich-
geschlechtliche Liebe

Aktuelle Analyse:

H. Ridder: Aufhebung der Mordverjährung?

Fachübersicht: Philosophie

E. Leiser: Der Konstruktivismus der „Erlanger
Schule“

Kongreßankündigungen und -berichte

Politologen-Kongreß, 19. Deutscher Soziologen-
tag, „Vier Modernisierungen“ in der VR China,
Methode der Arbeitergeschichtsschreibung

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

PROGRAMM 1979

AS 44 Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik

Nachruf auf Christoph Kievenheim

Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung: Editorial

C. Kievenheim: Fragen des demokratischen Kampfes für den
Sozialismus

K. Priester: Methodologische Probleme einer materialis-
tischen Theorie des Überbaus, dargestellt am Beispiel der
Staatstheorie Gramscis

M. Jäger: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien —
ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis

E. Altwater: Die bürgerliche Hegemonie, die „Logik der öko-
nomischen Sachzwänge“ und die Alternative der Arbeiterbe-
wegung

D. Albers: Otto Bauer und das Konzept des „integralen
Sozialismus“

V. Gransow/M. Krätze: Thesen zur politischen Theorie des
Austromarxismus

T. Scheffler: „Bürgerliche“ Revolution und marxistische
Revolutionstheorie

R. Hosfeld: Massendemokratie oder Erziehungsdiktatur?

R. Genth: Thesen über die Herausbildung der Politik der
Arbeiterorganisationen in Italien

M. Aschke: Verfassungsrecht, Verfassungsgerichtsbarkeit und
verfassungspolitische Praxis in der Bundesrepublik Deutsch-
land

192 S.; 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM, im Abo 12,80 DM,
Stud. 11,— DM

AS 34 Forum Kritische Psychologie 4

hrsg. v. Klaus Holzkamp

Aufsätze zur Theorie der Sub-
jektivität und zur ökonomischen
Funktion der Logik; Diskussion
der Motivationstheorie und der
Sexualitätsauffassung in der Kri-
tischen Psychologie; Rezension
von Rückriem u. a.: Historischer
Materialismus u. menschliche
Natur.

237 Seiten, DM 15,50, (Stud.

DM 12,80).

ISBN 3-920037-66-9

AS 35 Alternative Wirtschaftspolitik

Methodische Grundlagen · Ana-
lysen und Diskussion

Gewerkschaften, SPD und alter-
native Wirtschaftspolitik; Wirt-
schaftstheoretische Grundlagen;
Überakkumulations-versus Über-
produktionstheorie; Arbeitslo-
sigkeit und Arbeitsmarkttheo-
rien; Alternative Regionalpolitik
Autoren: J. Berger, R. Hickel,
J. Hufschmidt, W. Pfaffen-
berger, K. H. Tjaden, u. a.

216 Seiten, DM 15,50, (Stud.
DM 12,80).

ISBN 3-920037-71-5

KAPITAL-STRATEGIEN ZUR HERRSCHAFTSSICHERUNG*

I.

Die Antifaschisten, die 1945, als die faschistische Diktatur durch die vereinte Anstrengung der europäischen Völker zerschlagen worden war, aus den Konzentrationslagern kamen, den Zuchthäusern, dem Untergrund und der Emigration, hatten sehr klare Vorstellungen über die Ursachen des Faschismus und darüber, was also zu geschehen hätte, um ein für alle Mal die Wurzeln dieses Faschismus in diesem Lande auszurotten. Wenn man sich die Forderungen ansieht, die damals formuliert worden sind vom Buchenwalder Manifest bis zu den Parteiprogrammen und die auch ihren Niederschlag gefunden haben in den Länderverfassungen, die 1946/47 entstanden, so lassen sie sich in drei Hauptpunkte zusammenfassen:

Erstens: Es war notwendig, alle Machtpositionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gründlich von solchen Kräften zu reinigen, die das faschistische System unterstützt hatten, und mit zuverlässigen Antifaschisten zu besetzen. Denn diese Antifaschisten hatten die Erfahrung gemacht, daß die Weimarer Republik unter anderen deshalb so leicht geschlagen und beseitigt werden konnte, weil alle wesentlichen Machtpositionen nach 1918 in den Händen der Führungsschichten geblieben waren, die bis 1918 den autoritären Staat getragen hatten, dann von ihren Machtpositionen aus antidemokratische Aktivitäten entfalteten – während der ganzen Periode der Weimarer Republik – und die schließlich mit den Faschisten paktiert haben.

Zweitens: Insbesondere im Bereich der Schule, der Presse und des Films mußte darauf geachtet werden, daß jeder Ansatz einer faschistischen Agitation verhindert wurde. Und dies aus der Erfahrung, daß die NSDAP nach 1929/30 überhaupt nur deshalb zu einer Millionenbewegung hat aufsteigen können, weil alle wesentlichen Elemente faschistischer Ideologie bereits jahrzehntelang in die Massen getragen worden waren, so daß der Boden ideologisch für die NSDAP bereitet war, die dann unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise diese Massen mobilisieren konnte.

Und drittens haben diese Antifaschisten die Folgerung gezogen: Es genügt nicht eine Demokratisierung der Staatsform, sondern es ist notwendig, die ökonomische Macht demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Und deshalb finden wir in den Landesverfassungen und Parteiprogrammen der damaligen Periode Sozialisierungsbestimmungen. Denn die Antifaschisten hatten erlebt,

* Der Aufsatz ist der überarbeitete Mitschnitt einer Rede Reinhard Kühnls auf einer Veranstaltung des SHB und des Münchner SPD-Kreisverbandes II am 10. Mai 1979 zum Thema „Droht ein neuer Faschismus“.

wie maßgebliche Kreise aus dem Industrie- und Bankkapital seit 1932 die NSDAP unterstützt und dann schließlich an die Macht gebracht hatten. Es war ja keine „Machtergreifung“, der Begriff „Machtergreifung“ ist bereits eine ideologische Irreführung, es war eine Machtübertragung der herrschenden Klasse an die NSDAP.

II.

Anfangs schien es, als ob auch die Alliierten einen ähnlichen Kurs steuerten, denn das Internationale Militärtribunal klagte nicht nur die Führer der faschistischen Partei als Kriegsverbrecher an, sondern auch die Führer des Militärs und maßgebliche Repräsentanten aus dem Industrie- und Bankkapital.

Zunächst sah es so aus, als sei eine grundlegende demokratische und sozialistische Neuordnung möglich. Wie wir wissen, haben sich diese Tendenzen nicht durchsetzen können. Dies hängt auch mit weltpolitischen Konstellationen zusammen, nämlich mit dem Übergang der Vereinigten Staaten von einer Politik der Kooperation zu einer Politik des Kalten Krieges gegenüber der Sowjetunion und dem daraus folgenden Erfordernis, die Westzonen zu einer zuverlässigen antikommunistischen Bastion auszubauen. Das verlangte die Zurückdrängung und Niederwerfung der sozialistischen Kräfte und das Bündnis mit jenen Schichten und Machtgruppen, die sich bereits im antikommunistischen Kampf bewährt hatten. Dies waren insbesondere die Führungsschichten, die das Dritte Reich getragen hatten. So können wir seit etwa 1947/48 eine umfassende Bewegung beobachten, die wir seither zusammenfassend „Restauration“ nennen und die sich auf drei Ebenen durchsetzte.

Erstens eine strukturelle Restauration, d.h. eine Wiederherstellung der alten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die nach 1945 zunächst ins Wanken geraten war.

Zweitens eine personelle Restauration, ein Wiedereinsetzen der alten Führungsschichten, die das Dritte Reich getragen hatten, im großen Maßstab. Das betraf die Justiz, die Geheimdienste, die Ministerialbürokratie, die Wirtschaft, später dann auch das Militär, kurzum: alle maßgeblichen politischen und gesellschaftlichen Machtpositionen. Den Gewerkschaften ist das Resultat dieses Restaurationsprozesses sehr klar gewesen. In der Zeitschrift der IG-Metall hieß es: „Der Verfassungsschutz der Bundesrepublik ist Todfeinden des Rechts anvertraut. Frühere SS-Führer, ehemalige Beamte und Agenten des berüchtigten SD¹ sind an wichtigen Stellen des Bundesverfassungsschutzamtes tätig.“²

Diese Restauration hatte drittens eine ideologische Dimension. Man kann sich vorstellen, daß in einem Staat, in dem Führungsschichten mit diesen Traditionen das politische Klima bestimmen, natürlich auch eine ganze Reihe von ideo-

1. Der „Sicherheitsdienst“ (SD) war eine Unterabteilung der SS.

2. Zeitschrift „metall“ vom 3.9.1963

logischen Elementen und Strömungen nicht nur fortleben, sondern sich wieder verstärken konnten, die in der langen obrigkeitsstaatlichen Tradition so tief verwurzelt, nach 1945 aber diskreditiert waren.

Wenn man dies alles zusammen nimmt, dann ist auch verständlich, weshalb Ende der 40er Jahre die Entnazifizierungsmaßnahmen eingestellt wurden, und weshalb dann auch in der Bundesrepublik unsere Justiz es nie sehr eilig hatte mit der Anklage und Verfolgung von faschistischen Kriegsverbrechern, und weshalb auch im Bereich der Wissenschaft so etwas stattfindet wie eine neue Verschleierungs- und Rechtfertigungswelle, die das ganze Faschismusproblem in eine Nacht taucht, in der alle Katzen grau sind.

Auch die wissenschaftliche Diskussion über den Faschismus ist in Abhängigkeit zu sehen von der politischen Entwicklung der Bundesrepublik. So werden nun Theorien über den Faschismus verbreitet wie die folgenden: Es ist im wesentlichen der Führer gewesen, der die faschistische Ideologie und die Partei und die Diktatur und den Krieg geschaffen hat. Da also der Führer für alles verantwortlich war und alle anderen mehr oder weniger wehrlose Opfer gewesen sind, waren damit all die Bundesgenossen und Helfershelfer des Faschismus freigesprochen. Oder es wird die Theorie verbreitet, daß das Wesentliche am Faschismus seine Herrschaftsmethode gewesen ist, das Einparteiensystem, die Wirtschaftsplanung und die Anwendung von Terror. Faschismus wird dann definiert als eine Variante des Totalitarismus. Aber dieser rechte Totalitarismus sei ja nun tot, hingegen sei der linke lebendig, nämlich in Gestalt von Sozialisten und Kommunisten im eigenen Lande und in Gestalt der sozialistischen Länder. Also laute die Erfahrung aus dem Faschismus: Kampf gegen diese Kräfte, Kampf gegen die soziale Bewegung. Eine dritte Variante lautete: Faschismus ist eine Epochenerscheinung, die mit dem Jahre 1945 zu Ende sei. Das Problem sei nicht mehr aktuell. Damit sind nur die drei wichtigsten Lehrenden genannt.

Der Restaurationsprozeß setzte sich durch bis zum Beginn der 50er Jahre. Die letzten größeren Abwehrkämpfe der Arbeiterbewegung fanden statt im Jahre 1952 in der Frage des Betriebsverfassungsgesetzes, in der die Gewerkschaften im wesentlichen besiegt worden sind. Die Bemühungen um eine grundlegende gesellschaftliche Neuordnung waren damit weitgehend gescheitert. Ein Problem für die Herrschenden aber, die auf diese Weise ihre Positionen wieder abgesichert hatten, bestand und besteht darin, daß in diesen Jahren 47 bis 49 ein Verfassungssystem geschaffen worden ist, in dem sehr starke Elemente dieser antifaschistischen, radikaldemokratischen und zum Teil sozialistischen Welle eingegangen sind. So hat es die herrschende Klasse mit einer Verfassungsordnung zu tun, die ein wesentliches Hindernis dafür darstellt, daß sie diesen Restaurationsprozeß mit letzter Konsequenz durchführen kann. Deshalb ist diese Verfassungsordnung für sie ein Stein des Anstoßes von Anfang an gewesen, und die Bemühungen, das Grundgesetz abzuändern, umzuinterpretieren und auszuhöhlen,

setzten schon mit der Verkündung des Grundgesetzes ein. Seitdem wird ein permanenter Kampf geführt mit dem Ziel, dieses Grundgesetz und die Länderverfassungen sozusagen unschädlich zu machen in dem Sinne, daß die radikal-demokratischen, antifaschistischen und sozialistischen Elemente möglichst eliminiert werden.

Was bei diesen antifaschistischen Neuordnungsbemühungen doch herausgekommen war, war eine demokratische Staats- und Verfassungsordnung, eine parlamentarische Demokratie, wobei aber die meisten relevanten, tatsächlichen gesellschaftlichen und ökonomischen Machtpositionen in den Händen der alten Führungsschichten waren, genau wie nach 1918.

III.

Zu fragen ist nun, welche Konsequenzen das für unsere gegenwärtigen Auseinandersetzungen hat. Zunächst einige Symptome, die jeder kennt. Sie machen sehr deutlich, daß wir es in den letzten Jahren mit wiedererstarkenden, rechtsgerichteten, autoritären und faschistischen Tendenzen zu tun haben. Seit einigen Jahren geht über dieses Land eine Publikationswelle, die wir zusammenfassend „Hitlerwelle“ nennen können und die in allen Medien (bis zu Illustrierten-serien) und auf jeglichem geistigen Niveau stattfindet – von den Groschenheften, den Landserheften bis hinauf zur wissenschaftlichen Hitlerbiographie. Bei allen Abgrenzungen, die man gegenüber manchen Praktiken der faschistischen Diktatur, besonders gegenüber der Massenvernichtung der Juden vornimmt, ist die gemeinsame Stoßrichtung, daß das Hitlersystem doch auch beachtliche Leistungen aufzuweisen habe. Diese Aussage zielt genau auf unsere Gegenwart. Die „Leistungen“ bestehen nämlich darin, daß der Faschismus die Arbeitslosigkeit überwunden, das deutsche Volk aus einer Situation der Unsicherheit und der Verzweiflung in ein System der sozialen Sicherheit, der Vollbeschäftigung, des Enthusiasmus und der internationalen Erfolge geführt habe.

Wir haben als zweites Symptom gesteigerte Aktivitäten von neonazistischen Gruppierungen.

Wir haben als drittes Symptom eine Reihe von Initiativen und Handlungen, die vom Staatsapparat selber ausgehen, eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen, die allesamt darauf abzielen, die Rechte und Freiheiten der Bürger einzuschränken und die Machtbefugnisse der Staatsgewalt auszuweiten.

Schließlich erleben wir soetwas wie einen ideologischen Großangriff der Rechten. An einem Beispiel möchte ich zeigen, wohin dieser zielt und wie weit er reicht:

Als die Aktivitäten der Terroristen die öffentliche Diskussion weitgehend bestimmten, wurde von seiten der CDU/CSU die Bekämpfung des „Sympathisantenumfeldes“ verlangt. Zu diesem „Sympathisantenumfeld“ werden in der Dokumentation der Bundesgeschäftsstelle der CDU direkt oder indirekt ge-

rechnet: Der Bundesverfassungsrichter Simon, weil er gesagt hat, die Zahl der Terroristen sei ja wohl begrenzt und deshalb sei auch die Gefahr begrenzt, die von ihnen ausgeht; Willy Brandt unter anderem deshalb, weil er gesagt hat, daß bei dieser ganzen Diskussion um die innere Sicherheit Demagogen und Angstmacher am Werk seien; der Berliner Theologe Gollwitzer, weil er die sehr zutreffende Bemerkung gemacht hat, daß der Radikalenerlaß womöglich mitschuldig sei am Terrorismus, weil er viele junge Menschen in die Verzweiflung treibt. Es werden dazu gezählt Dichter wie Heinrich Böll, Günther Grass, u.a.m. Es war wohl doch von beispielhafter Bedeutung, als der Fraktionssprecher der CDU im Bremer Landtag sagte, solche Schriften – er bezog sich dabei auf Erich Fried – möchte er am liebsten verbrannt sehen. Zum letzten Mal wurden in Deutschland im Frühjahr 1933 Bücher öffentlich verbrannt. Hier sieht man, in welche Traditionslinien sich dies einordnet, und man muß daran erinnern, wie in diesem Lande seit 200 Jahren die kritische Intelligenz von den Herrschenden behandelt, genauer gesagt: mißhandelt worden ist. Man muß daran erinnern, wie diese Herrschenden umgegangen sind mit Friedrich Schiller und Thomas Mann, mit Karl Marx und Heinrich Heine, mit Karl von Ossietzky u.v.a.

IV.

Die Frage ist, welches die Triebkräfte für diese neuerwachte rechtsgerichtete Tendenz sind, und wohin sie zielt. Um das beantworten zu können, müßten wir eigentlich die Geschichte der Bundesrepublik genauer aufarbeiten, was hier nicht möglich ist. Ich will aber auf eines verweisen: Seit der Mitte der sechziger Jahre hat sich in dieser Bundesrepublik eine gravierende Veränderung vollzogen. Man kann das Neuerwachen rechtsgerichteter Tendenzen, diese Offensive von Rechts, tatsächlich nur verstehen, wenn man sie als Reaktion, und zwar als offensive Reaktion der Herrschenden, auf die neuen Entwicklungen, Probleme und Möglichkeiten versteht, mit denen sie in den letzten 10 Jahren konfrontiert sind. Um die Mitte der 60er Jahre bricht die außenpolitische Konzeption der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik zusammen, nämlich die „Politik der Stärke“. Diese Konzeption besagte, die Bundesrepublik müsse mit ihren westlichen Verbündeten so stark werden, daß sie das gesamte „versklavte Osteuropa wieder befreien“ könne. Die Wende zur Entspannungspolitik wurde der Bundesrepublik aufgezwungen durch die internationalen Realitäten. Um die gleiche Zeit vollzog sich auch ein wesentlicher Einbruch in bezug auf die soziale und ökonomische Konzeption. Man muß sich in Erinnerung rufen, daß bis dahin eine ziemlich hohe ökonomische Stabilität geherrscht hat, mit kontinuierlichen Verbesserungen auch in der Lebenshaltung der breiten arbeitenden Massen. In dieser ganzen Periode wurde von den Herrschenden gelehrt – und sicher nicht nur von den Massen geglaubt –, daß es Krisen nicht mehr geben werde,

daß Arbeitslosigkeit ein für alle Mal der Vergangenheit angehören und daß das moderne konjunkturpolitische Instrumentarium dergleichen ein für alle Mal verhindern werde. Diese Illusionen über den sozialen Charakter des Kapitalismus erhielten einen ersten Stoß mit der Rezession 66/67, wurden dann noch einmal stabilisiert in der folgenden Konjunkturperiode und sind nunmehr seit 1974 in zwar langsamer, aber doch kontinuierlicher Auflösung begriffen. Und das stellt eine ganze Reihe von neuen politischen und ideologischen Problemen für die Herrschenden.

Um die Mitte der 60er Jahre vollzieht sich der Zusammenbruch der politisch-moralischen Wertvorstellungen von großen Teilen der jungen Generation. Wir waren alle in dem Glauben erzogen worden und hatten auch so gedacht, daß es das höchste Ziel der westlichen, der freien Welt sei, Freiheit und Demokratie im eigenen Land und überall zu verwirklichen. Mit den Erfahrungen des Vietnam-Kriegs begannen wir zu analysieren, woher das Elend und der Hunger in der Dritten Welt kamen. Und dann kamen die Erfahrungen, daß die Herrschenden im eigenen Lande wieder daran gingen, per Notstandsgesetze die Demokratie abschaffbar zu machen. All dies hat dazu geführt, daß diese Generation die Wertvorstellungen, an die sie bisher geglaubt hatte, weitgehend preisgab und anfang, nach Alternativen zu suchen.

Das also ist die Situation, wie sie sich seit Ende der 60er Jahre darstellte. Hinzu kommt noch – und das ist gravierend –, daß sich seit 1973/74 eine schwere, nach wie vor andauernde Krise – wenigstens für die abhängig Arbeitenden, nicht für die Profite – durchgesetzt hat. Eine anhaltende Krise bedeutete schon immer, seit es Kapitalismus gibt, daß die Herrschenden den Versuch unternehmen müssen, die Lasten der Krise den arbeitenden Massen aufzubürden, wenn sie selber ihre Profite und ihre Investitionsmöglichkeiten bewahren wollen. Sie müssen also danach trachten, daß die Löhne und Einkommen und die Sozialleistungen stagnieren oder gesenkt werden. Das ist die allgemeine Situation in jeder kapitalistischen Krise. Wie weit sie sich damit durchsetzen können, hängt natürlich vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ab. Jedenfalls ergibt sich daraus als notwendige politische Strategie, dafür zu kämpfen, daß diese Politik der Beeinträchtigung der Lebens- und Zukunftschancen der breiten Mehrheit der Bevölkerung den Massen nicht auferlegt werden kann, ohne daß diese Massen sich effektiv dagegen wehren. Von hier aus gesehen kann man dann allerdings verstehen, weshalb wir seit 1974/75 einen massiven Angriff von rechts haben. Es geht dabei aber nicht nur um aktuelle Probleme, sondern um langfristige Strategien. Die Herrschenden wollen die Situation schon jetzt präventiv in den Griff bekommen, eine Situation, die vielleicht, wenn die Krise länger dauert und die Unzufriedenheit und die Suche nach Alternativen in der Bevölkerung sich zu regen beginnen, den Widerstand gegen diesen Abbau von Leistungen und Lebenschancen entfacht.

V.

Tatsächlich gibt es bei den politischen und ideologischen Sachwaltern der Herrschenden ein solches Problembewußtsein, daß da im Zuge der Krise Gefahrenmomente und Unruhepotentiale heranwachsen können. So sagte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzamtes bevor die Auswirkungen der Krise erkennbar waren:

„Das Bewußtsein der Massen wird eines Tages reif sein zu erkennen, daß ihre Arbeitsbedingungen, insbesondere die Folgen der Arbeitsteilung, inhuman sind, d.h. ihrer Lage als ganzheitliche menschliche Wesen nicht entsprechen. Wenn dieses Gefühl in einer politischen Bewegung umgesetzt werden kann in eine massenhafte Empörung gegen diese Ungerechtigkeit, dann wird die Lage kritisch.“³

Vom Standpunkt der Herrschenden gilt es, schon jetzt Strategien zu entwickeln, die die Massen auch langfristig daran hindern, ihre Lebensinteressen selbsttätig und effektiv zu verteidigen. Es geht darum, „Vorsorge zu treffen“ für die Zukunft.

Es ist dies keine rein defensive Politik. Die Herrschenden betreiben die weitere Sicherung ihres Machtzuwachses, und das ist eine offensive Zielsetzung. Hier muß man sich in Erinnerung rufen, daß die Bundesrepublik seit Ende der 60er Jahre ökonomisch und militärisch die erste Führungsmacht in Europa ist. Indem sie dies ist, ist sie es natürlich auch politisch. Die BRD beschränkt ihren Führungsanspruch nicht nur auf Westeuropa, die maßgeblichen Kräfte des Kapitals haben die feste Absicht – und das steht jeden Tag im Wirtschaftsteil der bürgerlichen Zeitungen –, ihre Expansionsoffensiven in allen Teilen der Welt fortzusetzen: in Lateinamerika, im Nahen Osten, in Südostasien und Südafrika, usw. In diesem Kontext wäre übrigens auch das Problem der Entwicklung modernster Nukleartechnik, Kernkraftwerke, usw. zu diskutieren und nicht in dem verengten Sinne, als wollten einige Konzerne riesige Profite machen. Letzteres wäre viel zu kurz gegriffen. Es geht um eine Gesamtstrategie der Herrschenden, um mittels der modernsten Nukleartechnologie auf dem Weltmarkt zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg erneut im großen Maßstab Expansions- und Weltmachtspolitik treiben zu können.

Jetzt haben wir die Voraussetzungen, um einsichtig machen zu können, weshalb bestimmte Strategien der herrschenden Klasse in den letzten Jahren massiv verstärkt werden:

1. Es muß entschieden vorgegangen werden gegen die demokratische Intelligenz durch Berufsverbote und andere Repressionsmaßnahmen, weil diese Intelligenz in der Lage sein könnte, in dieser Situation demokratische Auswege aus der Krise zu formulieren, und weil es gerade darauf ankommt zu verhindern, daß demokratische Alternativen überhaupt ins Bewußtsein treten können.

3 Günter Nollau, *Wie sicher ist die Bundesrepublik?*, München 1976, S. 189

2. Natürlich ist die demokratische Intelligenz nicht etwa die Kraft, die demokratische Alternativen durchsetzen könnte. Durchgekämpft und verteidigt werden können die Lebensinteressen der abhängig arbeitenden Massen nur von den Großorganisationen der abhängig Arbeitenden, und dies sind in der Bundesrepublik vorab die Gewerkschaften. Das ist der Grund, weshalb die Repressionspolitik sich perspektivisch notwendig und in Ansätzen bereits aktuell gegen die Gewerkschaften richtet. Es kommt darauf an, die Gewerkschaften zu disziplinieren oder, wie diese Kräfte zu sagen pflegen, an das Gemeinwohl zu binden.

So ist die Kombination von zwei Methoden erkennbar: die Methode verstärkter Repression, Einschüchterung, usw. und die ideologische Offensive der Rechtskräfte selber. Es ist eine alte Erfahrung, daß es nicht ausreicht, in solchen Situationen, in denen die Potentiale in Bewegung geraten und die Konflikte sich zuspitzen, die demokratischen Kräfte daran zu hindern, ihre Alternative ins Massenbewußtsein zu tragen. Die Rechtskräfte müssen vielmehr selber offensiv eine Alternative anbieten, die angeblichen Lösungen. Diese lauten natürlich – und das ist gar nichts Neues: Die parlamentarische Demokratie mit all ihren Rechten für einzelne und Interessengruppen ist zu schwach, um mit den großen Problemen der modernen Industriegesellschaft, mit all diesen Konflikten und Krisen fertig zu werden. Was wir brauchen, ist ein handlungsfähiger und effektiver Staat, ein Staat, der wirklich stark und kompetent genug ist, um durchzugreifen zu können.

Was diese Rechtskräfte im Auge haben, ist der *autoritäre Staat*. Wenn man das aber will, dann muß man die massiven Vorbehalte in der Bevölkerung abbauen, die gegen autoritäre und diktatorische Lösungen bestehen. Es bedarf ideologischer Offensiven, die aussprechen, daß doch solche Regierungen sich bewährt haben, wie man im Ausland sehen könne. Das chilenische Herrschaftssystem habe doch in Hinsicht auf Verteidigung der Freiheit und der inneren Sicherheit Wesentliches geleistet. Zugleich muß man den deutschen Faschismus in einem positiveren Licht erscheinen lassen. Es geht nicht an, daß im Bewußtsein der Massen der Faschismus als durch und durch inhumanes, terroristisches Regime erscheint. Also muß der Faschismus rehabilitiert werden. Was die westdeutsche Rechte heute will, darf nicht als Attribut des Faschismus von gestern gelten. Der „Freispruch“ braucht sich nicht auf die Judenvernichtung zu erstrecken, er muß dem starken Staat gelten, der in der Lage war, aus der Wirtschaftskrise herauszuführen und Vollbeschäftigung zu garantieren. Genau dies ist es, was die Hitlerwelle leistet.

Wenn man nun ein solches politisches Klima schafft, dann muß man sich nicht wundern, daß auch neonazistische Gruppen sich ermutigt fühlen, dreister und offensiver an die Öffentlichkeit zu treten, sei es in Gestalt der Altfaschisten, z.B. der ehemaligen SS-Verbände wie der HIAG, sei es in Gestalt von faschistischen Jugendorganisationen, in denen eben viele der Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit ausgelieferte Jugendliche nun einen Ausweg suchen.

Diese Jugendlichen sind nicht als die Schuldigen zu betrachten, sondern sie sind die Opfer, sie sind diejenigen, die den Ausweg eben dort suchen, wo er ihnen eingeredet und an Zeitungskiosken für blanke Münze angeboten wird.

Meine These ist die, daß die *gegenwärtige Entwicklung nicht etwa die Tendenz zu einer faschistischen Diktatur als Hauptgefahr in sich birgt*, womit ich eine Diktatur meine, die den offenen und schrankenlosen Terror zur bestimmenden Herrschaftsmethode macht. Was vielmehr ansteht und was die Kräfte, die diese Offensive starten, offensichtlich beabsichtigen ist: Abbau und Aushöhlung demokratischer Rechte und rechtsstaatlicher Garantien und allmähliche Annäherung an eine autoritäre Staatsverfassung, die gewisse Fassadenstücke der parlamentarischen Demokratie durchaus aufrechterhält, was schon aus Gründen der internationalen Beziehungen notwendig ist, die aber eine reale Wahrnehmung demokratischer Rechte weitgehend zu unterdrücken in der Lage ist.

Die Hauptgefahr ist der autoritäre Staat. Daß nazistische Aktivitäten geduldet, teilweise sogar ermutigt werden, hat für dieses Konzept durchaus seinen Sinn. Denn diese Aktivitäten sind geeignet, den Marsch in den autoritären Staat ideologisch vorzubereiten und politisch zu unterstützen, die Linke durch ihren psychischen und in Ansätzen auch schon physischen Terror einzuschüchtern. Das also ist gegenwärtig der Zusammenhang zwischen sogenannter extremer und sog. gemäßigter Rechter.

VI.

Jetzt noch ein paar Stichworte zu der Frage des antifaschistischen und demokratischen Potentials. Die verstärkten Repressionen haben natürlich bei der jungen Intelligenz, aber nicht nur da, eine gewisse Einschüchterung erzeugt. Das ist nicht verwunderlich. Was eher verwunderlich ist, ist, daß trotz dieser verstärkten Repressionen etwa die Bewegung gegen die Berufsverbote, die Bewegung für Frieden und Abrüstung und all die anderen demokratischen Initiativen, nicht im Kern getroffen werden konnten.

Außerdem haben wir festzuhalten, daß die Solidaritätsbewegung in unseren westlichen Nachbarländern, in Holland, Belgien, Frankreich, Skandinavien, usw. im Kampf gegen die Berufsverbote und im Kampf gegen wiederaufkommende nazistische Aktivitäten in den letzten Jahren sehr stark zugenommen haben und daß dies hineinzuwirken beginnt auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik. Daß die Frage der Berufsverbote in dieser Massivität in die öffentliche Diskussion gekommen ist, haben wir nicht nur unserer eigenen Kraft zu verdanken, sondern auch dem Zusammenwirken unserer eigenen Bewegung mit der Solidaritätsbewegung in den westlichen Ländern.

Es muß eine gesamteuropäische Entwicklungstendenz in Erinnerung gerufen werden: Die zwanziger und dreißiger Jahre waren die Periode des Aufstiegs des Faschismus in fast allen europäischen Staaten. In einer Reihe von Staaten konnte er die Macht erobern, in anderen immerhin Massenbewegungen

organisieren. Die siebziger Jahre dagegen sind die Periode, in der die Restbestände solcher Herrschaftsformen in Europa preisgegeben werden mußten von den Herrschenden, liquidiert werden unter dem Druck der demokratischen Kräfte, der gesamteuropäischen Kräftekonstellation. Ich meine die Regime in Portugal, Spanien und Griechenland.

Weiter ist darauf hinzuweisen, daß auch die Entspannungspolitik, die sich in den letzten zehn Jahren keineswegs konsequent, aber doch in Ansätzen durchgesetzt hat, eine erhebliche Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung in der BRD hat. Der Übergang zur Entspannungspolitik hat überhaupt erst die Freiräume für fortschrittliche Positionen etablieren können. Reaktionale Kräfte dagegen können auf die Dauer nur gedeihen in einer Atmosphäre internationaler Spannung und Feindseligkeit. Der Kampf um Entspannung und Abrüstung ist langfristig auch ein Kampf für die Demokratie und den Fortschritt in dieser Republik.

Schließlich sind zwei innenpolitische Momente zu nennen. Die Intelligenz in unserem Lande war seit den Zeiten von Bismarck hundert Jahre lang immer eine zuverlässige Kraft der Rechten und oft genug der extremen Rechten gewesen. Dies blieb so bis Mitte der 60er Jahre. Daß sich in dieser Intelligenz in den letzten 10 Jahren überhaupt eine relevante demokratische und zum Teil sozialistische Strömung entwickelt hat, ist ein Novum in der deutschen Geschichte. Dies ist auch deshalb ein wichtiger Faktor, weil diese Intelligenz quantitativ und qualitativ ihren Charakter verändert hat. Der Anteil eines Jahrgangs, der eine Hochschulausbildung absolviert, bildet nicht mehr wie früher drei bis vier Prozent, sondern tendiert gegen zwanzig Prozent, ist also quantitativ zu einem gewichtigen sozialen Faktor geworden. Diese Intelligenz ist auch sozial nicht mehr das, was sie früher einmal war. Sie ist nämlich keine kleine privilegierte Kaste mehr mit gesicherten sozialen Positionen. Es gibt zwar noch viele Akademiker in diesem Lande, die meinen, der deutsche Akademiker könnte doch wieder das werden, was er früher einmal war, doch sie werden durch die soziale Realität belehrt werden. Nach ihrem Hochschulstudium werden sie größtenteils abhängig Arbeitende sein, die den Schwankungen des kapitalistischen Arbeitsmarktes genauso ausgesetzt sind wie die übrigen Arbeiter und Angestellten, und die deshalb eine Annäherung an die Gewerkschaften suchen müssen, wenn sie ihre Lebensinteressen überhaupt noch wahren wollen.

Die Gewerkschaften repräsentieren, weil sie nun mal die Massenorganisation der abhängig Arbeitenden sind, das größte Demokratisierungspotential in diesem Lande. Wenn man sich ansieht, in welche Richtung sie sich in den letzten Jahren entwickeln, dann ist eine Reihe von neuen Elementen erkennbar. Sie betreffen sowohl die wirklichen Klassenkämpfe und Forderungen, die die jüngsten Streiks prägten und die die Dimension von Lohnkämpfen weit überschritten haben. Sie betreffen aber auch das politische Verständnis der Gewerkschaften: In vielen prägten und die die Dimension von Lohnkämpfen weit überschritten haben.

Kongreßresolutionen wurde klar formuliert, daß der Kampf gegen die aufkommenden faschistischen Tendenzen zu den wichtigsten Aufgaben der Lohnabhängigen gehört. Aber selbstverständlich ruft diese Entwicklung, ruft die Krise mit ihren politischen Folgen auch verstärkt Anstrengungen rechter Kräfte hervor, in den Gewerkschaften solche Tendenzen niederzuhalten. Auch der Kampf in und um die Gewerkschaften wird sich also verschärfen ebenso wie in der SPD.

Die Bilanz lautet also, daß die Rechtskräfte ihre Offensive verstärkt und dabei seit 1974 auch gewisse Erfolge erzielt haben. Wenn man aber die mittel- und längerfristigen Bedingungen genauer analysiert, so sind die Chancen für die demokratischen und sozialistischen Kräfte in diesem Lande, diese Angriffe abzuwehren und dann auch wieder in die Offensive zu kommen, besser, als es auf den ersten Blick erscheint, und zweifellos wesentlich besser als in der letzten großen Krise des Kapitalismus Anfang der dreißiger Jahre. Voraussetzung für einen wirklichen politischen Erfolg ist allerdings, daß die soziale Bewegung sich durch Rückschläge nicht entmutigen und durch subtile Manöver der Herrschenden weder spalten noch irritieren läßt. Wir dürfen nicht bei der Analyse stehen bleiben, aus ihr muß praktisches Handeln resultieren. Wir werden nicht viel bewirken, wenn wir individuell zu handeln versuchen. Es kommt darauf an, individuelles Handeln zu organisiertem Handeln übergehen zu lassen. Wenn die Rechtskräfte die demokratischen Rechte erst weitgehend eingeschränkt oder gar beseitigt haben, dann ist es zu spät. Es kommt darauf an, den Anfängen Widerstand zu leisten, und das bedeutet z.B.: Überall dort, an jedem Ort, in jeder Stadt, in jedem Stadtteil, wo sich nazistische Aktivitäten regen und überall dort, wo demokratische Rechte irgendeiner Gruppe oder irgendeines Bürgers angetastet werden, muß der kollektive und solidarische Kampf dagegen organisiert werden.

Die bundesdeutsche Reaktion

Argumente und Zielsetzungen des Kampfes von CDU und CSU

1. Wirtschaftliche Entwicklung und politischer Problemdruck

Angesichts der zur „Normalität“ gewordenen Wirtschaftskrise (anhaltende Nachfrageschwächen, weitere Rationalisierungen und Konzentrationsbewegungen, verschärfte internationale Konkurrenzsituation und Trend zum Protektionismus) werden Arbeitsplatzabbau und Massenarbeitslosigkeit anhalten¹. Die Verteilungsauseinandersetzungen werden härter, da die „Spielräume“ enger geworden sind. Bei im übrigen nicht wesentlich veränderten Bedingungen wird dadurch die Kampfkraft der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften geschwächt. Entsolidarisierungstendenzen könnten Platz greifen, wenn materiell benachteiligte und in ihren Zukunftsaussichten verängstigte Arbeitnehmer private Auswege aus der Krise anstreben. Entsolidarisierung gefährdet die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, umgekehrt hat die Zersplitterung einen objektiven Grund in einer – auch von Gewerkschaftern mitverfolgten – Politik, die einzelwirtschaftliche Arbeitsplätze auch dann um jeden Preis erhalten helfen will, wenn von gesamtgesellschaftlichen Standpunkt die Produkte selbst oder die Bedingungen ihrer Herstellung (Produktionstechnik, Standort, usw.) mit Nachteilen verbunden sind. Diese Tendenzen bewirken bzw. verstärken legitimatorische Probleme der Gewerkschaften, deren Schlagkraft geringer eingeschätzt wird, als früher angenommen wurde, und die von manchen auf dem Hintergrund wirkungsvoller unternehmerischer Propaganda nur noch als Vertretung von Teilinteressen gesehen werden.

In der Folge der Krise haben die Belastungen des Systems der Sozial-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung zugenommen². Auch hier ist die gewerkschaftliche Abwehr der Angriffe von Unternehmerverbänden und der Parteien auf die sozialen Rechte erschwert. Trotz offenkundiger Krisenmomente werden die gegenwärtigen Probleme noch nicht als Grundmängel der kapitalistischen Produktionsweise wahrgenommen. Aufgrund jahrelanger Prosperität, für die die

1. Vgl. Klaus Peter Kisker/Axel Zerdick, Sozialistische Wirtschaftspolitik: Die heute notwendige Alternative, in: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 1/1978, S. 77ff. Vgl. zu Fragen der Krisenursachen und zu Handlungsmöglichkeiten: Themenkreis Gewerkschaften und Gesellschaft, I, Krise als gesellschaftspolitische Herausforderung für die Gewerkschaften, Rahmenleitfaden zum DGB-Schwerpunktthema 1978/79, Düsseldorf 1978, S. 62ff.

2. Vgl. dazu Rolf Richard Grauhahn/Rudolf Hickel, Krise des Steuerstaats? Zu einigen staatlichen Funktions- und Finanzierungsproblemen in der BRD; Gerhard W. Brück, Die Situation der Rentenversicherung – Krise ohne Ende?, beide in: Heinz Markmann, Diethard B. Simmert (Hrsg.), Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978, S. 167ff, 543ff.

„Soziale Marktwirtschaft“ verantwortlich gemacht wurde, stoßen die wirtschaftliche Grundordnung der BRD kritisierende Analysen bei der Mehrheit der Bevölkerung auf negative Resonanz.

Regierung, Opposition und Unternehmer gehen die Schwierigkeiten immer weniger problemlösend an, sondern beantworten sie mit Kritikverboten. Die Probleme werden nicht mehr auf ihre Ursachen hin geprüft, ihre Existenz wird sogar geleugnet. Die Kritiker werden zu den eigentlichen Verursachern der sozialen Mißstände gemacht und eignen sich fortan als Sündenböcke.

Auf dem ökonomischen Feld ist neben der Erosion des Sozialstaats³ die weitere Erstarkung der Großkonzerne zu beobachten. Die Klein- und Mittelbetriebe können trotz verstärkter Unterstützung aus öffentlichen Mitteln die im internationalen Wettbewerb erforderlichen Aufwendungen, vor allem für Forschung und Entwicklung, nicht aufbringen. Im Zuge krisenhafter Bewegungen verstärkt sich der Einfluß der Monopole auch dadurch, daß die Kommunen aus Steuergründen einen ruinösen Wettbewerb um Industrieansiedlungen betreiben, und das Argument der Arbeitsplatzhaltung umso wirksamer wird, je größer das betreffende Unternehmen ist.

Es besteht die Gefahr, daß in der Zeit struktureller und konjunktureller Krisen Forderungen und Reformvorschläge nicht mehr an Arbeiterinteressen ausgerichtet werden, und daß die Arbeitnehmer die Gewerkschaften nicht mehr als „ihre“ Organisationen betrachten. Einer Ausbreitung von Lethargie und Resignation müssen die Gewerkschaften mit Selbstkritik entgegentreten. 1969–1972 sahen die Gewerkschaften die durchaus effektive sozialliberale Reformpolitik als technokratische Dienstleistung an. Dem Aspekt der realen Gegenkräfte wie auch der Notwendigkeit, daß ein gesellschaftlich wirksamer Reformprozeß von den Betroffenen selbst getragen werden muß, wurde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt⁴.

Angesichts der aktuellen Probleme scheint es bereits das optimale Ziel zu sein, den erreichten Stand der Demokratie und Sozialstaatlichkeit zu erhalten und eine ähnliche politische Entwicklung wie in der Folge der Wirtschaftskrise von 1929 zu verhindern. Damals wie heute hat das Großbürgertum zu großen Teilen dann kein Interesse an Demokratie und Sozialstaatlichkeit mehr, wenn seine ökonomischen Interessen in einer anderen Form politischer Herrschaft besser gewahrt sind.

3. Vgl. zur Beleuchtung der ideologischen Ebene Johann Strasser, Grenzen des Steuerstaats?, in: forum ds, H. 6 (1978), S. 72ff.

4. Vgl. zum Verlauf der Reformpolitik bis hin zum Krisenmanagement (unter dem Aspekt ökonomischer Prioritäten): Manfred G. Schmidt, Die „Politik der inneren Reformen“ in der Bundesrepublik Deutschland seit 1969, in: Christian Fenner/Ulrich Heyder/Johano Strasser (Hrsg.), Unfähig zur Reform? – Eine Bilanz der inneren Reformen seit 1969, Köln/Frankfurt 1978, S. 30ff; vgl. auch die durch die Entwicklung bestätigte Prognose von Peter Glotz, Systemüberwindende Reformen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/1972, S. 14.

2. Kräfteverhältnis und politische Strategie von CDU und CSU

2.1. Mehrheitsstrategie durch „Vierte Partei“?

Die derzeitigen ökonomischen und sozialen Bedingungen bilden eine Grundlage, die die CDU/CSU für ihre Politik hervorragend zu nutzen versteht. Die Union kann dies allerdings angesichts ihrer gravierenden Führungsschwäche und der Führungsstärke des Bundeskanzlers nicht in dem Maße effektiv tun, daß sie – etwa 1980 – mit Sicherheit die Bundestagswahlen gewinnen würde. Trotz der Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Konservativen stellt sich also für die Führungen von CDU und CSU das Problem, daß sie ohne sichtbar öffentliche Erfolge in absehbaren Fristen Vertrauensverluste erleiden und abgewählt werden könnten. Die aus dieser Not geborene Strategie der „Vierten Partei“⁵ ist deshalb erfolgversprechend, weil sie die wenigen Prozentpunkte beschaffen könnte, die dem konservativen Lager derzeit gegenüber den Sozialliberalen fehlen. Eine rechtskonservative Partei wird einerseits den gesamten rechtsradikalen und neofaschistischen Rand (zwischen 0,4 und 1%) einbinden, andererseits unpolitische Rechte, die zuvor FDP oder SPD oder gar nicht gewählt haben, zu ihrer Wahl veranlassen. Die Wirkungen einer parteipolitischen Arbeitsteilung in der westdeutschen Rechten sind nicht zu überschätzen: Insgesamt würde sich das Parteiengefüge nach rechts bewegen. Ferner könnte die CDU als „liberal-konservative“ Partei ihre Aktivitäten auf liberale Wählerschichten konzentrieren. Insofern beruhen die Bemerkungen – u.a. von Lummer (CDU Berlin) – zugunsten einer Vierten Partei auf einer realistischen Lageeinschätzung. Mit der Aussage „Die Bevölkerung insgesamt gegen die Parteienstruktur mobilisieren“⁶ dürfte Biedenkopf das gleiche Ziel anstreben.

Daß die Strategien des „Getrennt-Schlagen-Vereint-Marschieren“ Risiken für die CDU und die CSU bergen, steht außer Frage. Für die Sozialdemokratie sind die Gefahren deshalb ungleich größer, weil auch eine zerstrittene Regierungskoalition aus CDU und CSU sich immer noch recht einig wäre, sozialliberale Errungenschaften abzubauen und Vorkehrungen zu treffen, daß von der SPD mittelfristig keine „Reformgefahren“ mehr ausgehen. Das antidemokratisch-korporativistische Staats- und Gesellschaftsverständnis von CDU/CSU wurde während der Zeit von 1969–1973 recht deutlich, als angeblich die „gute Ordnung“ zerstört, das gleiche Wahlrecht für alle und die Grundrechte für Nicht-Konservative in Frage gestellt und Überlegungen bis hin zu Putschfantasien geäußert wurden⁷. Die gegenwärtigen Agitationsprofile von CDU/CSU sind moderater, wenngleich beachtet werden muß, daß etwa bei den

5. Vgl. dazu unter Marketing-Gesichtspunkten: Wirtschaftswoche vom 15.12.1978, S. 70ff.

6. Biedenkopf, zit. nach Herbert Wehner, Wehmütige Erinnerungen und skeptische Fragen – Vorwort zu „Hinweise und Anmerkungen aus der Sicht eines Sozialdemokraten“ (Zum Grundsatzprogramm der CDU, 1978), in: Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, hektographiertes Manuskript, 27.11.1978, S. 70ff.

7. Vgl. Horst W. Schmollinger/Richard Stöss, Vom Zerfall des Bürgerblocks in den 60er Jahren bis zum „Rechtsputsch“ der CSU 1976, in: Probleme des Klassenkampfes

Bundestagswahlen 1976 die aggressivsten Feind-Parolen nicht mehr „von außen“, sondern von CDU/CSU selbst kamen. Skepsis gegenüber Aufklärung, Mitbestimmung, Demokratisierung, Sozialstaatlichkeit und innenpolitisch motivierte Verteufelung anderer Staaten bildeten wichtige Mittel konservativer Politik. Problem-„lösungen“ per Feinbildsetzung werden auch in Zukunft wichtige Handlungsmaxime der CDU/CSU sein.

2.2 In „demokratischer Solidarität“ mit der Union für Verfassungsdemontage?

An den Tatsachen geht vorbei, wer die CDU/CSU insgesamt als „rechtsradikal“ sieht. Allerdings sind die Grenzen zwischen rechtsradikalen, neofaschistischen und gemeinhin konservativ genannten Gruppierungen in den letzten Jahren fließender geworden. In den fünfziger Jahren „... wurde die CDU vorwiegend zu einer Partei des Anti-Sozialdemokratismus. Sie ging in dieser Hinsicht einen ähnlichen Weg wie die Parteien der rechten Mitte nach 1918/19 (...) Heute ist sie entscheidend geprägt durch ihre Gegnerschaft zur SPD, die von manchen in ihren Reihen als Feindschaft geprägt und gepflegt wird, ihren Willen zur Macht und ihren selbstgerechten Monopolanspruch auf den demokratischen Staat.“⁸ Aufgrund veränderter Kräfteverhältnisse nach 1945 mußte die deutsche Rechte in bestimmten Fragen aber andere Haltungen einnehmen als in den Zeiten der Weimarer Republik. Skepsis oder gar Ablehnung gegenüber der Demokratie können sich bis heute nicht als solche unmittelbar vorstellen, nicht zuletzt deshalb, weil die CDU/CSU in ihrer Mehrheit und vor allem ihre Wählerschaft an der Sicherung des Bestehenden, am status quo interessiert sind. Die Gegner des antifaschistisch-demokratischen Auftrags unseres Grundgesetzes präsentieren sich nicht öffentlich als solche (wie noch die Deutschenationalen in der Weimarer Republik), sondern denunzieren ihre politischen Gegner, die demokratische Bewegung, als „Verfassungsfeinde“. Eine ähnliche Frontbegradigung betrifft den Nationalismus, der sich aus den Mündern von CDU/CSU heute europäisch-weltoffen gibt, gleichwohl seine Funktionen im Innern – etwa Herstellung eines Gefühls der Gemeinschaftlichkeit u.a.m. – nicht verloren hat.

Nichtsdestoweniger haben große Teile der CDU/CSU den Verfassungskompromiß von 1949 aufgekündigt, indem sie lediglich sich selbst – so etwa der heutige Bundespräsident Carstens 1977 – als in jeder Hinsicht verfassungskonform

(ProKla), H. 26/1977, S. 134f.; Carl L. Guggomos, Die Spitze des Eisbergs, in: Berliner Extra-Dienst vom 16.11.1973, S. 8; ders., „Rechts, zwei, drei, vier ...“. Rechtsradikalismus in der BRD, in: neue stimme, Juni 1974; Imanuel Geiss, Bundeswehr und Demokratie, in: Jakob Moneta u.a., Bundeswehr in der Demokratie – Macht ohne Kontrolle?, Frankfurt a.M. 1974; Hans-Dieter Bamberg, Die Deutschland-Stiftung e.V. – Studien über Kräfte der „demokratischen Mitte“ und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim 1978, S. 162ff, 248, 496

8. Wehner, a.a.O., S. 21

ansehen und Strömungen „links“ von sich mit dem dem Grundgesetz fremden Begriff der „Verfassungsfeindlichkeit“ belegen⁹. Welchen realen Gehalt CDU/CSU ihrer Beschwörungsformel „Solidarität der Demokraten“ zumessen, zeigte Helmut Kohls Ausspruch über die Sozialdemokraten: „*Mit geschichtslosen Gesellen gibt es keine Gemeinsamkeit!*“¹⁰ Die Aggressivität ist auch darin begründet, daß der heutigen Union neben einer einheitlichen Programmatik auch die Macht fehlt. „Bürgerliche Parteien leben, indem sie regieren.“¹¹ Die harte Konfrontation nach außen dient hier der Einheitsstiftung in den eigenen Reihen¹²

2.3 „Rechte Volkspartei“ und Interessenpolitik

Im letzten Jahrzehnt sind CDU und besonders CSU Mitgliederparteien mit zunehmend heterogener Zusammensetzung geworden. Umso wichtiger wird die Frage, welche zentralen Interessen sie in dieser Gesellschaft vertreten. Die Politik der Union steht in erster Linie im Interesse der Großkonzerne und des Mittelstands, ferner großer Teile der staatlichen Bürokratien einschließlich der Justiz sowie der Kirchen. Bei CDU und CSU, deren Arbeitnehmerflügel machtpolitisch vernachlässigt werden kann, ist „die Wirtschaft“ sicher, aufgrund vielfältiger, auf gemeinsame Interessen gegründeter Bindungen keine Überraschungen zu erleben. So sehr auch die SPD durch Wohlverhalten das Wohlwollen der Konzerne zu gewinnen sucht, so hat sich doch gezeigt, daß die Wirtschaft im Zweifelsfall – gerade wegen der für sie nicht kalkulierbaren und aus der Organisationstradition sich immer wieder entwickelnden demokratischen und sozialen Prinzipien der SPD – ihre Interessen bei der CDU/CSU besser aufgehoben sieht. Die „Kunst der CDU/CSU“ ist beachtlich, „... ausgerüstet mit den Stimmen der Millionen und den Millionen der Millionäre, eine Politik zu machen, die den Millionen gerade noch gefällt und den Millionären um so sicherer nutzt.“¹³ Die ideologischen Angebote an die Mitgliederbasis und vor allem an die Wähler stellen einerseits auf „ewige Werte“ (Nationalstolz, Eintracht, Partnerschaft, Tradition, Ruhe, Ordnung, usw.) ab, andererseits auf damit durchaus unvereinbare Prinzipien des nackten Erfolgs, der rücksichtslosen Konkurrenz, der nationalen Revision, der Demagogie, der denunziatorischen Feinderklärungen.

Wegen dieser heterogenen Ideologien und widersprüchlichen Propagandaformeln muß das Machtkartell in und um die CDU/CSU ein großes Interesse

9. Vgl. Wolfgang Däubler, Demokratischer Sozialismus verfassungswidrig?, in: forum ds, Heft 1 und 2/1976

10. Helmut Kohl über die SPD, zit. nach Wehner, a.a.O., S. 85

11. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 15.1.1979

12. Vgl. u.a. Hans-Gerhard Koch/Hans-Dieter Bamberg, CDU/CSU – Verhinderte Staatspartei, Starnberg 1974

13. VORWÄRTS vom 18.1.1979, S. 4

daran haben, daß Aufklärung nicht stattfindet, daß Schulbücher auf kritisches Wissen hin geprüft, Rundfunkprogramme auf unbequeme Sendungen kontrolliert und die krisenförmigen Entwicklungen unserer Wirtschaftsordnung nur in einer verdeckenden, unpräzisen und harmonisierenden Sprache artikuliert werden. Ferner muß darauf geachtet werden, daß im öffentlichen Dienst – besser auch in den privaten Unternehmen – nur „positiv Eingestellte“ eingestellt werden, und daß an Hochschulen und Schulen die Theorieverbote eingehalten werden¹⁴.

2.4 Schwerpunkte der CDU/CSU-Öffentlichkeitsarbeit

a) Wenn die arbeitende Bevölkerung von den Bedingungen wirklicher Demokratisierung abgeschnitten bleiben soll, bedarf es der Appelle an Vorurteile und Ängste sowie der Verbreitung von Skepsis gegenüber realer Freiheit und Gleichheit. Im CDU-Grundsatzprogramm heißt es denn auch „Chancengerechtigkeit“ statt Chancengleichheit. Der „Bayernkurier“ wandte sich auch dagegen: „Überangebot an Freiheitsrechten für den einzelnen ... *So verstellt man den großen Freiheitshorizont ganz Europas mit niedrigem, aber überflüssigem Kleinkram.*“¹⁵

b) Breit vorgetragen werden die Angriffe auf den Sozialstaat, das Wirken der Gewerkschaften sowie auf die Tarifautonomie: „Ich sage nur, daß der Sozialstaat seine Grenzen erreicht, zum Teil bereits überschritten hat.“¹⁶ Biedenkopf diffamierte anlässlich einer Forderung zur Privatisierung sozialer Sicherheitssysteme den Sozialstaat als „leistungsfeindlichen, sozialistischen Verteilungs- und Versorgungsstaat“. CSU und Teile der CDU unterstützen den Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB), der mit türkischen Faschisten zusammenarbeitet. Demagogische Versprechen wie das „Freiheitsrecht auf Arbeit“ sind den Reden führender CDU-Funktionäre zu entnehmen.

c) Terroristische Gewalt wird gegen SPD und FDP sowie „linke“ Ideen und die Reformpolitik nach 1969 ausgespielt. Beispielhaft sei Dregger zitiert: Nach Hitler „... war das geistige Vakuum geschaffen, das neuen *Irrlehren* Raum bot, die als Reaktion auf die braunen Jahre diesmal *nur von links* kommen konnten. Die dabei angewandte geistige Indoktrination bediente sich nicht nur der Medien, insbesondere der Monopolanstalten von Rundfunk und Fernsehen, sondern auch der Einrichtungen des staatlichen Bildungswesens. (...) wurde in manchen

14. „Von einer Opposition, die nur darauf auszugehen scheint, möglichst viele ‘Verfassungsfeinde’, ‘Sympathisanten’ und Schuldige unter allen, die von der geistigen Freiheit Gebrauch machen, zu entdecken, und die kein anderes Rezept zu kennen scheinen, als immer mehr Verbote und Strafen, kann man keine Unterstützung erwarten.“ Walter Seuffert, Die Freiheit des öffentlichen Dienstes im Rechtsstaat, in: forum ds, H. 6 (1978), S. 71.

15. „Bayernkurier“, zit. nach Wehner, a.a.O., S. 86

16. F.J. Strauß, zit. nach Wehner, a.a.O., S. 74

Fachbereichen mancher Universitäten ein Klima geistigen und physischen Terrors geduldet. (...) Konfliktbewußtsein und Konfliktpädagogik beherrschen das Feld. Rahmenrichtlinien ... wurden Ansatzpunkte der Agitation und Indoktrination. Gezüchtet wurde Systemverachtung (...) Die Polarisierung begann, als Sie (Wehner/hdB) sagten, Sie brauchten die Opposition nicht, als sie (SPD und FDP/hdB) ... es zuließen, daß Jungsozialisten und Jungdemokraten Gemeinsamkeiten mit Kommunisten zu entdecken begannen und praktizierten ...¹⁷

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf Dreggers Geschichtsbild bemerkenswert. In scharfer Kritik an Norbert Blüm verteidigte er die Wehrmacht: „Die Alliierten haben sich nicht nur geweigert, mit Vertretern des Regimes (der Hitler-Regierung/hdB) zu verhandeln, sie haben sich auch geweigert, mit Vertretern des Widerstandes zu verhandeln. Ihr Ziel war die Zerstörung des Deutschen Reiches, die Teilung Deutschlands und die Vertreibung der Ostdeutschen. Dagegen zu kämpfen, war ehrenhaft.“¹⁸

d) Mit viel Fantasie lasten CDU/CSU und Unternehmer der SPD die Folgen der Wirtschaftskrise an. Nach CDU-Generalsekretär Geissler ist die SPD verantwortlich für die Massenarbeitslosigkeit¹⁹. Gleichzeitig werden die Kritiker dieser Verhältnisse aus derselben Partei²⁰ an den Rand der demokratischen Ordnung und der Verfassung gestellt. Ebenfalls agitatorisch wirksam ist die von CDU und CSU verstärkte Bürokratiekritik mit dem Ziel, den Sozialstaat einschließlich der zuweilen als in der Tendenz totalitär gezeichneten staatlichen Sozialversorgung auszuhöhlen. So kritisierte von Weizäcker Anfang 1979 vehement, daß es in Berlin (West) so viele Kinderkrippen gäbe²¹.

17. Alfred Dregger bei einer Terrorismus-Debatte: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 53. Sitzung, Bonn 28.10.1977, Protokoll S. 4103ff; In dieser Rede bezeichnete Dregger ferner die SWAPO in Namibia als terroristisch und gab zu den Grundrechten folgende „Überlegungen“ bekannt: „Die Grundrechte und die Selbstbindung staatlicher Gewalt wurden in unsere Verfassung nicht eingeführt, um Mördern das Morden zu erleichtern, sondern sie wurden eingefügt, um Bürgern die Freiheit zu gewährleisten, die diese Republik bejahen.“ (ebd., S. 4101, 4098)

18. Deutschland-Magazin, H. 4/1978, S. 23

19. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 6.1.1979

20. Vgl. die Hysterie um das Klose-Interview von Ende 1978. Vgl. in diesem Zusammenhang den Bremer Bürgermeister Walter Franke (SPD): „Die Tatsache, daß der Staat mit vielfältigen Maßnahmen, etwa Konkunkturprogrammen, versucht, die Mängel der marktwirtschaftlichen Ordnung zu korrigieren, kann nicht ihn zum Verantwortlichen für diese Mängel und ihre Folgen, z.B. die Arbeitslosigkeit, machen. Allerdings stellt sich hier die für die politisch Verantwortlichen grundsätzlich die Frage, inwieweit diese Wirtschaftsordnung als tragfähig akzeptiert wird, wenn sie grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung, den Anspruch auf menschenwürdige Arbeit und eine angemessene Einkommensverteilung unzureichend erfüllt. ... Angesichts dieser Gefahren ist die Frage nach der Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung erneut und eindringlich zu stellen, um sie in demokratischer Willensbildung gemeinsam von allen Verantwortlichen zu lassen.“ Zit. n. Berliner Extra-Dienst vom 5.1.1979, S. 3. Vgl. auch das Zitat aus einer Rede von Gustav Radbruch – das, heute gesagt, sicherlich unter ein „Stamokap“-Verdikt fiel – in: Der Tagesspiegel vom 7.1.1979.;

21. Vgl. Der Tagesspiegel vom 6.1.1979.

2.5 Die Bedeutung der „Werte“ für das strategische Gesamtkonzept der Union

Insgesamt lassen diese Arbeitsweisen die Übernahme der Krisen- und Konfrontationspolitik der CSU auch bei der CDU vermuten, wie sie Ende 1974 Strauß beschrieben hatte: Es sei „blödes Zeug“, in „demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen“, „wir müßten“ den „Rechtsstaat retten (...). Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezepte notwendig halten. (...) es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden.“ Man könnte „jetzt überhaupt keine Rezepte empfehlen, ohne sich in große politische Schwierigkeiten zu begeben...“. „Allgemeine Konfrontierung“ sei günstig – mit den „Stichworte(n)“: „Wir kämpfen für die Freiheit gegen den Sozialismus, für die Person und das Individuum, gegen das Kollektiv, für ein geeinigtes Westeuropa, gegen eine sowjetische Hegemonie über ganz Europa“. „Wahlergebnisse von morgen“ hätten zur Voraussetzung: „... die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art“.²² Was Strauß hier ausgearbeitet vorstellt, ist ein Grundmuster rechter Politik: *Die Destabilisierungsstrategie*.

In der Form weniger grobschlächtig, im Inhalt dennoch genauso konfrontativ, ist die „Grundwerte“-Argumentation der Union, die die Tendenz zur Ablehnung Mehrheitsprinzip und Volkssouveränität ausspricht. Kohl z.B. sprach 1973 von der Gefahr eines „legalen Putsches“ und meinte damit parlamentarische Mehrheitsentscheidungen aufgrund von SPD-Beschlüssen zu Bereichen, die Kohl als „nicht zur Disposition der Politik stehen(d)“ ansah²³. Der CDU-Vorsitzende weiter zu den „Werten“: „Die Grundwerte gründen in der Natur des Menschen und nicht in der Volksmeinung“²⁴. „Der Staat ist aber nicht nur der Notar von Mehrheitsmeinungen“²⁵. Im neuen Grundsatzprogramm der CDU heißt es, daß „notwendige Entscheidungen auch gegen Widerstände in der öffentlichen Meinung“ von einer „verantwortungsbewußten Regierung“ getroffen werden müßten.

Ähnlich Dregger am 28.10.1977 im Bundestag: „Werden unsere Gesetzesvorlagen weiterhin dem Fallbeil der Mehrheit zum Opfer fallen?“²⁶ Beim „Grundatzforum“ seiner Partei im September 1977 kritisierte Kohl die SPD, weil sie alle Lebensbereiche demokratisieren wolle, und schloß darauf: „Sozia-

22. Die Sonthofener Rede von Strauß wird hier nach einem von der SPD verbreiteten Sonderdruck zitiert. Vgl. die Erstveröffentlichung in: Der Spiegel vom 10.3.1975, S. 34ff.

23. Zit. nach Theo Lemmer, Bleibt der Mensch auf der Strecke?, in: Rheinischer Merkur vom 5.10.1973, S. 31

24. Helmut Kohl, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, in: Günter Gorschenek (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977, S. 61

25. Ebd., S. 56

26. Vgl. die angegebene Dregger-Rede, a.a.O., S. 4100

listen haben ein gebrochenes Verhältnis zum Staat". Nach Aussage des niedersächsischen Ministers Möcklinhoff (CDU) ist das Wort von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ eines der „gefährlichsten Worte der Nachkriegszeit“ gewesen. Demokratie an sich sei schon ein Wagnis wegen der Gleichheit der Stimmen. Schlimmer werde es aber noch bei der Ausdehnung des Prinzips etwa auf Universitäten und Betriebe²⁷.

Das herausstechende Merkmal der ideologischen Arbeit von CDU und CSU ist ihre skeptische und distanzierte Beurteilung von Volkssouveränität und demokratischen Grundrechten. Hinsichtlich dieser Argumentationen und der damit begründeten praktischen Politik – also nicht allein im Hinblick auf gemeinsame politische Traditionen und bestehende personelle Verflechtungen – sind fließende Übergänge zum Rechtsradikalismus festzustellen²⁸. Die hier dokumentierten strategischen Überlegungen von CDU/CSU sind nicht als Probleme ihrer „Ränder“, sondern der „Mitte“ beachtenswert, sie sind zu diskutieren in der Perspektive der Radikalisierung dieser Mitte und der damit möglichen Verschiebung des politischen Gesamtkräfteverhältnisses in der BRD.

27. Aufrüttelnde Fälle in: Kursbuch 54: Jugend, Berlin (West) 1978

28. Vgl. hierzu auch Uly Foerster, Gilt nicht nur für Chile. CSU, Hanns-Seidel-Stiftung und die Frage der Gewalt, in: Vorwärts vom 10.8.1978, S. 11; Vgl. dazu schon Martin Kriele, Gründe für einen Putsch als Modell für die Freiheit, in: Vorwärts vom 1.12.1977.

Detlev Albers

Sechs Thesen zum Verhältnis von Linkssozialisten und Eurokommunisten*

I.

Für die ersten Jahrzehnte nach der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung als Ergebnis des 1. Weltkriegs und der siegreichen russischen Revolution genügte es im wesentlichen, zwischen den Positionen von Sozialdemokraten und Kommunisten, der Zweiten und der Dritten Internationale zu unterscheiden. Demgegenüber erscheint es heute und für die absehbare Zeit notwendig, zumindest zwischen vier deutlich voneinander abgehobenen weltanschaulichen Strömungen in der westeuropäischen Linken zu trennen.

Neben der traditionellen, von Otto Bauer seinerzeit als reformistisch bezeichneten sozialdemokratischen Partei, die sich faktisch oder sogar programmatisch auf das Eintreten für soziale Verbesserungen im Rahmen der kapitalistischen Entwicklungslogik beschränkt, findet sich vielfach in der gleichen Organisation, aber ebenso als eigenständige, bisweilen sogar bei weitem relevantere politische Partei je linkssozialistische Strömung, die sich nach wie vor als Träger marxistischer Traditionen und insofern als ein unverzichtbarer Teil der ihrer revolutionären geschichtlichen Aufgabe bewußten politischen Kräfte der Arbeiterklasse versteht. Die beiden sozialdemokratischen oder sozialistischen Strömungen sehen sich nun, zumindest im westeuropäischen Maßstab – und darin steckt ein qualitativ neues Moment der letzten Jahre – einer ihrer eigenen Aufteilung nicht vergleichbaren, aber deshalb nicht weniger bedeutsamen Differenzierung in der kommunistischen Bewegung gegenüber, nämlich jener zwischen der sog. eurokommunistischen und der traditionellen marxistisch-leninistischen Richtung. Während sich die erste, zumindest in den Positionsbestimmungen ihrer maßgeblichen italienischen und spanischen Repräsentanten, immer ausdrücklicher für die Ausarbeitung einer eigenständigen Strategie des „dritten Weges“ zwischen jenem der reformistischen Sozialdemokratie und der vom Leninismus in den bestehenden sozialistischen Ländern zugrunde gelegten Strategie ausspricht, will die zweite trotz der oft genug erklärten Bereitschaft zur Berücksichtigung gewisser nationaler Besonderheiten an den Prinzipien eben dieser

* Die folgenden Thesen fußen im wesentlichen auf dem Referat, das der Verfasser während der internationalen Tagung aus Anlaß des 40. Todestages von Otto Bauer in Wien (November 1978) gehalten hat. Der vollständige Text dieses Referates sowie der übrigen dort vorgelegten Beiträge wird in Kürze vom Campus-Verlag, Frankfurt/Main, veröffentlicht werden: Detlev Albers, Josef Hindels, Lucio Lombardo Radice (Hg.), Otto Bauer und der Dritte Weg – Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten.

Strategie festhalten. Mit einer durch die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung bedingten Notwendigkeit kommt es deshalb gerade über die Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion, ihrer inneren gesellschaftlichen Entwicklung wie der theoretischen Auffassungen ihrer kommunistischen Partei zu den schärfsten Auseinandersetzungen zwischen beiden genannten Richtungen.

II.

Auffallend ist nun, daß sich in den einzelnen westeuropäischen Ländern beinahe jede denkbare Kombination bezüglich des Überwiegens einer der vier ideologischen Strömungen wiederfinden läßt. Dabei bestehen die beiden sozialdemokratischen Tendenzen regelmäßig, wenn auch wiederum in höchst unterschiedlicher Stärke, nebeneinander, wogegen unter den kommunistischen Positionen, schon aufgrund ihrer noch immer ausgeprägteren Geschlossenheit, in jedem Land zumeist nur die eine der beiden Tendenzen als politischer Faktor eine Rolle spielt. So dominieren in Mittel- und Nordeuropa die traditionellen sozialdemokratischen Massenparteien, denen fast immer kleine, ebenso traditionell marxistisch-leninistisch orientierte kommunistische Parteien gegenüberstehen. Eine Ausnahme hiervon bildet Großbritannien, dessen politisch wenig einflußreiche KP für sich in Anspruch nehmen kann, bereits auf eine lange Tradition von nach heutigem Sprachgebrauch als „eurokommunistisch“ zu bezeichnenden Positionen zurückzublicken.

In Südeuropa überwiegt unter den Sozialisten zumeist die linkssozialistische Tendenz, wobei sorgfältig zwischen dem überlieferten marxistischen Anspruch dieser Parteien und der tatsächlich von ihnen verfochtenen Praxis zu unterscheiden ist. Hinter ähnlichen programmatischen Erklärungen stehen in diesen Nationen so unterschiedliche politische Realitäten, wie sie die portugiesische PS und eine militant linke Partei wie die griechische PASOK verkörpern. Bei den kommunistischen Parteien dieser Länder überwiegt die eurokommunistische Tendenz, die hier ihre wichtigsten Positionen besitzt, ohne daß darüber die anders laufende Orientierung der portugiesischen und griechischen (Inlands-) KP übersehen werden dürfte.

In der westeuropäischen Summe und mit entsprechender Vergrößerung läßt sich sagen, daß im sozialdemokratischen und sozialistischen Bereich die traditionelle reformistische Linie überwiegt (wenn sie auch nirgendwo allein existent ist), wogegen unter den kommunistischen Parteien aufgrund des insgesamt größeren gesellschaftlichen Einflusses der Eurokommunisten in ihren Ländern diesen ein Übergewicht zufällt (das allerdings bisher durch die Einbindung in die internationale kommunistische Bewegung unter Einschluß der sozialistischen Länder, ebenso wie durch interne Differenzen in der eurokommunistischen Gruppierung kaum sichtbar geworden ist).

III.

Als ein weiterer Unterschied zu der von Otto Bauer analysierten Situation ist festzustellen, daß sich das Nebeneinander, die gegenseitigen faktischen „Berührungsflächen“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, unabhängig von deren Binnenorientierung, deutlich vergrößert haben. Hatte Bauer seinerzeit nur die französische Linke im Auge, wenn er vom Nebeneinander zweier großer Arbeiterparteien in einem Lande sprach, so gilt eine derartige Konstellation, ungeachtet aller sonstigen Unterschiede, jetzt auch für sämtliche übrigen südeuropäischen Länder, wobei Italien als einziges westliches Land ein Übergewicht der kommunistischen Seite aufweist. (Von Island und Finnland, in denen ebenfalls sozialdemokratische und kommunistische Massenparteien nebeneinander bestehen, sei hier wegen ihrer westeuropäischen Randlage einmal abgesehen.)

Versucht man, über diese äußerliche, gewissermaßen formengeschichtliche Betrachtungsweise der Parteienlandschaft in der westeuropäischen Arbeiterbewegung hinauszugehen und nach dem Stand der theoretisch-strategischen Ausarbeitungen über die Öffnung des Wegs zum Sozialismus in den jeweiligen ideologischen Grundrichtungen und deren verschiedenen Tendenzen zu fragen, dann ergibt sich zunächst, daß eine solche Untersuchung zwangsläufig über den nationalen Rahmen eines einzelnen Landes hinausgreifen muß. Ist dies schon objektiv durch den erreichten Stand der internationalen Kapitalverflechtung wie der Produktivkraftentwicklung, infolge der modernen Verkehrstechniken und Kommunikationsmittel bedingt, so kommt jetzt als ein subjektiver Faktor hinzu, daß sich die ausgeprägtesten, am weitesten vorangetriebenen Positionsbestimmungen der einzelnen Tendenzen, auf die ein solcher Vergleich zuvörderst abzielen muß, im Rahmen einer einzelnen nationalen Arbeiterbewegung weniger denn je auffinden lassen. Unabhängig von äußeren Anlässen, wie den ersten Direktwahlen zum Europaparlament, ist deshalb die Frage nach dem Reifegrad der jeweiligen theoretischen Ausarbeitungen und damit letztlich auch die Beurteilung ihrer gesellschaftlichen Perspektive nur im Zusammenhang der gesamten westeuropäischen Linken zu beantworten.

IV.

Analysiert man nun das gegenwärtige Verhältnis der genannten vier ideologischen Strömungen, zeigt sich allen unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Traditionen zum Trotz eine bisweilen überraschende Nähe zwischen den strategischen Aussagen der linkssozialistischen und der eurokommunistischen Position. Unter dem von Otto Bauer aufgeworfenen Gesichtspunkt des „integralen Sozialismus“, der Frage also, welche der vier Tendenzen der Arbeiterbewegung am ehesten in der Lage erscheinen, „das große Erbe der Kämpfe um die Demokratie“ mit jenem nicht minder bedeutsamen „der proletarischen Revolutionen“ zu verbinden, kommt der linkssozialistischen wie der eurokommunistischen Strömung offenbar als einzigen das Verdienst zu, das in der Synthese beider Momente ent-

haltene Spannungsverhältnis in ihren theoretischen Ausarbeitungen wie in den Traditionen, auf die sie sich berufen, umfassend und gewissermaßen in erster Person zu reflektieren.

Damit erhält der zwischen beiden Positionen im westeuropäischen Zusammenhang zu entwickelnde Dialog, der bisher über embryonale Vorformen nicht hinausgekommen ist, eine zentrale Bedeutung, um jene von Bauer allen praktischen Formen der Zusammenarbeit noch vor- und übergeordnete ideologische Aufgabe, „jenes Mindestmaß gemeinsamer theoretischer Erkenntnisse und gemeinsamer politischer Strategie“ ins Blickfeld zu rücken. Ohne das bleibt, wie zuletzt die jüngste französische Entwicklung beweist, jedes sozialistische Experiment in Westeuropa undurchführbar.

Die Themen und Gegenstände, die in einen solchen mit langem Atem zu führenden Dialog einzubringen sind, können nicht eingegrenzter sein als das Ziel, um das es geht, nämlich erstmals in der Geschichte und unabhängig von jedem anderen Modell tatsächlich den berühmten „Dritten Weg“ zum Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern einzuschlagen.

Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang auf Fragestellungen verwiesen, die die Linke aller westeuropäischen Länder noch weithin unbekanntes Gelände zu betreten zwingen, wie die Probleme der Ausarbeitung und Ingangsetzung einer neuen ökonomischen Logik, die Umwandlung des kapitalistischen Staatsapparats, die Einschätzung der demokratischen Institutionen im revolutionären Prozeß, die Bedeutung des Pluralismus der politischen und gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen in allen Stadien der Systemveränderung usw. Unabdingbar für die Fruchtbarkeit des angestrebten Dialogs erscheinen zwei Voraussetzungen: Zum einen muß auf beiden Seiten ein letztlich nur aus der jeweiligen politischen Praxis ableitbares und hieran zu überprüfendes Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der gegenseitigen Aussagen, Absichten und Zielvorstellungen entstehen – ein Verhältnis, das weder Meinungsverschiedenheiten noch Konflikte ausschließt, aber die Gewißheit darüber gibt, daß man weiß „wen man vor sich hat“. Zum anderen müssen beide Seiten die in Jahrzehnten gewachsene Identität der anderen Position, deren historischen Kontext wie ihre erstrangige Aufgabe innerhalb der jeweils entgegengesetzten Hauptströmung der internationalen Arbeiterbewegung respektieren.

V.

Sind damit Notwendigkeit, Voraussetzungen und Gegenstände eines theorie- und strategiebezogenen Dialogs zwischen Linksozialisten und Eurokommunisten wenigstens in allgemeiner Form benannt, dessen natürlich für die nationalen Bedingungen zu differenzierenden Ausgangspunkte oder gar Resultate hier nicht im einzelnen erörtert und schon gar nicht vorweggenommen werden können, so ist gleichzeitig auf eine typische, in ihren Konsequenzen sehr weitreichende Differenz zwischen beiden Positionen, wie erst recht gegenüber den tra-

ditionellen marxistisch-leninistischen Auffassungen zu verweisen. Bis heute vertritt praktisch die gesamte kommunistische Bewegung, nicht zuletzt infolge einer noch immer allzu engherzig verstandenen Sorge um die Begründung der eigenen Organisationsentscheidung, die These des angeblich unaufhebbaren reformistischen Charakters der Sozialdemokratie. Besonders nachdrücklich beharren die französischen Kommunisten gerade auch in ihrer Auseinandersetzung mit linkssozialistischen Strömungen innerhalb des PS, wie der CERES-Gruppe, auf der unveränderlichen Richtigkeit dieser These. Ungeachtet aller sonstigen tagespolitischen Differenzen, deren Ursachen gewiß nicht allein einer Seite zuzurechnen sind, wird hier offenbar übersehen, daß eine solche Auffassung das Fundament jeder langfristig angelegten Bündnispolitik zwischen Sozialisten und Kommunisten in diesem Land untergräbt.

Trotz vereinzelter abweichender Äußerungen aus den Reihen der spanischen Kommunisten unterscheidet sich jedoch zumindest die KPI als die bei weitem einflußreichste Partei des Eurokommunismus in diesem Punkt nur graduell von der Position ihrer französischen Genossen. Wegen seiner Tragweite für das Verhältnis von Linkssozialisten und Eurokommunisten sei dies anhand einer neueren Rede Enrico Berlinguers genauer belegt:

„Es muß das Bewußtsein ganz klar bleiben; Was die Sozialdemokratie historisch gesehen von den kommunistischen und revolutionären Bewegungen unterscheidet, ist (der Umstand), daß sie nicht eine wirklich gesellschaftsverändernde und erneuernde, sondern eine reformistische Politik verfolgt, die sich darum bemüht, die krassesten Ungerechtigkeiten und Widersprüche des Kapitalismus abzuschwächen, aber immer im Innern des kapitalistischen Systems (bleibt).... Die Gemeinsamkeit aller Sozialdemokratien bleibt somit der Verzicht, für das Herausreten aus dem Kapitalismus zu kämpfen und die Grundlagen der Gesellschaft im sozialistischen Sinne zu verändern.“

Zur Erklärung solcher Auffassungen mag für Italien beitragen, daß sich die Sozialisten dort bis heute in ihrer Mehrheit als marxistische Partei verstehen und sich oft genug selbst gegen die Charakterisierung als Sozialdemokraten zur Wehr gesetzt haben. Das ändert aber nichts daran, daß mit solchen Thesen nicht nur die Perspektive der linkssozialistischen Positionen innerhalb der Sozialdemokratie bestritten wird, sondern daß damit auch in letzter Konsequenz die historische Legitimität und Gleichberechtigung der sozialdemokratischen mit der kommunistischen Richtung der Arbeiterbewegung infrage gestellt ist. Beides aber macht die kommunistische Seite, jenseits der subjektiven, nicht weiter diskutierbaren Organisationsentscheidung, unfähig zu erkennen, daß gerade in der von den großen sozialdemokratischen Parteien seit Generationen bewiesenen Fähigkeit, marxistische und nicht-marxistische Kräfte der Arbeiterbewegung zu gewiß nicht widerspruchsfreiem, aber doch einheitlichem politischen Handeln zu gewinnen, eine unverzichtbare, allen formalen Gewährleistungen überlegene Garantie für den demokratischen Charakter jedes von ihnen mitgetragenen und erkämpften Wegs zum Sozialismus enthalten ist.

VI.

Die vorstehenden Überlegungen versuchen anzudeuten, welche produktiv-theoretische Herausforderung im westeuropäischen Zusammenhang aus dem Dialog zwischen Linkssozialisten und Eurokommunisten hervorgehen kann, warum gerade darin der vielleicht bedeutsamste ideologische Schnittpunkt des zeitgenössischen Marxismus angelegt ist und welche über die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung hinausweisende Ausstrahlung des gesellschaftsverändernden Potentials in den westlichen Industrieländern so erreicht werden könnte. Davon bleibt jedoch unberührt, daß beide Seiten in dem Teil der Arbeiterbewegung, dem sie sich zurechnen, vor schwerwiegenden ungelösten Problemen stehen und daß schließlich auch die Kooperationsmöglichkeiten zwischen allen vier hier unterschiedenen Richtungen der westlichen Linken, unter Einfluß ihrer am stärksten in den überkommenen Frontstellungen verharrenden Teile, dringend der weiteren Klärung bedürfen.

Im Hinblick auf den ersten Gesichtspunkt, die Frage also, wie sich das Binnenverhältnis zwischen reformistischen Sozialdemokraten und Linkssozialisten einerseits, zwischen Eurokommunisten und traditionellen Marxisten-Leninisten andererseits künftig bestimmen läßt, scheint die Annahme eines spannungsgeladenen Konkurrenzverhältnisses grundlegend. So sind die Kämpfe um die Orientierung der kleinen kommunistischen Parteien, beispielsweise in der österreichischen KP vor und nach dem „Prager Frühling 1968“, an Schärfe und mehr oder minder kaschierten Versuchen der Einmischung von außen kaum zu über treffen. Offenkundig ist dabei die Einflußnahme von seiten der regierenden kommunistischen Parteien unter Führung der KPdSU bis heute von ausschlaggebender Bedeutung. Umgekehrt hat etwa das Einwirken der SPD auf die innerparteilichen Meinungsbildungsprozesse bei den portugiesischen Sozialisten zu nicht minder folgenschweren Ergebnissen geführt; Richtungskämpfe um das Überwiegen der einen oder anderen Strömung oder deren jeweiligen Anteil bilden zudem einen wesentlichen Teil der sozialdemokratischen Parteiengeschichte.

Es fehlt an dieser Stelle der Raum, um den sozialökonomischen, gesellschaftlichen und innerparteilichen Bestimmungsfaktoren nachzugehen, aufgrund deren sich das Ringen um die Zuordnung der jeweiligen Parteienmehrheit vollzogen hat und vollzieht; seine Transparenz ist im übrigen für die kommunistischen Parteien noch immer höchst unzulänglich. Hervorgehoben sei lediglich die Erfahrung, daß allen entgegengesetzten, häufig polemisch instrumentalisierten Behauptungen zum Trotz den innerparteilichen Diskussionsprozessen, ihrer Initiierung und am Parteiinteresse ausgewiesenen Legitimierung eine schlechthin unverzichtbare Bedeutung in derartigen Auseinandersetzungen zukommt. Erst vor einem solchen Hintergrund kann dann aus der Gegenöffentlichkeit aller demokratischen Kräfte eines Landes auch eine ausreichende Abwehr gegenüber äußeren Einmischungsversuchen von seiten stärkerer Schwesterparteien gebildet werden.

Schließlich sei darauf verwiesen, daß die hier geforderte Bedeutung des im internationalen Maßstab zu entwickelnden Dialogs zwischen Linkssozialisten und Eurokommunisten keinesfalls dazu herhalten kann, als Ersatz oder Alternative zu den Anforderungen des politischen Tageskampfes zu dienen, der in vielfältigen Zusammenhängen die Kooperation der ideologisch noch am weitesten voneinander getrennten Fraktionen der Arbeiterbewegung verlangt. Gemeinsames Handeln im Bereich der Gewerkschaftsbewegung, entsprechend den politischen Kräfteverhältnissen differenzierte Formen der Zusammenarbeit – von einzelnen gesellschaftlichen Initiativen bis hin zu Wahl- und Regierungsbündnissen – müssen unabhängig vom Überwiegen der einen oder anderen Richtung gefunden und erprobt werden. Ihr Zustandekommen schließt das Fortbestehen fundamentaler weltanschaulicher Meinungsverschiedenheiten nicht aus. Das Vorantreiben der theoretischen und strategischen Diskussion zwischen Linkssozialisten und Eurokommunisten, das sich in die Perspektive des von Otto Bauer antizipierten „integralen Sozialismus“ einfügt, will jedoch darüber in einem zweifellos langwierigen Meinungsbildungsprozeß hinausgehen; es zielt mithin bei aller Offenheit, ja vermutlich oft ketzerisch wirkenden Unbequemlichkeit ihrer künftigen Ergebnisse darauf ab, die Erfahrungen des täglichen politischen Kampfes der Arbeiterbewegung und ihrer auf gemeinsame Interessen zielenden Momente zu vertiefen, nicht aber, unter welchem Organisationspatriotismus auch immer, infrage stellen zu lassen.

Mechtild Jansen

1. September Antikriegstag 1979

Zur Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung

Der Tag des Beginns des 2. Weltkrieges, der nazistischen Aggression gegen unsere Nachbarvölker, ist zum Kampftag gegen Faschismus und Krieg geworden. Der 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges läßt uns die Frage stellen, was aus der Forderung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ geworden ist.

I.

Allein die Tatsache der monopolkapitalistischen Restauration unseres Landes weist uns daraufhin, daß die Wurzeln von Faschismus und Krieg nicht beseitigt sind und daß trotz 30 Jahre Frieden eine friedliche Zukunft noch nicht gesichert ist.

Daß die Beseitigung des Faschismus die Beseitigung seiner ökonomischen Grundlagen voraussetzt, war nach dem Kriege in breiten Teilen der demokratischen Bewegung unumstritten. Die massive Unterstützung des Faschismus durch die Großindustrie war die entscheidende Grundlage seiner Herrschaft in Deutschland. (So stellte die IG-Metall 1947/48 fest:)

„Dies war auch einmal die Ansicht der verbündeten Nationen, die den Krieg gegen Deutschland anführten... Die Gewerkschaften können sich also mit Recht darauf berufen, daß sie sich in guter Gesellschaft befinden, wenn sie eine Änderung der Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien fordern. Sie lassen sich aber auch weiter von dem Gedanken leiten, daß die Empfehlung der Siegermächte, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen, nur erreicht werden kann, wenn diesem demokratischen Willen des Volkes nicht wieder zusammengeballte Wirtschaftskräfte gegenüberstehen, die allem demokratischen Denken den Kampf ansagen.“¹

„Zusammengeballte Wirtschaftskräfte“ standen in den Westzonen Deutschlands jedoch bald wieder einer tatsächlich demokratischen und friedlichen Entwicklung im Wege. Das politische Kräfteverhältnis, in dem nach der Gründung der BRD eine Außenpolitik der Westintegration und Wiederbewaffnung durchgesetzt werden konnte, wurde schon früh nach dem Krieg vorbereitet. Adenauer schrieb in seinen Memoiren:

„Es gab für uns nur einen Weg, unsere politische Freiheit, unsere persönliche Freiheit, unsere Sicherheit, unsere in vielen Jahrhunderten entwickelte Lebensform, die die christlich-humanistische Weltanschauung zur Grundlage hat, zu retten: fester Anschluß an die Völker und Länder, die in ihrem Wesen die gleichen Ansichten über Staat, Person, Freiheit und Eigentum hatten wie wir. Wir mußten hart und entschlossen Widerstand leisten gegenüber jedem weiteren Druck vom Osten her.“²

1. Geschäftsbericht des Vorstandes der IG Metall für die britische Zone und das Land Bremen
2. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 96 f.

Westorientierung und Antikommunismus wurden in dieser Weise schon 1946 nach innen und wenig später öffentlich vertreten. Mit beiden Elementen war nie eine einfache geographische Standortbestimmung deutscher Außenpolitik verbunden, sondern stets eine klassenpolitische Ausrichtung auf die bürgerliche Staats- und Gesellschaftsordnung – und gegen den sozialistischen Aufbau in der DDR und Osteuropa.

Wenn die SPD nach 1945 die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als Tagesaufgabe forderte³, so unterschied sie sich im Hinblick auf die antikommunistische Haltung ihrer Führung nicht grundsätzlich von der CDU. Als Maßstab der Beurteilung des Verhältnisses zur Sowjetunion galt die These von den „tödlichen Gefahren der sowjetischen Politik für ganz Europa“⁴, wie es später im Rückblick in offiziellen Dokumenten der SPD bezeichnet wurde. Die historische Entwicklung kann in diesem Rahmen nicht im einzelnen nachvollzogen werden⁵, gezeigt werden soll lediglich, daß die Grundsteine für die Entwicklung der Westzonen und der späteren BRD bereits sehr frühzeitig gelegt wurden und daß trotz der in vielen Fragen von der SPD eingenommenen Oppositionshaltung in wichtigen Grundfragen der späteren Außenpolitik des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder zwischen SPD und CDU keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten bestanden.

Seit sich derartige Perspektiven in den Westzonen andeuteten, sind jedoch auch diejenigen aktiv geworden, die mit aller Ernsthaftigkeit den Frieden und eine demokratische Weiterentwicklung wollten. 30 Jahre BRD sind begleitet von 30 Jahren Friedensbewegung. Sie hat sich seit 1949 engagiert gegen die von der Adenauer-Regierung betriebene Remilitarisierung, gegen die Atomwaffenrüstung der Bundesrepublik, gegen die Ablehnung der „disengagement“-Pläne⁶, gegen die Politik des Kalten Krieges und im Verbund hiermit gegen die autoritäre Formierung der BRD, für die Ostpolitik, für Entspannung und Abrüstung. „Ohne uns“, „Paulskirchenbewegung“, „Kampf dem Atomtod“, „Ostermarsch“, „Maidemonstrationen“ kennzeichnen die wichtigsten Etappen dieser Friedensbewegung von 1945 bis heute⁷.

3. Aufruf vom Sommer 1945, in: Turmwächter der Demokratie – Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Bd. II, S. 25 ff.
4. Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 2, Berlin (West), S. 68
5. Vgl. dazu: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–49, Berlin (West) 1966 und Badstübner/Thomas, Restauration und Spaltung, Köln 1975
6. Gemeint sind die Pläne, in Mitteleuropa eine militärisch verdünnte bzw. atomwaffenfreie Zone zu schaffen.
7. Vgl. zu den einzelnen Etappen: Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949–55, Frankfurt a.M. 1971; Hans-Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970; Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO, Frankfurt a.M./New York 1977

Diejenigen, die für Frieden und Abrüstung eintraten, haben bislang nicht die Breite und Stärke erreichen können, die notwendig wäre, um den Frieden unumkehrbar abzusichern. In manchen Phasen waren es nur kleine Kreise, die diese Fragen nicht aus dem Auge verloren. Doch mit Recht kann gesagt werden, daß die Friedensbewegung der BRD einen Beitrag zu 30 Jahren Frieden geleistet hat. Ohne sie hätten die reaktionären und chauvinistischen Kräfte weit größeren Handlungsspielraum gehabt⁸.

Die Friedensbewegung wurde von Beginn an besonders stark von jenen Kräften getragen, die sich den Zielen und Interessen der Arbeiterbewegung verbunden fühlten und fühlen. Die Gewerkschaften selbst waren in unterschiedlichem Ausmaß, jedoch kontinuierlich am antimilitaristischen Kampf beteiligt, was sich in vielen entsprechenden Beschlüssen niederschlug⁹. Darüberhinaus wurde die Friedensbewegung aktiv mitgetragen von anderen antimilitaristischen, von christlichen und pazifistischen Kräften. Ihre Zusammenarbeit war nicht in allen Phasen gleichermaßen breit und intensiv entwickelt, sie bildete jedoch die ganze Zeit über ein wichtiges Fundament für die Arbeit der Friedensbewegung.

In den 50er Jahren fand das Engagement der Friedenskräfte, an dem insbesondere die Jugend stets stark beteiligt war¹⁰, viel Unterstützung auch bei großen politischen Organisationen und Parteien, z.B. der SPD und des DGB. Als von diesen Kräften darauf verzichtet wurde, offensiv Alternativen zur Politik der CDU-Regierung zu formulieren und damit auch die Unterstützung für die Friedensbewegung abnahm, ließ sich letztere bei aller Enttäuschung nicht entmutigen und setzte stärker auf eine eigenständige Tätigkeit, deren Ausdruck

8. So konnte die Wiederaufrüstung zwar nicht verhindert werden, doch man kann es als Erfolg der Friedensbewegung werten, daß die Bundeswehr entgegen den Vorstellungen ihres damaligen Verteidigungsministers F. J. Strauß bis heute keine eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen besitzt. Noch vor nicht allzu langer Zeit wurden diejenigen, die sich für die Forderungen „Für die Ratifizierung der Ostverträge“ oder „Für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze“ einsetzten, öffentlich diffamiert, heute sind sie Wirklichkeit und Bestandteil offizieller Regierungspolitik.
9. Der Wille, dauerhaft gegen Aufrüstung und Krieg zu kämpfen, kommt im Grundsatzprogramm des DGB von 1963 zum Ausdruck: „.... Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Die Bereitstellung von Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke darf nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden. Die Gewerkschaften fordern die Ächtung und das Verbot aller Atomwaffen und aller sonstigen Massen-Vernichtungswaffen sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Armut und Analphabetentum und Unterdrückung in allen Teilen der Welt ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.“
10. Vgl. einen Aufsatz des Verfassers: Der Kampf der demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen für Frieden und Abrüstung, in: Demokratische Erziehung, 3/79

die Ostermarschbewegung war. Die Erfahrungen, die bis etwa Mitte der 60er Jahre gesammelt wurden, führten auch zu einer politisch-inhaltlichen Weiterentwicklung: Es wurden die gesellschaftlichen Strukturen in Frage gestellt, die offensichtlich einer konsequenten Friedenspolitik im Wege standen. Besonders der Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden rückte ins Blickfeld. Die Forderungen für Frieden und Abrüstung wurden verbunden mit Forderungen nach gesellschaftlichen Reformen, nach mehr sozialen und demokratischen Rechten für die Bevölkerung. Dieser Gesichtspunkt erhielt eine noch größere Bedeutung, als die wirtschaftliche Krise und das erneute Auftreten aggressiver Entspannungsgegner spürbar wurden.^{1 1}

Vor dem Hintergrund dieser bundesrepublikanischen Geschichte konnte die Ost- und Entspannungspolitik entstehen^{1 2}, vor deren Weiterentwicklung wir heute stehen. Was sind nun gegenwärtig die wichtigsten Aufgaben der Friedensbewegung in Anbetracht des 1. September?

II.

Die vordringliche Aufgabe ist die Durchsetzung eines Rüstungsstops und die Einleitung von Schritten zu wirklicher Abrüstung. Die Entwicklung der politischen Entspannung hatte ihre Ursache nicht in einer veränderten politischen Zielsetzung imperialistischer Kräfte, sondern vor allen Dingen in einer Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse. Die demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern, die nationalen Befreiungsbewegungen und die sozialistischen Länder hatten an Kraft und Einfluß erheblich dazugewonnen, ein Faktor, der von den Befürwortern einer „Politik der Stärke“ seit Mitte der 60er Jahre nicht mehr zu ignorieren war. Der „Kalte Krieg“ – der Wirtschafts-

11. Zum Ende der 60er Jahre hin rückten andere Fragen als die des Friedens und der Abrüstung in den unmittelbaren Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung: Es waren der Vietnam-Krieg, die Notstandsgesetze, die Bildungs- und Hochschulmisere etc. Die Bewegung für Frieden und Abrüstung entwickelte sich erst 1973 neu (neben den fortlaufenden Aktivitäten einzelner Organisationen). Auf Initiative von Einzelpersonlichkeiten aus der BRD, die am Weltkongress der Friedenskräfte in Moskau 1973 teilgenommen hatten, wurde im Dezember 1974 auf einem Kongress in Bonn-Bad Godesberg der „Ausschuß für Frieden und Abrüstung“, das spätere „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“, gegründet. Die Aktivitäten des Komitees und das Komitee selbst wurden zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Umstritten war und ist die Beteiligung auch von Kommunisten an der Arbeit des Komitees, eine grundsätzliche Auseinandersetzung, die übrigens in unterschiedlichem Ausmaß und Schärfe die gesamte Friedensbewegung der BRD seit 1949 durchzieht.
12. Entscheidend für die Entwicklungen in der BRD und Bestimmungsfaktor für die Friedensbewegung in der BRD selbst waren internationale Veränderungen, nämlich eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten friedlicher und demokratischer Entwicklungen.

krieg gegen die DDR; die Versuche zur politischen Destabilisierung der DDR und der SED durch die geheimdienstliche Tätigkeit der „Ostbüros“ der Parteien, vor allem auch der SPD – war gescheitert¹³. Die zur Absicherung der bestehenden Machtverhältnisse notwendige Organisierung scharfer antisozialistischer Haltungen mußte fortan in eine moderatere Außenpolitik eingebettet werden.

Neue Mittel zur Verfolgung der alten Ziele wurden gesucht. Mit der Entspannungspolitik verbanden die imperialistischen Kräfte des Westens derartige Hoffnungen, Zusammenarbeit auf ökonomischen Gebiet sollte ihnen neue Märkte eröffnen und die psychologische Kriegsführung gegen die sozialistischen Länder sollte langfristig militärische Auseinandersetzungen ersetzen oder zumindest vor ihnen stehen¹⁴. Die Führung der SPD repräsentierte jene realistischen Kräfte, die in der Tat keine Perspektive in der Fortsetzung einer Politik der Stärke sahen, sie wollte Entspannung und eine Politik der Friedenssicherung unter Ausschluß militärischer Auseinandersetzungen. Nichtsdestoweniger verband auch sie die Entspannungspolitik mit der Hoffnung auf „Aufweichungstendenzen“ in den sozialistischen Ländern und der Möglichkeit, dort die eigene Politik verankern zu können. Insofern ging die sozialliberale Ostpolitik konform mit der US-Konzeption „Wandel durch Annäherung“, formuliert vor allem durch den heutigen Sicherheitsberater von Carter, Breszinski¹⁵.

Zwischenzeitlich hat die Entspannungspolitik vor allem den demokratischen und sozialistischen Kräften Vorteile verschafft, sie hat ihnen neue Möglichkeiten für ihr Wirken eröffnet, eine Tatsache, die rechte und reaktionäre Kräfte in höchstem Maße beunruhigt. Bei aller nach wie vor verbreiteten und tiefsitzenden antikommunistischen Grundhaltung der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung ist die Anziehungskraft und das Ansehen der sozialistischen Länder in den Ländern Westeuropas auch in der Frage der Friedenspolitik gewachsen¹⁶.

Die in der Folge einsetzenden Versuche der Entspannungsgegner, die bisher erreichten Erfolge zu unterlaufen bzw. rückgängig zu machen, konzentrieren sich dabei gegenwärtig vor allem auf drei Punkte: Mit der fortgesetzten, durch die letzte Tagung der NATO-Außenminister am 30./31.5. d.J. bestätigten Aufrüstungspolitik (NATO-Langzeitprogramm zur Aufrüstung, Neutronen-

13. Ernst Reuter, Westberlins Regierender Bürgermeister, „wollte politische und ökonomische Mittel eingesetzt wissen, um die deutsche Sowjetzone – und nicht sie allein – aus der sowjetischen Umarmung zu lösen.“ Aus: Willi Brandt/Richard Löwenthal/Ernst Reuter, Ein Leben für die Freiheit, München 1957, S. 609

14. Vgl. Gerhard Kade, Zur Bedrohungslüge, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/79

15. Vgl. Reinhard Opitz, Neutronenbombe und ihre politischen Implikationen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/77

16. Mit Sorge stellt dies auch das Sprachrohr der Bourgeoisie, die Frankfurter Allgemeine Zeitung fest: Vgl. Kommentar vom 15.2.79

bombe, Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen etc.) soll erstens die politische Entspannung unterlaufen werden. Andererseits ist es der Versuch, die sozialistischen Länder ökonomisch zu schwächen. Ideologische Diversion, psychologische Kriegsführung und Einmischung in innere Angelegenheiten der sozialistischen Länder, wozu auch die doppelbödige und zynische Menschenrechtskampagne von US-Präsident Carter zählt, bilden zweitens Ansätze eines neuen Kalten Krieges, mit dem Spannungen eskaliert werden und mit dem eine innere Destabilisierung der sozialistischen Länder sowie allgemein antisozialistische Stimmungen erzielt werden soll. Drittens werden Spannungen bewußt geschürt etwa durch Testen der Belastbarkeit“ des Berlin-Abkommens oder anderer Verträge mit den sozialistischen Staaten oder das Auspielen der „chinesischen Karte“.

Diese Politik führt heute zu einer ernsthaften Bedrohung der Entspannungspolitik und einer Gefährdung des Friedens. Ihr ein entschiedenes Engagement für die Abrüstung entgegenzusetzen, ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Der Frieden kann nur gesichert werden, wenn die Entspannungspolitik durch eine schrittweise Abrüstung unterstrichen wird.

Die Führung der SPD hat diese Gefahren erkannt, insbesondere Herbert Wehner kommt das Verdienst zu, Verantwortungsbewußtsein und Realitätsinn gezeigt zu haben. Er forderte eine eindeutige Akzentsetzung zugunsten weiterer Abrüstungsinitiativen.¹⁷

„Es entspricht nicht der Lage der Bundesrepublik, mit der vorgeblichen Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme zu argumentieren und dabei die Gefahr heraufzubeschwören, daß die Bundesrepublik zum Träger solcher zusätzlicher Waffen gemacht wird, statt die Kräfte des Bündnisses in die Waagschale von Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau zu bringen.“¹⁸

Obwohl auch das Eintreten der gesamten Parteiführung der SPD für den Frieden unbestreitbar ernst zu nehmen ist, hat die SPD nichtsdestoweniger der Entspannungspolitik immer wieder selbst Hindernisse in den Weg gelegt und ihre Politik war und ist von zahlreichen Inkonsequenzen und Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet.

17. Anlässlich der großen Anfrage von SPD und FDP im Bundestag zur Politik der Friedenssicherung hatte Wehner von der Bundesregierung gefordert, „präzis darzulegen, was sie angesichts der realen weltpolitischen Entwicklung zur Sicherung des Friedens und zur Verminderung der Kriegsgefahr politisch, wirtschaftlich und militärisch tut“ und betont, daß diese Fragen „die Aufmerksamkeit (verdienen), die Themen von lebenswichtiger Bedeutung entgegengebracht werden muß, wenn die vom Volk gewählten Abgeordneten ihren Auftrag wirklich ernst nehmen.“ Aus: Neue Gesellschaft, 2/79

18. Ebenda

III.

Die SPD hat es versäumt, dem CDU/CSU Konzept „Sicherheit geht vor Abrüstung“ ein klares Konzept „Sicherheit durch Abrüstung“ gegenüberzusetzen. Die CDU/CSU profiliert sich in unserem Lande als Kriegspartei, sie will die Waffenarsenale auffüllen, um der „fortlaufenden Leisetreteri und Beschwichtigung“ sowie der „Erpressbarkeit gegenüber der Sowjetunion“ ein Ende zu bereiten. Militärische Machtdemonstrationen sind in ihren Augen die geeigneten Mittel zur Einschüchterung des Ostens, folglich tritt sie ein für die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen sowie der Neutronenbombe in Westeuropa.

Die Bundesregierung hat demgegenüber erklärt, sie wolle die BRD nicht in ein „Pulverfaß“ verwandeln, sie wolle keinen rüstungspolitischen Alleingang und keine Achse Bonn-Washington¹⁹. Doch ist eine solche Haltung keine ausreichende Antwort auf die Gefährdung der Entspannungspolitik, zumal sie die Bremserhaltung der BRD bei den Abrüstungsverhandlungen in Wien sowie die fortlaufende Steigerung des Rüstungsetats unter sozialdemokratischer Verantwortung nicht ungeschehen macht. Verteidigungsminister Apel bestätigt einerseits das bestehende militärische Gleichgewicht, andererseits jedoch rechtfertigt er neue Aufrüstungsmaßnahmen mit einer angeblichen Bedrohung aus dem Osten. Auch die Aussagen von der „Parallelität von Abrüstungsverhandlungen und Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Verteidigungskraft“ vermögen diese Widersprüchlichkeit nicht aufzuheben.²⁰ Erfahrungsgemäß schreitet die Aufrüstung weit schneller voran als die Abrüstungsverhandlungen

Die verdeckte Befürwortung der Produktion neuer Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe durch die Bundesregierung – als notwendig bezeichnet, um im Bereich der „Grauzonenwaffen“ ein „Gleichgewicht“ herzustellen²¹ – bringt keine zusätzliche Sicherheit, sondern gefährdet den bisher erreichten Stand der Entspannung.

19. Vgl. Helmut Schmidt, Wir sichern den Frieden, in: VORWÄRTS vom 15.3.79

20. Vgl. Festansprache des Bundesministers der Verteidigung, Hans Apel, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 40, 3.4.79

21. Hinter der Diskussion um die „Grauzonenwaffen“ verbirgt sich der Versuch einer Legitimation neuer Rüstungsmaßnahmen. Das Gleichgewicht zwischen Ost und West kann nur unter dem Gesichtspunkt des „globalen Gleichgewichts“, welches unumstritten ist, betrachtet werden und nicht im Blick auf einzelne Waffenarten. Das strategische Konzept obliegt der Entscheidungsgewalt des jeweiligen Bündnisses. Im übrigen ist z.B. von der Sowjetunion das bislang ungelöste (da in keine Abrüstungsverhandlungen einbezogene) Problem der Mittelstreckenwaffen nie geleugnet worden. Die Sowjetunion bemüht sich aus diesem Grunde die Frage in Abrüstungsver-

Der Bundesregierung kommt gerade hier eine besondere Verantwortung zu. Neutronenbombe und neue Euroraketen sollen auch in der Bundesrepublik gelagert werden, dies wird ohne Zustimmung der Bundesregierung nicht möglich sein. An der BRD liegt es also, Neutronenbombe und Euroraketen und damit die Auslösung neuer Rüstungseskalationen durch den Westen zu verhindern. Die Bundesbürger haben kein Interesse daran, eine abenteuerliche US-Politik zu tragen, deren Opfer sie selbst im Zweifelsfalle wären. An der Nahtstelle zwischen zwei Systemen ist Entspannung und Abrüstung für unser Land lebensnotwendig. Dieses hervorragende Friedensinteresse speziell der westdeutschen Bevölkerung muß von der Bundesregierung vor der Weltöffentlichkeit unzweideutig vertreten werden²². Dies gilt auch im Blick auf den Abschluß von SALT II²³, für den alle vorhandenen Kräfte in die Waagschale geworfen werden müssen²⁴.

Zur Begründung der Aufrüstung wird immer wieder — auch von der Bundesregierung — das Argument einer angeblichen Bedrohung des Westens durch den Osten angeführt. Alle Erfahrungen der Geschichte und auch die gegenwärtigen²⁵ sprechen nicht dafür, daß von einer Bedrohung des Westens durch den Osten ausgegangen werden muß. Diese richtige Erkenntnis sprach Herbert Wehner aus: „Das, was sie (die Sowjetunion, d.V.) hat, über das muß man sehr streiten, muß man mit ihr rechten und rechnen, aber das ist defensiv und nicht aggressiv.“²⁶ Wehners Aussagen erzeugten so großes Aufsehen, weil er die „Bedro-

handlungen einzubeziehen, doch der Westen, allen voran die BRD, wüsste es auszuklammern. So schrieb am 9.3.79 Theo Sommer in der „Zeit“: „Daß nicht längst über Grauzonenwaffen verhandelt wird, ist die Schuld des Westens — und nicht in geringem Maße der Bundesrepublik ... Es war in Wladiwostok Ende 1974 ein ausgesprochenes Zugeständnis Breschnevs, daß er von seiner Forderung nach Einbeziehung dieser Waffen abließ.“

22. Wenn es um die Einschätzung der Haltung der Bundesregierung geht, wird häufig auf die bremsende Haltung der FDP verwiesen, auf die Rücksicht zu nehmen die SPD gezwungen sei. Ohne Zweifel gibt es Nuancierungen und unterschiedliche Akzentsetzungen, doch in den Grundfragen der Sicherheitspolitik — in den „gewissenhaften Anstrengungen für den Erhalt unserer Verteidigungsfähigkeit einerseits und geduldiges Bemühen um Entspannung und Rüstungskontrolle andererseits“ (Apel, vgl. Amerikungen 21) — besteht Übereinstimmung. Die SPD kann sich nach Meinung des Verfassers aus diesem Grunde der Verantwortung nicht entziehen.
23. Strategic Arms Limitation Talks — Das zweite Abkommen dieser Gespräche wurde am 18. Juni in Wien unterzeichnet.
24. Vgl. auch die vielen und sehr guten Vorschläge zum Vorankommen in den Abrüstungsverhandlungen der „Studiengruppe Militärpolitik“, dokumentiert in: Frankfurter Rundschau vom 3.2.79
25. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an das Verahnten der Sowjetunion im Konflikt China/Vietnam (der von chinesischer Seite auf eine Provokation der Sowjetunion zielte), das Bundeskanzler Helmut Schmidt „beinahe weise“ nannte.
26. Herbert Wehner, in: Neue Gesellschaft 2/79

hung aus dem Osten“ als Mythos darstellte und dadurch die politische Rechtfertigung der Aufrüstung attackierte. Auf dem Spiel steht die massenhafte Zustimmung zum Militarismus. Die Zerstörung der politischen Rechtfertigung der Aufrüstung, des Mythos von der Bedrohung aus dem Osten, ist Voraussetzung für die Verwirklichung der Abrüstung.

IV.

Wie immer man sonst die Politik der Sowjetunion und der sozialistischen Länder beurteilen mag, wenn es um die Beurteilung ihrer Friedenspolitik geht, gilt, daß der Rüstungswettlauf älter ist als die sozialistischen Länder und der Gegensatz zwischen Ost und West. Er kann stets nur im Zusammenhang konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse und aus dem Profitstreben des Kapitals erklärt werden. Die beiden Weltkriege sind (wie zahlreiche andere kriegerische Auseinandersetzungen in der Welt) vom westlichen Teil der Welt zu verantworten. Die Sowjetunion war im 2. Weltkrieg Opfer der Aggression des Hitlerfaschismus. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern verdient in den sozialistischen Ländern niemand an der Rüstung, sie sind vielmehr dringend auf die für die Rüstung verbrauchten finanziellen und sonstigen Ressourcen zur Realisierung ihrer sozialpolitischen Programme u.a. angewiesen. Seit 1925 ist die Außenpolitik der Sowjetunion durchgängig auf Frieden und Koexistenz mit Staaten anderer gesellschaftlicher Ordnungen ausgerichtet. Die Sowjetunion hat im übrigen gegenwärtig an zwei Fronten mit Auseinandersetzungen zu rechnen (China und der Westen). Zahlreiche Abrüstungsinitiativen wurden von den sozialistischen Ländern ergriffen, die vom Westen häufig unbeantwortet blieben.

Von niemandem wird blindes Vertrauen in die Friedensliebe der sozialistischen Länder erwartet, doch es gibt keinen Grund, nicht von der Ernsthaftigkeit der proklamierten Friedensabsichten von Ost und West auszugehen und diese — bei einem sofortigen Rüstungsstop und folgender gleichmäßiger Abrüstung auf beiden Seiten — an der Praxis zu messen.

Antikommunistische Vorurteile durchziehen auch unter politischen und ideologischen Aspekten die Diskussion um die Weiterentwicklung der Entspannungspolitik. Friedliche Koexistenz hebt die Auseinandersetzung um die Grundlagen der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft natürlich nicht auf. Doch sie weist dieser ideologischen und politischen Auseinandersetzung bestimmte Formen zu, sie muß sachlich und wahrheitsgemäß sein sowie auf der Grundlage eines vertrauensvollen Klimas und der gegenseitigen Achtung der Eigenständigkeit erfolgen. Antikommunismus als Relikt des Kalten Krieges verträgt sich nicht mit diesen Erfordernissen. Vorurteile, Emotionen und Irrationalitäten bis hin zu immer wieder zu beobachtenden offensichtlichen Verleumdungen und Entstellungen kommunistischer Theorie und Praxis behindern eine unvoreingenommene, demokratische Auseinandersetzung mit anderen

Meinungen und führen zur ungerechten Stigmatisierung andersdenkender, aber gleichwohl gleichberechtigter Bürger sowie zur Geringschätzung und Überheblichkeit gegenüber der Bevölkerung anderer Länder mit einer anderen Gesellschaftsordnung.

Antikommunismus wird hierbei nicht gleichgesetzt mit sachlicher Kritik an Kommunisten oder den sozialistischen Ländern, sie ist selbstverständlich zulässig und notwendig²⁷. Wer sich — wie die Rechtskräfte dies gegenwärtig offensichtlich tun — einem neuen Kalten Krieg anschließt, gefährdet die Entspannungspolitik. Und wer die Entspannungspolitik *abhängig* machen will von einer Schwächung der Kommunisten im Innern und einer „Veränderung“ der Verhältnisse in den sozialistischen Ländern²⁸, muß am Ende wieder in der Sackgasse des Kalten Krieges landen.

Diese Gesichtspunkte beleuchten, daß Antikommunismus in Widerspruch zur Friedenspolitik von Willi Brandt und der SPD steht. Die Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern muß eine Normalisierung des Verhältnisses zu den Kommunisten zur Folge haben. Dies wird einen offenen, vorurteilsfreien Meinungsstreit erst möglich machen.

V.

Entspannungspolitik erfordert Demokratie und sozialen Fortschritt.

Die Kräfteverhältnisse sind es, die die Gegner der Entspannung zu einem gewissen Eingehen auf eben diese Politik zwingt, was sie jedoch nicht davon abhält, soweit wie möglich ihre aggressiven Ziele im Innern und Äußern weiterzuverfolgen. So sind es die Gegner der Entspannung, die z.B. gleichzeitig ein Interesse an der Sicherung von Rüstungsprofiten auf Kosten der Interessen der arbeitenden Menschen und am Abbau demokratischer Rechte haben.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung beteiligt sich über weite Strecken an einer solchen Politik, sie setzt sich damit in Widerspruch zur proklamierten Entspannungspolitik. Letztere kann jedoch nur wirklich erfolgreich sein, wenn solche Widersprüchlichkeiten aufgelöst sind, d.h. wenn Abrüstungspolitik nicht von den ökonomischen Interessen der Rüstungskonzerne, sondern von den Interessen der Bevölkerung abhängig gemacht wird. Anstelle einer Krisenabwälzungspolitik muß den sozialen Interessen unserer Bevölkerung Rechnung getragen werden, anstatt durch Nachsicht oder gar Anpassung antidemokratische Strukturen und Kräfte zu stärken, müssen die Entspannungsfeinde und Propagandisten der Aufrüstung zurückgedrängt werden. Abbau demokra-

27. Vgl. einen Artikel des Verfassers in *Frontal* 2/79, Zur Funktion des Antikommunismus

28. Eine Haltung, die von der SPD unter dem Stichwort „Einheit“ von Entspannung und antikommunistischer Abgrenzung faktisch immer wieder eingenommen wird.

tischer Rechte, Militarismus, Berufsverbote, Angriffe auf die Gewerkschaften, Neofaschismus stehen in eklatantem Widerspruch zur Entspannungspolitik und müssen unverzüglich ein Ende finden. Sozialdemokraten haben hier die Aufgabe, die eigene Partei zu einer klaren Stellungnahme herauszufordern.

Gerade bei der Gefährdung der Entspannungspolitik durch die Rechtskräfte und den Inkonsequenzen in der Regierungspolitik kommt der demokratischen Öffentlichkeit eine besonders große Verantwortung zu. Von ihrem Engagement wird es abhängen, ob neue Schritte auf dem Weg zur Abrüstung getan werden können.

Keine Regierung kann es sich heute mehr leisten, die öffentliche Meinung zu ignorieren. Die Verschiebung der Entscheidung über die Neutronenbombe durch den US-Präsidenten Carter angesichts des weltweiten Protestes ist ein Beispiel hierfür, wobei die vorhandenen Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft sind. Aufgabe der demokratischen Kräfte ist es dabei, ein kritisches und waches Bewußtsein bei der Bevölkerung für die politische Entwicklung in dieser Frage zu wecken.

Besonders angesichts des 40. Jahrestages des Ausbruchs des 2. Weltkrieges und der historischen Schuld der Deutschen ist von uns Verantwortung und besonders aktives Engagement gefordert. Die größte Wirksamkeit erzielt die demokratische Öffentlichkeit sicher, wenn die unterschiedlichen politischen Kräfte zu einem gemeinsamen Handeln finden. Wenn dies noch nicht in vollem Umfang möglich ist, so sind auch parallele Aktivitäten der Sache des Friedens dienlich, die sich in der Praxis gegenseitig ergänzen werden. Da der Friede jedoch eine Angelegenheit aller Bürger – unabhängig ihrer sonstigen politischen und religiösen Weltanschauung – ist, muß das gemeinsame Handeln Ziel bleiben.

Christiane Rix-Mackenthun

20 Jahre gute Argumente

Zum 20jährigen Bestehen der Zeitschrift „DAS ARGUMENT“

Es begann im Mai 1959 im Keller des Berliner SPD-Hauses. Unter mißtrauischer Duldung der höheren Etagen wurden dort Flugblätter abgezogen, für die eine „Studentengruppe gegen Atomrüstung an der Freien Universität“ verantwortlich zeichnete.

Der breite Protest der bundesdeutschen Bevölkerung gegen die Atomrüstung während der 50er Jahre veranlaßte den damaligen Soziologiestudenten Wolfgang Fritz Haug gemeinsam mit einigen Kommilitonen zu dieser Initiative. In unregelmäßigen, aber kurzen Abständen erschienen nach diesem ersten Anlauf nunmehr bereits gedruckte Flugblätter mit einer Auflage von etwa 1000 Stück. Die Haupttätigkeit bestand damals im Sammeln und Verbreiten von Informationen, die vor allem aus der liberalen Presse der Nachbarländer stammten, und die in unserer eigenen Presse kaum oder nur verstümmelt veröffentlicht wurden. Die Informationen wurden sozusagen kompensatorisch nachgereicht.

Bereits ein Jahr nach Erscheinen des ersten Flugblatts brachte die Studentengruppe das *Argument* Nummer 15 als Heft mit dem Untertitel *Blätter für Politik und Kultur* heraus. Anstoß dazu gab eine Ausstellung über die Folterungen der Franzosen in Algerien. Die Vorträge, die auf dieser Ausstellung gehalten wurden, dokumentierte die Studentengruppe in diesem Heft. Das Vorwort schrieb Helmut Gollwitzer.

Aber nicht nur die Erscheinungsweise der *Argument*-Reihe hatte sich von nun an geändert. Lag der bisherigen Arbeit vorwiegend ein humanistisch-ethisches Element zugrunde, bedeuteten für die Studentengruppe die Kriege in Algerien und Vietnam und die damit verbundene Auflösung des französischen Kolonialreichs die Notwendigkeit einer theoretischen Neuorientierung.

Die Niederlagen Frankreichs gegenüber wirtschaftlich und militärisch weit unterlegenen Völkern ließ sich mit christlicher Ethik nicht mehr erklären. Die Gruppe begann über die materiellen Hintergründe geschichtlicher Prozesse nachzudenken. Das Ergebnis war ein theoretischer Umbruch, der sich in den *Argumenten* niederschlug, ein Umbruch hin zu materialistischem Denken. Sie beschränkten sich jedoch keineswegs auf die theoretische Erarbeitung der marxistischen Theorie, sondern bemühten sich in den folgenden Jahren, ihre theoretischen Erkenntnisse in der praktischen Diskussion anzuwenden und umzusetzen. Diesem Bemühen ist es zu verdanken, daß die *Argument*-Reihe mit der Zeit eine Pilotfunktion in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung einnahm. Immer wieder setzten die Autoren Themen auf die Tagesordnung, an die sonst noch niemand gedacht hatte. So erschien beispielsweise bereits 1961 eine *Argument*-Reihe zur Emanzipationsproblematik unter dem Thema *Sexualität und Herr-*

schaft, zu einer Zeit also, als Emanzipation nicht nur ein Fremdwort, sondern sogar ein unbekanntes Fremdwort war.

Die Entscheidung für eine kompromißlose Linie und eine rein wissenschaftlich-politisch ausgerichtete Zeitschrift fiel den *Argument*-Machern nicht leicht, denn ihre finanzielle Lage war lange Zeit prekär. Die ersten acht Jahrgänge hindurch waren die Ausgaben stets höher als die Einnahmen durch Verkauf. Die Zeitschrift war auf Spenden angewiesen. In den Jahren der Studentenbewegung allerdings und des neu entdeckten Interesses an kritischer Gesellschaftswissenschaft konnte das *Argument* seine Umsätze drei Jahre lang verdoppeln. Seit 1971 ist die Entwicklung allerdings wieder leicht rückläufig.

Diese Tatsache, die in den letzten Jahren wiederum zu sehr schwierigen finanziellen Situationen führte, veranlaßte die Redaktion schließlich 1976/77 die Gesamtkonzeption der Zeitschrift intensiv mit Mitarbeitern und Lesern zu diskutieren und zu verändern. Wurden bereits 1973 die eindeutigen „Themenhefte“ abgeschafft und die *Argument-Sonderbände* gegründet, so soll seit Jahrgang 1977 „deutlicher als bisher die theoretische Arbeit auf die soziale Bewegung in unserem Lande“ bezogen werden, „auf die Gewerkschaften, die Studentenbewegung, die demokratischen Bürgerinitiativen, auf die Praxis der Marxisten in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, auf die Frauenbewegung, auf die Arbeit im Sozialisationsbereich und im Kulturprozeß“.

Weiterhin nennt *Das Argument* als einen seiner Schwerpunkte einen Bereich, der für die politische Praxis linker Sozialdemokraten immer grundlegendere Bedeutung bekommt: „Konkrete Analysen der objektiven Bedingungen und Grundlagen gewerkschaftlich orientierter Reformpolitik (vor allem Grundlagenanalyse für eine arbeitsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik)....“ (Editorial v. Nr. 107, S. 5)

Da es notwendig ist, Theorie als eine Voraussetzung für konstruktives und strategisch fundiertes Handeln zu verstehen, kann *Das Argument* eine Hilfe darstellen, Grundlagenwissen zu stabilisieren und damit von Schwankungen und Handwerkerlei in der täglichen Arbeit wegzukommen. Die Linke kann nur dann eine Zukunft haben, wenn sie eine antisektiererische Linie verfolgt, wenn sie – und das ist insbesondere im Hinblick auf künftige Bündnisse von Bedeutung – zur Entwicklung eines gemeinsamen wissenschaftlich orientierten Diskussionszusammenhanges beiträgt mit dem Ziel der gewerkschaftlichen Orientierung der Wissenschaftler und der wissenschaftlichen Orientierung der Arbeiterbewegung.

Das Argument verfolgt als ein Organ, das nicht nur eine Richtung repräsentiert und andere bekämpft, eine Strategie, die in diese Richtung führt. Die Sozialismusdiskussion der Hefte 98 bis 108 und die Auseinandersetzung mit der Sponti-Bewegung in Heft 113 sind Beispiele dafür, von deren Lektüre linke Sozialdemokraten profitieren und Anregungen für ihre weitere Schulung wie die politische Praxis beziehen können.

Paul Oehlke

Immer wieder „Stamokap“

Zur Kritik Bremer Sozialdemokraten an den „Herforder Thesen“

Mit dem Kürzel „Stamokap“ verhält es sich ähnlich wie mit den Geistern in Goethes „Zauberlehrling“. Es kommt tagtäglich, wie nicht nur die spektakulären Eingeständnisse Kloses und die Steuermillionen für die Daimler-Benz-Ansiedlung in Bremen zeigen, auf diejenigen zurück, die mit ihm von Arbeitslosigkeit und Berufsverboten ablenken wollen. Über diese politischen und sozialen Folgen der „freien Marktwirtschaft“ soll jedoch im Zeichen der sozial-liberalen Regierungspraxis ein Tabu verhängt werden. Wenn Marxisten sagen, daß die freie Konkurrenz zum Monopol führt, das wiederum den Staat für seine Interessen einspannt – also Binsenwahrheiten, von denen sogar Konrad Adenauer unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Scheu sprach, man erinnere sich auch an das so oft zitierte Ahlener Programm der CDU von 1946 – , dann darf dieser schon vor dem Ersten Weltkrieg von dem Liberalen Hobson und dem Sozialdemokraten Hilferding untersuchte ökonomisch-politische Vermachtungsprozeß heute nicht mehr wahr sein. Das hindert die Bundesregierung freilich nicht, trotz Reaktorunfällen, Atomwaffensperrvertrag usw. die ehrgeizigen Programme der Atomindustrie gegen innere und äußere Widerstände durchzusetzen.

*

Für die etablierte Linke in der SPD scheint es zur heiligen Pflicht zu werden, sich des Ballastes marxistischer Opposition in den eigenen Reihen zu entledigen. Dafür bietet sich nach altbewährtem Rezept die Gleichsetzung mit dem innen- und außenpolitischen Feindbild an. Schon der führende österreichische Sozialdemokrat Max Adler mußte die innerparteiliche Erfahrung machen, daß „eben jeder, der konsequent marxistisch auftritt, bereits als etwas Fremdes, ja Feindliches, kurz als ein 'Kommunist' erscheint“.¹ Ein Schuß Stalinismuskritik bringt schließlich auch noch die feinsinnigeren Linksliberalen und linken Antidogmatiker aller Schattierungen auf Linie. Jüngste Inszenierung: Die von der Frankfurter Rundschau einer größeren Öffentlichkeit nahegebrachte Kritik der „Herforder Thesen“ zur Arbeit von Marxisten in der SPD, dargeboten von in Landesregierung und Universität profilierten Bremer Sozialdemokraten, die sich mehr oder weniger der innerparteilichen Linken zuordnen können.

Ein paar Sätze zum Dokumentationsstil der FR. Vergeblich erwartet man eine wenigstens auszugsweise Dokumentation der „Herforder Thesen“, was

1. Eine Gruppe marxistisch orientierter Sozialdemokraten brachte dieses Wort von Max Adler in der FR vom 19.3.1979 in Erinnerung.

allerdings am 17.3.79 nachgeholt wird. Stattdessen kommt einer ihrer Bremer Kritiker mit einer ausführlichen Darstellung über die Entwicklung der „Stamokaps“ in der SPD von 1971 bis 1978 zu Wort. Es folgen am 16. und 17.2.1979 die kritischen Anmerkungen Bremer Linker zur Stamokap-Position am Beispiel der „Herforder Thesen“. Den pointierten Titeln kommt dabei die Aufgabe zu, den innerparteilichen Gegner schon vor der Lektüre zu erledigen: „Hoffnung auf Personenaustausch in unveränderten Apparaten“ und „Wider das Recht-habenwollen eines marxistischen Pfaffentums“. Sie enthüllen bereits die spezifische Methode der Kritiker: Pauschale Unterstellungen, die unterschwellig an die gängigen Klischees über Kommunisten anknüpfen. Es genügt hierzulande anscheinend noch, die alte Platte von bürokratischer Praxis und ideologischem Dogmatismus aufzulegen, um von einer umfassenden Demokratisierungskonzeption schweigen zu können, die eben nicht vor dem privaten Profit als Steuerungszentrum Halt macht. Das ist im Grunde der Stein des Anstoßes, über den die antikommunistisch eingefärbte Tarnkappe gezogen wird. Fahrlässig nehmen die Kritiker in Kauf, daß bei dieser Operation zugleich antigewerkschaftliche und antisozialdemokratische Ressentiments geweckt werden, die seit den Sozialistengesetzen zum bevorzugten ideologischen Arsenal der gesellschaftlichen Reaktion gehören. Hiermit vollziehen sie die realpolitische Funktion des Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland: Sozialistische Alternativen bereits undenkbar zu machen. So werden mit der „Analyse und Strategie“ der SED/DKP die Forderungen nach erweiterter Mitbestimmung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und demokratischer Planung identifiziert. Auf der Strecke bleiben der eigene Traditionszusammenhang etwa zum Münchener Grundsatzprogramm des DGB und der aktuelle Bezug zur westeuropäischen Arbeiterbewegung. Oder meint man, daß die französischen Linksparteien oder gar die noch unverdächtigere britische Labour Party ihre strategischen Zielsetzungen aus Lehrbüchern der DDR abgeschrieben haben? Vielmehr legen die gegenwärtigen sozialökonomischen Krisenerscheinungen wie schon zuvor die Erfahrungen des Faschismus die skizzierten strukturellen Gesellschaftseingriffe nahe, die in der Nachkriegsphase auch von christdemokratischen Fraktionen propagiert wurden. Solche Gedanken sind jedoch im 30. Jahre des freiesten deutschen Staates schon nicht mehr so frei.

*

Den Zusammenhang zwischen Antikommunismus und Billigung gesellschaftlicher Verhältnisse aufzudecken, schließt freilich die kritische Auseinandersetzung mit sektiererischen Strategien der Kommunistischen Internationale, der innen- und außenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion von den Moskauer Schauprozessen bis zum Einmarsch in die CSSR oder mit eingeschränkten demokratischen Freiheiten in der DDR nicht aus. Sie stellt im Gegenteil ein

zentrales Moment in der Entwicklung der westeuropäischen Arbeiterbewegung dar, die in einigen Ländern trotz gelegentlicher Polemiken und Verhärtungen wie jüngst in Frankreich durch das Scheitern des Linksbündnisses dennoch zunehmend aktionsfähig und bündnisbereit wird. In diesem Annäherungsprozeß ihrer kommunistischen und sozialistischen Flügel liegt übrigens der durchaus rationale Kern des antisozialistischen Kreuzzugs eines Franz-Josef Strauß, der bei aller Demagogie die fundamentalen historischen Alternativen wesentlich klarer als etwa die Bremer Kritiker erkennt. Sie argumentieren dagegen nach wie vor vom Standpunkt einer von ihnen als unveränderbar gesetzten Spaltung der Arbeiterbewegung, deren Überwindung gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung auf der Tagesordnung steht. Entsprechend sehen sie in ihrer historischen Rückschau, auf einem Auge blind, darüber hinweg, daß erstens die Spaltung der Arbeiterbewegung weniger aus dem „Prinzip der leninschen Kaderpartei“ als aus dem Scheitern der Zweiten Internationale am imperialistischen Weltkrieg entsprang; zweitens die russische Oktoberrevolution an der Wiege sozialrevolutionärer Prozesse im Weltmaßstab wie auch der Novemberrevolution stand, die von der Mehrheitssozialdemokratie im Bündnis mit den militärischen, administrativen und sozialen Stützen des Obrigkeitsstaates um ihre sozialistischen Perspektiven gebracht wurde; drittens selbst das stalinistische Machtphänomen noch in seiner terroristischen Zuspitzung maßgeblich zur Vernichtung der Hitler-faschistischen Barbarei beitragen konnte – gerade wegen des Hitler-Stalin-Paktes, der zwar die antifaschistische Glaubwürdigkeit der Kommunisten beeinträchtigte, aber den deutschen Angriff hinauszögerte nach Westen ablenkte und damit schließlich in einen Zweifrontenkrieg verwickelte; schließlich über die faktische Existenz der Sowjetunion hinaus ihre materiellen Hilfeleistungen nach 1945 eine grundlegende Bedingung für den Erfolg sozialrevolutionärer Prozesse von China über Kuba bis Vietnam bildeten, die doch ein entscheidendes Signal für die Studentenbewegung darstellten.

In der außerparlamentarischen Opposition war noch ein Bewußtsein dieser historischen und weltpolitischen Zusammenhänge lebendig, wie es Helmut Gollwitzer wieder überzeugend hervorhebt², wie es trotz Ausbürgerung bzw. Inhaftierung auch Biermann und Bahro zum Ausdruck bringen, wie es Herbert Wehner in den sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen um Rüstungsbegrenzung und Entspannung akzentuiert. Solchen differenzierten Einschätzungen aber, zu denen sich relevante Strömungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung vorarbeiten, kann die zersplitterte westdeutsche Linke nicht mehr ausweichen, wenn sie angesichts der sich zuspitzenden gesellschaftlichen Probleme ihre beschränkte Handlungsfähigkeit erweitern will. Sie kann dabei keinesfalls auf die Erkenntnisse der marxistischen Gesellschaftstheorie verzichten,

2. Vgl. Helmut Gollwitzer, Sowjetkritik und Antikommunismus, in: DAS ARGUMENT 113, 21. Jg., Berlin (West) 1979, S. 82ff.

die von den Bremer Kritikern trotz formaler Lippenbekenntnisse preisgegeben wird. So sollen für ein „dogmatisch geschlossenes System“ vielfach empirisch belegte Grundannahmen erhalten, an denen selbst bürgerliche Lehrmeinungen nicht mehr vorbegehen können wie z.B.:

- die relative Verschlechterung der sozialen Lage der abhängig Beschäftigten im Verhältnis zum vor allem in der Form des Produktivvermögens angehäuf-ten Reichtum in den Händen weniger;
- die fortschreitende Konzentration des Kapitals bis hin zu multinationalen Machtkomplexen, die staatliche Bürokratien funktionalisieren und ausmanö-vern können;
- die verschärften strukturellen Stagnationstendenzen, die selbst in zyklischen Aufschwungphasen eine anhaltende Massenarbeitslosigkeit und eine wachsende Existenzunsicherheit für größere Bevölkerungsgruppen zur Folge haben.

*

Das Absehen von diesen sozialökonomischen Krisenerscheinungen ermög-licht es den Kritikern wiederum, von einer theoretischen Durchdringung und praktischen Veränderung der bestehenden Produktions- und Herrschaftsverhält-nisse stillschweigend Abstand zu nehmen, an die sie sich weitgehend angepaßt haben. So brauchen sie sich auch nicht mit den für die Sozialdemokratie proble-matischen Kürzungen von Sozialleistungen nach dem Haushaltsstrukturgesetz, den Manipulationen mit dem Kriterium der „Zumutbarkeit“ bei der Vermitt-lung von Arbeitslosen usw. aufzuhalten. Stattdessen formulieren sie in auf-fallend unbestimmter Begrifflichkeit unverbindliche Nahziele sozialistischer Politik wie die Beseitigung von „Eigentümerwillkür“, „unzumutbaren“ Arbeits-bedingungen und „Fremdbestimmung“ durch Staatsbürokratien. Über die Durchsetzung dieser Forderungen schweigen sich die Kritiker ebenso aus wie über den „steinigen Weg“ zum Fernziel einer „selbstbestimmten politischen Praxis“ der arbeitenden Bevölkerung. Im Zuge einer modischen, aber abstrakt bleibenden Basisorientierung – ganz und gar im Widerspruch zum konkreten Verhalten gegenüber Bürgerinitiativen, man erinnere sich an den kürzlichen Parteiaustritt von in ihnen tätigen Bremer Sozialdemokraten – beschränken sie die Arbeit von Sozialisten darauf, eine vertiefte Einsicht in die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen zu gewinnen, Initiativen zu ihrer Verbesserung zu unterstützen und eine entsprechende Bildungsarbeit zu verstärken. Gegen-über solcher politischen Abstinenz im Zeichen einer theoretisch unbestimm-ten „Ökonomie der Arbeit“, die auch in der CDU/CSU weitgehend Zustimmung erfahren dürfte, strotzt das schon von marxistischem „Ballast“ gereinigte „Go-desberger Programm“ noch von einer geradezu klassenkämpferischen Aussage-kraft. Spricht es doch von der Gefährdung der „Demokratie, sozialen Sicher-heit und freien Persönlichkeit“ in einer von „Gewinn- und Machtstreben be-stimmten Wirtschaft“, die daher durch eine „neue Wirtschafts- und Sozial-ordnung“ ersetzt werden soll. Von dieser Zielsetzung der europäischen Arbeiter-

bewegung nehmen die Kritiker sogar ausdrücklich Abschied, wenn sie darüber rasonnieren, daß es „nach unseren gegenwärtigen Erkenntnissen keine idealen gesellschaftlichen Verhältnisse“ geben könne.

Es bleibt ein leerformelhafter Sozialismusbegriff, der sich im Sinne bekannter Sozialpolitik praktisch in der Abhilfe von schwerwiegenden Mißständen erschöpft. Noch in der *fata morgana* demokratischer Selbstverwaltung kommt ein resignatives Sichabfinden mit einer krisenfrei vorgestellten Marktwirtschaft zum Ausdruck, die grundlegende gesellschaftliche Veränderungen überflüssig macht. Damit entfällt auch die Notwendigkeit gesellschaftskritischer Analysen und systemverändernder Strategien, die unter der Klammer eines ständig aktualisierten Antikommunismus aus dem Verkehr gezogen werden. Der Vorwurf des theoretischen Dogmatismus und der bürokratischen Praxis tritt an die Stelle einer rationalen Auseinandersetzung über die Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland: Gerade dies aber ist das zentrale Thema der „Herforder Thesen“.

Politisches Modell und sozialistische Hegemonie

Anmerkungen zum politiktheoretischen Ansatz der „Herforder Thesen“

Wie unter bundesrepublikanischen Bedingungen herrschaftsfähige Mehrheiten sich aus der bürgerlichen Hegemonie befreien und für sozialistische Ziele formieren können, ist das strategische Hauptproblem der Linken in der BRD. Es zu *lösen*, ist ihr bisher nicht gelungen. *Ob* es gelingt, hängt nicht nur von objektiven Faktoren ab, sondern auch von der Methode linker Politik selbst, der theoretischen Form, in der sie ihre Probleme denkt. Auch Jungsozialisten sind sich dessen bewußt. Mit den im Mai 1978 veröffentlichten „Herforder Thesen“ und der im Juni folgenden Broschüre „Demokratischer Weg zum Sozialismus“ (im folgenden: HT bzw. DWS) haben marxistische Sozialdemokraten einen Lösungsvorschlag unterbreitet, der aus den bisherigen Strategiediskussionen der Jusos Bilanz zieht, Lernergebnisse aus westeuropäischen Diskussionen (CERES, Austromarxismus) auf die Bundesrepublik anzuwenden sucht und von der impliziten Grundannahme ausgeht, die Hauptschwäche der Linken hätte bisher darin bestanden, der Bevölkerung die angestrebte Zukunftsgesellschaft nicht konkret genug dargestellt zu haben. Politische Folgerung:

„Die *mobilisierende Wirkung*, die die deutsche Sozialdemokratie in der Vergangenheit dadurch auslösen konnte, daß sie *der Gegenwart den Spiegel einer Gesellschaft entgegenhielt*, in der die Entwicklung der allgemeinen Selbstbestimmung die Bedingung für eine wirkliche individuelle und kollektive Befreiung schafft, kann sich *wiederholen* und fortsetzen, wenn es gelingt, das Ziel der sozialistischen Gesellschaft und die Strategie des demokratischen Weges eingehender und konkreter auszuarbeiten.“ (HT, 11)¹

Entsprechend der hierin enthaltenen Voraussetzung, das Propagieren eines Gesellschaftsmodells sei selbst bereits Politik, verstehen die Verfasser unter „Konkretisierung des demokratischen Weges zum Sozialismus“ *nicht* das Prüfen der *alltäglichen* Konflikte in der BRD auf die Möglichkeit, sie in sozialistischer Perspektive zu strukturieren², sondern vielmehr die detaillierte Schilderung der sogenannten „Übergangsperiode“ zu Sozialismus (HT, 12; DWS, 6), d.h. eines Gesellschaftszustandes, der für sie erst dann *beginnen* kann, wenn „eine ‚Mindestschwelle‘ der Vergesellschaftung volkswirtschaftlicher Schlüssel-sektoren (oder Machtzentren)“ erreicht ist, über die eine „neue ökonomische Logik“ durchgesetzt werden kann (DWS, 3 ff.).

Die „Herforder Thesen“ sind ein Dokument historischer Bedeutung: Die geringe Verbindlichkeit sozialdemokratischer Programmtheorie für sozialdemokra-

1. Alle Hervorhebungen in Zitaten von uns, TS/TW

2. Für diese Ausrichtung linker theoretischer Arbeit plädiert instruktiv der Diskussionsbeitrag von Werner Vitz zur „Praxisrelevanz von Kapitalismuskritik“, in: DIE NEUE vom 25.5.1979, S. 4

tische Tagespolitik ist ein klassisches Dilemma der SPD nicht erst seit Godesberg³. Eben diese Kluft zwischen Theorie und Praxis, Denken und Handeln wollen die „Thesen“ über einen *systematischen* – nämlich marxistischen – programmtheoretischen Ansatz überwinden helfen⁴. Wir bezweifeln aber, daß dies vom methodischen Ausgangspunkt eines Gesellschaftsmodells als Zielvorgabe möglich sein wird. Alternative Gesellschaftsmodelle haben in der sozialistischen Bewegung immer eine bedeutende Rolle gespielt, etwa in der II. Internationale Bebels „Zukunftsgesellschaft“⁵ oder in der Komintern das sowjetische Modell. Solange sie *nicht* als Ausgangspunkt für konkrete sozialistische Politik aufgefaßt werden, ist an ihnen wenig Problematisches. Diesem Mißverständnis unterliegen jedoch die „Herforder Thesen“, wenn sie – in der Absicht, die Politik marxistischer Sozialdemokraten zu begründen – ihre Hauptaufgabe im Aussprechen konkreter sozialer und politischer Formen der Zukunft sehen, ohne die politische Arbeitsweise von Sozialisten in den alltäglichen Auseinandersetzungen zu thematisieren.

Die Beschränkung der eigenen theoretischen Anstrengungen auf die Ausarbeitung von Modellen ist Ausdruck eines bestimmten Verhältnisses der Sozialisten zu gesellschaftlicher Praxis: nämlich des Unvermögens, durch aktives Eingreifen den Sozialismus aus den Kämpfen und vorfindbaren Interessen der Gegenwart zu entwickeln und aus ihnen zu begründen. Die vielfältige Erfahrung dieser Kluft zwischen Zielorientierung und praktischen Handlungsmöglichkeiten hat sich in der Arbeiterbewegung immer wieder zu einer bestimmten theoretischen Sichtweise der Politik, zum *Ökonomismus* verfestigt⁶. Das Zerbrechen der bürgerlichen Hegemonie wird dabei in erster Linie von Faktoren außerhalb der eignen kämpferischen Aktivität erwartet: der Eigenbewegung der als Naturprozeß begriffenen Ökonomie – sei dies nun in Form des Zusammenbruchstheorems oder im Glauben an die automatische Verknüpfung von ökonomischer Krise und revolutionärem Aufschwung, sei's in der Hoffnung

3. Vgl. Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/M. usw. 1973; Theo Pirker, *Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964*, S. 61 ff., 128 f.
4. „Das eigentlich Neue der Herforder Thesen liegt in dem hier erstmals unternommenen systematischen Versuch einer Verknüpfung grundsätzlicher marxistischer Analyse mit einer langfristigen Perspektive der demokratischen Transformation der heitigen Gesellschaft in der Bundesrepublik und in der Beantwortung der Frage, wie die nächsten Schritte auf dem demokratischen Weg zum Sozialismus zu bestimmen sind ... Das wesentliche scheint uns also die systematische Form der Herforder Thesen ...“ (Detlev Albers, „Die 'Herforder Thesen' als marxistische Programmatik für die Sozialdemokratie, Diskussion“ in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*, Nr. 3/1979, S. 48)
5. August Bebel, *Die Frau und der Sozialismus*, Berlin/DDR 1973, S. 413 ff.
6. Vgl. z.B.: Cora Stephan, „Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!“ Aus der Urgeschichte der Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1977.

auf automatisches Hineinwachsen in den Sozialismus aufgrund der Produktivkraftentfaltung im Kapitalismus. Die *politische* Aufgabe der Sozialisten beschränkt sich in jeder Variante darauf,

1. die Massen möglichst nachdrücklich auf ihre miserable ökonomische Lage aufmerksam zu machen,
2. die höhere Rationalität eines alternativen Wirtschaftsmodells zu preisen.

*

Der Ökonomismus ist in der Analyse Antonio Gramscis⁷ Ausdruck einer Situation, in der der Übergang der beherrschten Klassen von der ökonomisch-korporativen in die hegemoniale Phase ihrer Artikulation⁸ strukturell blockiert, noch nicht eingetreten oder durch politische Niederlagen wieder rückgängig gemacht worden ist. In einer solchen Situation ist der Ökonomismus

- a. die „naive Philosophie der Masse“, die hierin ihre Identität und Zukunftsgewißheit gegenüber der Bourgeoisie in moralischer, aber politisch unzureichender Weise verteidigt (Gramsci, 336 ff., 342);
- b. Ausdruck des „paternalistischen“, d.h.: nicht-„organischen“ (ebd., 97 f.) Verhältnisses der beherrschten Klassen zu ihren intellektuellen Führern: Die Führer vermögen den Anspruch der beherrschten Klassen auf gesellschaftliche Herrschaft nicht aus deren wirklicher Lebenspraxis geistig und

7. Im folgenden wird, wo nicht anders vermerkt, zitiert nach: Antonio *Gramsci*, Selections from the Prison Notebooks, London 1971; vgl. auch Alfred G. *Frei*, Antonio Gramsci – Theoretiker des demokratischen Wegs zum Sozialismus, Berlin (West) 1978
8. Die Herrschaft (Hegemonie) einer Klasse beruht nach Gramsci zentral auf ihrer Fähigkeit, andere Klassen und Schichten in untergeordneter (subalternen) Stellung programmatisch zu *integrieren* (Gramsci, 161). Das gilt auch für ein mögliches sozialistisches Herrschaftsprogramm. Aber für Gramsci bilden die *ökonomischen* Interessen der beherrschten Klassen als solche noch keine sozialistische Denkweise aus, weil sie sich in „korporativem“ Zustand befinden: Durch die bürgerlich-klassenherrschaftliche Organisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung 'definiert' und inhaltlich vorgeprägt, produzieren sie einen auf fragmentarische Teilkämpfe begrenzten 'ökonomischen Egoismus' als elementarste Form ihrer sozialen Praxis (vgl. 138, 181 ff.), der ihre eigne Einheit nur sporadisch und fragmentarisch bleiben läßt und in seiner Reichweite durch das bürgerliche „Universal“-Programm (Allgemeinwohl) begrenzt bleibt (160). Um *selbst zur Herrschaft* zu gelangen – d.h. „Staat“ zu werden“ (52) – muß das Proletariat seine ökonomischen Interessen nicht nur politisch *ausdrücken*, sondern politisch über sie *hinausgehen* (139 ff.), indem sie in ein klassenübergreifendes, politisch-ideologisches „Universal“-Programm übersetzt werden (vgl. 129, 181 ff.). „Um als Klasse herrschen zu können, muß das Proletariat alle zünftlerischen Überreste, alle Vorurteile oder Einschläge syndikalistischer Art abstreifen. Was bedeutet dies? ... Der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Bauarbeiter usw. müssen nicht mehr nur als *Proletarier*, als Metallarbeiter, als Holzarbeiter, als Bauarbeiter usw. denken, sondern sie müssen noch einen Schritt weitergehen. Sie müssen als Mitglieder einer Klasse denken, die nur dann siegen und den Sozialismus aufbauen kann, wenn die große Mehrheit dieser sozialen Schichten sie unterstützt und ihr folgt.“ (Gramsci, Die süditalienische Frage, Berlin/DDR 1955, S. 14 ff.)

praktisch zu entwickeln, sondern nur in abstrakter, ausgedachter Form vorwegzunehmen und die so entwickelten Politikvorschläge in „bürokratisch-zentralistischer“ Form den passiven Massen überzustülpen (vgl. ebd., 186 ff., 189).

Mehr noch: Der Ökonomismus wiederholt die zentrale Figur der von Gramsci mit der Kurzformel „Liberalismus“ umrissenen klassischen bürgerlichen politischen Ideologie⁹, nämlich deren ideologische *Trennung von Staat und Gesellschaft* (Gramsci, 159 ff.). Dies schlägt auf seine Praxis in doppelter Weise durch:

1. in der für den Reformismus typischen Trennung von politisch-parlamentarischer und gewerkschaftlicher Initiative¹⁰, mit der Tendenz, soziale Eigenbewegungen in den vopolitischen Raum zu verbannen;
2. in der Ausrichtung des praxisleitenden Theoriezusammenhangs auf politische Formen abgelöst von deren Verwurzelung im materiellen Lebensprozeß der jeweiligen Gesellschaft – mit der Tendenz, politische Formen als abstrakte Modelle einander gegenüberzustellen. Welche schädlichen Folgen das haben kann, kann, zeigt die – je nach Standort positive oder negative – *Fixierung* auf das russische Übergangsmodell, das die Arbeiterbewegung seit 60 Jahren gespalten und das abstrakte Bekenntnis zu einem bestimmten *Modell* des Übergangstaats bzw. des „Bruchs“ zum Hauptkriterium einer Praxis gemacht hat, für die sich das Problem des Bruchs a la 1917 nicht stellte. Gerade weil es die Frage „Demokratie oder Diktatur beim Bruch“ war, die zur Gretchenfrage von Alltagspolitik wurde, konnte die entscheidende politische Frage, wie denn das Proletariat unter westeuropäischen Bedingungen zu einer hegemonialen Klasse *werden* könne, aus dem Überlegungszusammenhang von Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen ausgeklammert werden.

Das, was Engels 1895 für die entscheidende Vorbedingung des Sozialismus hielt: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten.“ (MEW 22, 523) – eben das *kann* über eine ökonomistische Politikkonzeption nicht eintreten, denn die konzeptiv-intellektuelle und politisch-führende Tätigkeit der *Avantgarde* wird hier bereits außerhalb des unmittelbaren Lebenszusammenhangs der Massen gedacht: Privileg der Avantgarde ist es, *politische* Vorstellungen zu entwickeln, die dann notwendig in der bekannten Form der „Kampagnen-Politik“ „in“ die empfangenden Massen „hinein“ getragen werden müssen. Diese Vorstellung „von der Bevölkerung“ im allgemeinen und der werktätigen Bevölkerung im

9. Dazu ausführlicher: Thomas Scheffler, „Bürgerliche“ Revolution und marxistische Revolutionstheorie, in: *Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik*, Argument-Sonderband 44, Berlin (West) 1979, 123 ff.

10. Vgl. Bodo Zeuner, „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: *Prokla* 26 (1976), S. 9 ff.

besonderen als *Objekt* dieser oder jener mehr oder minder vernünftigen Maßnahmen, als Material, das auf diesen oder jenen Weg gelenkt werden muß“ ist von Lenin als „bürokratische Denkweise“ kritisiert worden, die die „selbständigen Tendenzen der einzelnen Gesellschaftsklassen, die entsprechend ihren Interessen Geschichte machen“, übersieht und ihnen mißtraut¹¹.

Wer trotzdem glaubt, auf diese Weise einen hegemonialen Weg in Richtung Sozialismus bahnen zu können, tut dies aufgrund einer bestimmten Vorstellung über die Beweggründe und Anlässe politischen Handelns: Die Menschen hätten „objektive“ (nämlich ökonomische) Interessen, kennten sie aber nicht, weil ihre „eigentlichen“ Interessen durch ideologische Manipulation verschüttet seien. Politische Praxis hieße also, *einerseits* die ökonomischen Interessen „als solche“ auszusprechen und auf ihre Verletzung durch die Krise hinzuweisen, *andererseits* den Schutt bürgerlicher Ideologie wegzuräumen und dadurch die „reinen“ ökonomischen Interessen freizuschaukeln.

*

Dies ist auch die Vorgehensweise der „Thesen“: Der „Weg“ zum Sozialismus bedeutet für sie in erster Linie den Entwurf eines qualifizierten ökonomischen Alternativprogramms (HT, 22; DWS, 1), dessen „Notwendigkeit“ von ihnen im wesentlichen aus der „Verschlechterung der Lebensbedingungen“ im Rahmen der ökonomischen Krise begründet wird (DSW, 1; HT, 13 ff.). Entscheidend ist aber, daß geschichtsmächtige politische Konzeptionen gegen *Widerstand* anderer entstehen und v. a. *durchgesetzt* werden müssen. Wo die herrschenden Gedanken die der Herrschenden sind (MEW 3, 46), beginnt der Widerstand gegen ein ökonomisches Alternativprojekt bereits bei den Beherrschten selbst. Die Autoren wissen, daß die bloße *Propagierung* ihres Modells diesem noch keine Massenbasis verschafft, da die Arbeiterbewegung der BRD nicht „klassenbewußt“ genug sei (HT, 37 ff.). „Wir verkennen ... nicht“, schreiben sie daher, „daß unter den gegebenen historischen Bedingungen in der BRD *Zwischenschritte* notwendig sind, die z. Z. (!) nur an den unmittelbarsten Interessen der Arbeitenden und sozial Benachteiligten ausgerichtet sind.“ (HT, 55) Als „unmittelbarste“ Interessen werden wiederum *ökonomische* bestimmt, die programmatisch in „kurz-“ und „mittelfristige“ Forderungen übersetzt werden sollen (HT, 53 ff.): massive Verkürzung der Arbeitszeit (55 ff.); Anhebung der Sozialhilfesätze, Erhöhung der Arbeitslosenhilfen, Senkung der Lohnsteuer (56 ff.); massive Steigerung der öffentlichen Investitionen im Bereich des kollektiven Konsums – dafür Senkung des Rüstungshaushalts, Abbau von Subventionen, Steigerung der Staatsverschuldung, schärfere Besteuerung von Privatunternehmen (57 ff.); Übergang zur Investitionslenkung (58 ff.). Nun richten sich diese Forderungen ihrer Tendenz nach gegen die Logik des kapitalistischen Systems. Der Versuch,

11. Wladimir I. Lenin, Werke, Bd. 2 (1897), S. 536

sie unter Beibehaltung der Grundstrukturen dieses Systems durchzuführen, würde in der BRD die Krisenhaftigkeit der Wirtschaft eher *verschärfen* als mildern. Die Verfasser finden das nicht problematisch:

„Mit der Durchsetzung kurzfristiger Alternativen im Zuge einer systemimmanenten Wirtschaftspolitik wird zugleich deren Untauglichkeit (I) für die Lösung grundlegender Probleme dieses Systems offenbar. Dessen wird sich die Arbeiterbewegung insgesamt nur bewußt, wenn sie die Grenzen fortschrittlicher Wirtschaftspolitik täglich erfährt und Sozialdemokraten diese Grenzen ständig in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner benennen.“ (HT, 55)

Hier klingt eine „Entlarvungs“-Politik an, die den Wert des Reformkampfes eher in der Bekämpfung von Illusionen über die herrschende Ordnung sieht, als in der positiven Veränderung der Alltagspraxis der Menschen und daher den Mißerfolg als didaktisches Mittel begrüßt¹². Aber die Lerneffekte aus Mißerfolgen sind keineswegs eindeutig: Wer ein weitergehendes Ziel schon hat, mag aus ihnen lernen, es besser zu verfolgen. Wer über ein solches nicht verfügt, kann auch mit Rückkehr zur Sozialpartnerschaft reagieren. Weit entfernt, kurzfristige didaktische Maßnahmen zur Beschleunigung sozialistischer Umorientierung zu sein, setzen die o.g. ökonomischen Forderungen das *Einverständnis* der BRD-Bevölkerung mit einer sozialistischen Zielorientierung eher voraus als es zu produzieren. *Mit bloßen ökonomischen Forderungen ist der Sozialismus nicht durchzusetzen.*

Die Verfasser ahnen diesen Teufelskreis, wenn sie schreiben:

„Der Bereich des gesellschaftlichen Überbaus ist von Sozialdemokraten häufig zugunsten einer Politik vernachlässigt worden, die hauptsächlich auf soziale Absicherung zielte. ... Bereits jetzt müssen wir darum die Auseinandersetzung in diesem Bereich aufnehmen, um *auch hier* Kräfte für die Verwirklichung des Sozialismus zu gewinnen. Der ideologische Kampf im Überbau dieser Gesellschaft wird die Legitimation der Monopolherrschaft an einer weiteren Front in Frage stellen. Er bietet die Möglichkeit, *weitere Gruppen*, insbesondere Intellektuelle, für die sozialistische Umgestaltung zu gewinnen“ (DSW, 25).

Ideologischer Kampf wird hier begriffen (a) als Zusatzfront zur Flankierung des „eigentlichen“ ökonomischen Hauptkampf; (b) als bündnispolitisches Instrument zur Gewinnung der sozialen Gruppe der Intelligenz.

Die Problematik dieser Herangehensweise des Politikmachens ist, daß es dieses „einerseits-andrerseits“ zwischen ökonomischen und ideologischen Interessen nicht gibt. Marx' Hinweis, daß die Menschen sich ihrer sozialen Konflikte in ideologischen Formen bewußt werden (MEW 13, 8 ff.)¹³ bedeutet, daß ökonomische Interessen nie als solche existieren, sondern nur in bestimmten

12. Vgl. Scheffler 1979, a.a.O.; S. 132, 134

13. Vgl. auch Gramsci, 164; sowie Engels (MEW 21, 298): „Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.“

ideologischen Formen. Aus der bloßen Tatsache etwa, daß Menschen hungern, lassen sich keine Schlußfolgerungen ziehen, welche politischen Einsichten sie daraus gewinnen werden. Für eine alternative, *hegemoniale* Politik ist der direkte Appell an den Magen unter Umgehung des Kopfes daher sinnlos. *Politisches* Handeln gestaltet sich erst über das politisch-ideologische Weltbild, durch das die ökonomische Lage erlebt, verarbeitet und bewertet wird.

Die Aufgabe des Marxismus besteht daher weder darin, der auf ihr ökonomisches „Wesen“ reduzierten „Wirklichkeit“ ein entsprechendes ökonomisches Alternativmodell entgegenzuhalten, noch den Alltagsverstand mit den „großen“ theoretischen Systemen der „hohen Kultur“ zu konfrontieren (vgl. Gramsci, 419 ff.). Die politisch-ideologischen Vorstellungen der Massen sind selbst materielle Wirklichkeit (ebd., 165) und als solche Ausgangspunkt marxistischer Politik. Gramsci schlägt dazu vor (ebd., 323 ff.), nicht nur davon auszugehen, daß jedermann ein „Intellektueller“ ist in dem Sinne, daß Denken eine allgemein-menschliche Tätigkeit ist (ebd., 8 ff.), sondern auch ein „Philosoph“, indem er sich eine gewissen Vorstellung von der Wirklichkeit macht (ebd., 330 ff., 344, 347). Diese „spontane Philosophie“ ist zu denken als widersprüchliches Geflecht „aus historisch nicht verarbeiteter kollektiver Eigenerfahrung, aus Fragmenten und abgesunkenen Bruchstücken der Weltanschauung der herrschenden Klassen, aus Residuen älterer kultureller Strömungen, Traditionen, etc.“¹⁴, dessen spezifische *Einheit nicht durch logische Geschlossenheit gestiftet wird*¹⁵, sondern durch ihre Unterwerfung unter den herrschenden Ideologiezusammenhang¹⁶. Auf aller kürzeste zusammengezogen lautet Gramscis Vorschlag, nicht von oben herab eine wissenschaftliche Form des Denkens in jedermanns Leben einzuführen, sondern die bereits vorhandenen Aktivitäten zu erneuern und „kritisch“ zu machen, d.h. den Alltagsverstand auf die Ebene eines bewußten, kritischen und eigen-aktivistischen Begreifens der Welt zu heben (vgl. Gramsci, 330 ff., 333, 365). Für die Form hegemonialer Politik lassen sich mehrere Schlußfolgerungen ziehen.

*

Gramscis Fassung der Rolle der marxistischen Partei als „organischer Intellektueller“ des Proletariats¹⁷ deutet auf deren eigentümliche Politikperspektive, politische Herrschaft überhaupt, und damit sich selbst, aufzuheben¹⁸. Anders als in *Lenins* Verbindung von Intellektuellen- und Parteitheorie bestimmt Gramsci Intellektualität nicht als besondere soziale Tätigkeit, sondern als notwendigen Bestandteil *jeder* menschlichen Aktivität (Gramsci, 8 ff.). Die wegen

14. Karin Priester, Die Bedeutung von Gramscis „erweitertem“ Staatsbegriff; in: *Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik*, a.a.O., S. 43

15. Gramsci, 338 ff.; Ernesto Laclau, *Politics and Ideology in Marxist Theory. Capitalism-Fascism-Populism*, London 1977, S. 102

16. Laclau 1977, a.a.O., 99, 101 ff.

der widersprüchlichen Verfassung der beherrschten Alltagspraxis historisch *notwendige* (ebd., 144 ff., 152 ff., 334 ff.) führende Tätigkeit des organischen Intellektuellen setzt voraus, daß *jedermann* Intellektueller *ist*, und zwischen Alltagsverstand und wissenschaftlicher Theorie keine prinzipiellen Schranken bestehen (ebd., 198 ff., 330, 347). Aus diesem Vorschlag ergibt sich eine neue Anforderung an die theoretische Praxis, welche erfolgreiches politisches Handeln ermöglichen soll. In diesem Denken müssen nicht nur die Menschen als Tätige und zukünftig Handelnde vorkommen, sondern auch als zu wissenschaftlichem Begreifen Fähige. Die Begriffe, mit denen die aktuelle Praxis untersucht wird, müssen folglich perspektivisch gebaut sein in die Richtung der Aufhebung der Trennung von Denken und Handeln, Führern und Geführten, Planern und Ausführern, Politikern und Volk. Diese Begriffsstruktur setzt voraus, daß die in ihnen enthaltene Perspektive materiell möglich ist. Dies ist im entwickelten Kapitalismus der Fall. Als methodische Anforderung an sozialistische Politik ergibt sich daraus, in der jeweiligen Praxis der Menschen nach Möglichkeiten zu suchen, daß die Handelnden – ihre gegenwärtigen Interessen wahrnehmend – den Kampf gegen die Fremdbestimmung aufnehmen.

Dies gilt nicht zuletzt für eine derartig zentrale Frage der Klassenkämpfe in der BRD wie die der demokratischen Reformen. Die Aufgabe politischer Demokratisierung wird in den „Thesen“ als „Instrument“ zur Erfüllung der „zentrale(n) Aufgabe der Arbeiterbewegung“ – der „Demokratisierung der Wirt-

17. Die „Organizität“ (Gramsci, 12) einer intellektuellen Kultur bemißt sich danach, wie ihre Träger mit der *Gesamtheit* der ökonomischen, politischen und ideologischen Lebenspraxis einer sozialen Grundklasse verbunden sind (ebd., 6, 10, 12, 60) und sie durch intellektuelle Arbeit und politische Führung in ein *hegemoniales* Programm übersetzen, das sowohl im Einklang mit den praktischen Lebenserfahrungen dieser Klasse steht und diese gleichzeitig überschreitet (333, 340). Der zentrale Gedanke Gramscis ist dabei der der Herstellung einer „organischen“ *Einheit von Denken und Handeln* (333, 365): Daß die Lebensinteressen der beherrschten Klassen sich im Kapitalismus in einer ihnen widersprechenden, „ökonomisch-korporativen“ Form äußern müssen, bewirkt eine widersprüchliche, inkohärente Organisation der geistigen ‚Anleitung‘ ihrer Praxis und entsprechend der Praxis selbst, die in einem durch Rebellion *und* Unterwerfung, Selbstverwirklichung *und* Entfremdung, Konkurrenz und Solidarität, sowie Rückfälle in archaische, vorkapitalistische Verarbeitungsformen geprägt ist. Ein wirkliches *Begreifen* der eigenen Praxis wird dadurch blockiert und äußert sich sowohl in widersprüchlichen Bewußtseinsformen der Individuen selbst, wie auch im historischen Widerspruch von Intellektuellen und Massen, Führern und Geführten (334 ff.). Diese Widersprüchlichkeit ermöglicht den Beherrschten zwar eine begrenzte Wahrnehmung eigener Lebensinteressen, macht sie aber zur *selbständigen* historischen Aktion unfähig (333). Dies zu überwinden ist eine kritische und systematische *Denkanstrengung nötig*, die das *Theorie-Praxis-Verhältnis des Alltagslebens verändert*, daher *nur konkret als praktische Selbstveränderung der Klasse möglich ist und deshalb in organisatorische Anstrengung zu übersetzen ist*: „organische Intellektuelle“ der Arbeiterklasse können *nur in Form der organischen Partei existieren* (15 ff., 335).
18. Gramsci, 152; Gerd Würzberg, Kultur und Politik. Der Beitrag Antonio Gramscis zur theoretischen Grundlegung der politisch-kulturellen Transformation Italiens, Frankfurt/M. 1978, S. 158 ff.)

schaft“ (HT, 26) präsentiert und der Kampf um demokratische Rechte im Kapitalismus damit begründet, man dürfe dem Gegner dieses Feld nicht überlassen, um sich die legalen Handlungsmöglichkeiten nicht einzuschränken (DSW, 31 ff.). Es wird also nicht gefragt, welchen Stellenwert demokratische Verhaltens- und Lernformen in der alltäglichen Lebenspraxis der Bevölkerung haben, wo sie als rationalere Lösungsform wirklicher Bedürfnisse erscheint. Entsprechend der ökonomistisch-liberalistischen Trennung von Gesellschaft und Staat erscheint hier die Demokratie als bloßes *Mittel*, um einen vorgegebenen ökonomischen *Zweck*, das alternative Wirtschaftsmodell, durchzusetzen – d.h. in einer Problemstellung, die die Perspektive sozialistischer Politik: die Aufhebung jeder Klassenherrschaft, tendenziell ausblendet¹⁹. Es ändert nichts, daß die „Thesen“ nicht ein diktatorisches, sondern ein demokratisches Übergangsmodell entwerfen. Niemand kann im Kapitalismus die Bevölkerung für den Sozialismus mobilisieren, indem er ihr *verspricht*, der Sozialismus werde demokratisch sein – zu Recht würde gefragt: Welche *Garantien* kann es geben, daß die Sozialisten, einmal an der Macht, ihre Versprechen auch halten? – Kann es aber solche „Garantien“ *heute* überhaupt geben? *Ja*: die Form, in der Sozialisten *heute* die Tageskämpfe organisieren. Die Frage nach „Garantien“ der Führung gegenüber den Geführten wird in dem Maße historisch überflüssig, wie um den Sozialismus in massendemokratischen Formen gekämpft wird, in Formen, die die Trennung zwischen „politischen“ Subjekten (Führern) und „ökonomischen“ Objekten (Massen) tatsächlich aufheben, in Formen, die Demokratie und Selbstbestimmung zum notwendigen Bestandteil der unmittelbaren Lebenspraxis der Massen machen.

*

Der Kampf um die Hegemonie ist nie nur Kampf von *Klassen*, sondern von *Volksbewegungen*²⁰. Auch die „Thesen“ erklären, daß die Durchsetzung des sozialistischen Ziels der *Bündnisse* bedarf (HT, 31 ff.). Aber die Existenz ihrer Zielorientierung in Form eines ökonomischen *Modells* bewirkt eine verengte Sichtweise auf die Adressaten von Bündnissen – zumindest wo es sich um konkrete bündnisstiftende Maßnahmen dreht: Um nicht „bereits in der Anfangsphase ... auf den erbitterten Widerstand auch des Kleinkapitals“ zu stoßen und die „Resonanz“ des Großkapitals „bei der übrigen Bevölkerung“ einzuschränken, werden den nichtproletarischen Schichten Entschädigungszahlungen bei Enteignung sowie Wahrung der „Freiwilligkeit“ angeboten (DWS, 7, 8). Wohlverstanden – diese Maßnahmen können nützlich sein! Es ist aber fraglich, ob sie aus sich heraus den gewünschten Effekt produzieren. *Widerstand* gegen ihren Weg zum Sozialismus erwarten die Autoren scheinbar nur von den von

19. Karl *Kautsky*, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918, S. 4
20. *Laclau* 1977, a.a.O., 117, 106 ff.

ihrem Modell unmittelbar ökonomisch negativ Betroffenen, den Monopolen und Kleinbesitzern. Bündnisse gegen das Kapital würden sich demzufolge durch ökonomisch-korporative Zugeständnisse an ökonomische Sozialgruppen schließen lassen. Das ist ein Irrtum. Ohne es zu ahnen, fließt hier eine Variante der Bündnispolitik ein, wie sie der Godesberger Wende der SPD zugrunde lag. Der Übergang von der Klassen- zur Volkspartei wird hier damit begründet, Wählerschichten außerhalb der Arbeiterklasse durch Zugeständnisse an ihre Interessen zu integrieren²¹. Ganz abgesehen davon, daß die politische Entwicklung seit Godesberg dieses Kalkül nicht bestätigt hat²², liegt hier ein „liberalistisches“ Politikmodell zugrunde, das die Politik als „ehrliehen Makler“ (Bismarck) bzw. „Moderator“ (Glotz) eines *Tauschhandels* zwischen ökonomisch-korporativen Interessengruppen begreift und damit innerhalb der Strukturen bürgerlicher Hegemonie verbleibt. Gerade hierin zeigt sich, daß der bloße Appell an ökonomische Interessen, und sei er noch so militant, nie über subalterne Politik hinausführen kann. Wo immer sozialistische Parteien versucht haben, den Weg zum Sozialismus durch ökonomisch-korporative Zugeständnisse an die Mittelschichten zu öffnen, sind sie damit gescheitert²³. Die ökonomischen Interessen der Mittelschichten ermöglichen zwar eine gemeinsame *ökonomische Gegnerschaft* zu den Monopolen, nicht aber eine *politisch-ideologische Entscheidung* für den Sozialismus.

Hier gilt es, Gramscis Hinweise über die Bedeutung des Alltagsbewußtseins für die Bündnispolitik fruchtbar zu machen. Das politische Leben wird nicht geprägt durch fein säuberlich voneinander getrennte ökonomische Klassen, sondern durch politisch-ideologische Blöcke, die sich keineswegs mit ökonomischen Klassengrenzen decken oder auf die Interessen ökonomischer Klassen reduzierbar sind. Blöcke sind Bündnisssysteme. Soziale Bündnisse manifestieren sich als soziale Bewegungen, die durch spezifische, klassenübergreifende Formen von *Alltagsbewußtsein* zusammengehalten werden. Ebenso wie das Alltagsbewußtsein widersprüchlich ist, sind es die sozialen Bewegungen, d.h. die Ambivalenz der Volksbewegungen läßt sich nicht auf die ökonomische Verschiedenartigkeit der in ihnen versammelten Klassen und Klassenfraktionen reduzieren²⁴.

21. Vgl. Hans *Kremendahl*, Nur die Volkspartei ist mehrheitsfähig. Zur Lage der SPD nach der Bundestagswahl 1976; Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 97 ff., 101 ff., 106 ff.

22. Die Stimmengewinne der SPD bis 1972 stammen vorwiegend aus Bereichen der Lohnabhängigen (katholische Arbeiter, Angestellte, Beamte). In diesem Sinne kann die SPD als „Klassenpartei wider Willen“ bezeichnet werden (Rainer *Deppe* u.a., Sozialdemokratie und Klassenkonflikte, Frankfurt/New York 1978, S. 4; vgl. auch: H. *Kaste*/J. *Raschke*, Zur Politik der Volkspartei, in: W.-D. *Narr* (Hg.), Auf dem Weg zum Einparteiensstaat, Opladen 1977, S. 47 ff.)

23. Exemplarisch unersucht am Beispiel Chile bei Urs *Müller-Plantenberg*, Grundzüge und Ergebnisse der Bündnispolitik der chilenischen Linken 1970–1973, in: Eisenhans/*Jänicke* (Hg.), Innere Systemkrisen der Gegenwart, Reinbek b. Hamburg 1975, 138 ff.)

24. Vgl. *Laclau* 1977 (Anm. 15), 105 ff., 125, 136

sondern bedarf des Rückgriffs auf die Widersprüchlichkeit der die Bewegung insgesamt prägenden allgemeinen Bewußtseinsformen. *Bündnispolitik in sozialistischer Perspektive bedeutet also nicht, durch ökonomische Zugeständnisse Leute für eine Politik zu gewinnen, die den ökonomischen Interessen derer, denen man Zugeständnisse macht, diametral entgegengesetzt ist, sondern bedeutet, den übergreifenden politisch-ideologischen Alltagskonsens zu verändern, über den die beherrschten Klassen und Schichten des bürgerlichen Blocks ihre ökonomische Situation erleben.*

**Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft**

spw

3

SCHWERPUNKT: Sozialdemokratie und Westeuropa

u. a. mit den Beiträgen:

JOACHIM GÜNTHER

Zur aktuellen Entwicklung der westeuropäischen Sozialdemokratie

NORMAN PAECH

Die neokoloniale Stoßrichtung der westeuropäischen Integration

STUART HOLLAND

Die Linke und Europa heute

KLAUS THÜSING

Das Europa-Programm der SPD

JOSEF HINDELS

Bemerkungen zu den „Herforder Thesen“

HANS JANSSEN

Tarifergebnisse für die metallverarbeitende Industrie

Einzelpreis: DM 5,-/S 40,-

Jahres-Abo: DM 18,-/S 140,- (einschl. Versand)

Bestellungen über: **spw Vertrieb,**
Moltkestraße 21, D-1000 Berlin 45

Rainer Christ/Joachim Günther

Nach dem Aschaffener Kongreß

Die Jungsozialisten vor der Weggabelung

Der Sekt für die Feiern „10 Jahre linker Jungsozialisten-Verband“ wird allenthalben schon kaltgestellt. Bei genauem Hinsehen haben jedoch nur einige Grund zu feiern: Diejenigen, die den „Sprung nach oben“ geschafft haben und im kommenden Jahr den alten JUSO-Slogan für sich reklamieren können: „Wir sind die Partei der 80er Jahre.“ Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD wirft nach ihrem diesjährigen Bundeskongreß, der vom 30. März bis zum 1. April in Aschaffenburg stattfand, mehr Fragen auf, als daß sie politische Orientierungen für marxistische Positionen innerhalb der SPD gibt. Im folgenden seien nur einige Themen aufgegriffen, die aus der allgemein „routinehaften“ Diskussion auf dem Kongreß herausragten und u.U. neue Entwicklungen ankündigen.

Ökologie und Ökonomie

Zum ersten Male wurde dem Bereich „Ökologie“ auf einem JUSO-Bundeskongreß eine breite Diskussion eingeräumt, die allerdings offenbar machte, daß es trotz der aktiven Mitarbeit zahlreicher Genoss(inn)en in Bürgerinitiativen und Anti-AKW-Bewegung noch einer gründlichen theoretischen Auseinandersetzung bedarf, ehe man zu diesem Thema brauchbare Ergebnisse erwarten kann.

Die Diskussion hatte zwei Seiten: Zum einen die ungeteilte Verurteilung des Atomprogramms der Bundesregierung, Resolutionen gegen Gorleben, Stellungnahme gegen den weiteren Ausbau und für die Stilllegung bestehender AKW's. Zum anderen blieben jedoch Schwierigkeiten, die ökologischen Problemstellungen einzuordnen in umfassende gesellschaftspolitische Forderungen. Dabei stehen sich bei den Jungsozialisten derzeit zwei Tendenzen gegenüber: Einige geben sich wachstumsfeindlich und tendieren somit eher zur konservativen Richtung der Umweltschutzbewegung, andere kritisieren diese Haltung mit dem ebenso unbefriedigenden Motto „Wir sind nicht gegen das Wachstum, sondern gegen den Kapitalismus“. Der Kongreß konnte keine klare politische Linie in dieser Frage finden, zumal ein vorliegender Antrag des Bundesvorstandes zur „Positionsbestimmung zwischen Ökonomie und Ökologie“ keine Orientierung angab außer der, daß man diskutieren solle, „was die Gesellschaft braucht und daher produzieren soll“. Eine solche Fragestellung führt aber nicht weiter, da sie nicht dazu auffordert, die Ablehnung der Kernenergie zu vereinbaren mit der weitverbreiteten Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze, die in den Gewerkschaften zu pro-AKW-Demonstrationen und zu einer überwiegend ablehnenden Position gegenüber den Bürgerinitiativen geführt hat.

Wenn es klarzumachen gilt, daß Sicherung von Arbeitsplätzen nicht bedingungslose Unterordnung des Wirtschaftswachstums unter kapitalistische Technologisierung und Rationalisierung heißen darf, dann muß diskutiert werden, wie kapitalistische Profitinteressen zugunsten gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion zurückgedrängt werden kann. Aber auch in dieser Diskussion ging es bisher nur um abstrakte Bekenntnisse statt um wirkliche Erkenntnis. In den Beschlüssen etlicher JUSO-Bundeskongresse finden sich seit vielen Jahren wiederkehrende „Vergesellschaftungsformeln“, deren Einbettung in eine politische Strategie fehlte. In Aschaffenburg lag erstmals ein weitergehender Antrag aus Berlin (West) vor, der Ansätze einer wirtschaftspolitischen Strategie nicht erst mit der Frage angeht, ob man die Schlüsselindustrien vergesellschaften muß oder nicht. Vielmehr werden Schritte angegeben, die vor einer Vergesellschaftung wirtschaftsbestimmender Unternehmen liegen. Es geht dabei um die Erweiterung des staatlichen Sektors als Einstieg in die Teilsozialisierung bestimmter Wirtschaftszweige. Unter den bestehenden kapitalistischen Rahmenbedingungen ist es notwendig, vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Kostenrechnung Bereiche wie die Werftindustrie, den Energiesektor u.a. zu verstaatlichen, um zu einer Struktur- und Regionalpolitik im Interesse der abhängig Beschäftigten zu gelangen.

Der Antrag befaßt sich aber auch mit einer Konkretisierung der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien als dem Hauptschritt zur Überwindung des kapitalistischen Profitsystems. Diese Konkretisierung schließt mit ein, daß die zu vergesellschaftenden Betriebe benannt werden, daß das Verfahren der Vergesellschaftung beschrieben wird und deren Funktion gegenüber dem verbleibenden privatwirtschaftlichen Sektor ebenso bestimmt wird wie die Demokratisierung der wirtschaftlichen Planung.

Der Antrag „Strategische Ziele einer demokratischen Wirtschaftslenkung in der BRD“ gibt eine wichtige Diskussionsrichtung an, die auch für die oben angeführte Ökologie-Debatte von Bedeutung ist: Die kritische Frage nach den Zwecken eines sinnvollen wirtschaftlichen Wachstums ist politisch-praktisch nur im Zusammenhang mit dem Kampf um eine demokratische Wirtschaftslenkung beantwortbar.

Um einen konstruktiven Beitrag in der Diskussion um Energie, Wachstum und Umwelt zu leisten, müssen die Jungsozialisten aufzeigen, daß kein Widerspruch besteht zwischen den Forderungen der Arbeiterbewegung nach Recht auf Arbeit und Humanisierung der Arbeitswelt einerseits und dem Kampf für eine menschenwürdige Umwelt andererseits. Die Verwirklichung beider Forderungen macht die Beseitigung der kapitalistischen Fremdbestimmung der menschlichen Arbeit notwendig. Die Jungsozialisten müssen es sich zur Aufgabe machen, die Gräben zwischen Ökologen und Gewerkschaften zu überbrücken, um die Gefahr zu mindern, daß die Umweltschutz- und Anti-AKW-

Bewegung durch Verzicht auf die Perspektive der *gesellschaftlichen Selbstbestimmung* zunehmend in konservatives Fahrwasser gerät.

Alternatives

Vom Standpunkt der AG der Jungsozialisten heißt dies: Sicherung der organisatorischen und politischen Selbständigkeit! Denn der Aschaffenburger Kongreß offenbarte zum ersten Mal in größerem Umfang ein Problem, das sich auf unteren Organisationsebenen schon länger zeigte: die mangelnde politisch-ideologische Einheit, die allein ein geschlossenes und eigenständiges Handeln des Gesamtverbandes ermöglichen kann. Bei vielen Genoss(inn)en besteht tiefe Unsicherheit hinsichtlich der Politik des Verbandes und eine starke Sympathie mit „alternativen“ Gruppen und Betätigungsfeldern.

Der Arbeitskreis „alternative Lebens- und Politikformen“ machte deutlich, daß zum einen bei den Jungsozialisten Diskussions- und Arbeitsformen vorherrschen, die sich von solchen in SPD-Gremien nur graduell unterscheiden und durch Begriffe wie Konkurrenzverhalten, Profilierungssucht, Funktionalisierung persönlicher Beziehungen, Verdrängung emotionaler Elemente in der politischen Arbeit, Hierarchisierung etc. charakterisiert werden können. Zum zweiten machte der Stellenwert dieser Debatte auf dem Kongreß klar, daß eine Veränderung der Diskussions- und Arbeitsformen bei den Jungsozialisten notwendig ist, wenn das Mobilisierungspotential nicht weiter zurückgehen soll. Gleichzeitig blieb jedoch eine Antwort darauf aus, welche politischen Inhalte in neuen Arbeitsformen organisiert werden sollen. Es scheint, als ob die JUSO-Diskussion über alternative Arbeitsformen vom organisatorischen Rahmen der politischen Arbeit absieht. Die SPD wird als Bezugspunkt nicht mehr in die Überlegungen einbezogen. So kann zwar vortrefflich über wünschenswerte Änderungen der JUSO-Arbeit geredet werden, doch die realen Bedingungen stellen sich in der täglichen Praxis immer wieder als unüberwindliches Hindernis in den Weg. Daher muß die auf dem Bundeskongreß begonnene Debatte unter Berücksichtigung folgender Punkte fortgesetzt werden: Neue Arbeits- und Umgangsformen innerhalb der Jungsozialisten-Organisation müssen vor dem Hintergrund des Funktionierens der Partei geführt werden. Die Jungsozialisten sind keine Spielwiese neben der Partei. Gerade aber die Auseinandersetzung mit der Partei, mit deren eingefahrenen Strukturen, die Kritik an der Politik der Partei und die Vorschläge zur Veränderung scheinen als Dreh- und Angelpunkt einer organisatorischen wie inhaltlichen Erneuerung der Jungsozialisten-Arbeit geeignet.

Das heißt allerdings nicht, daß nun einem realistischen Bezug auf die innerparteilichen Aufgaben eine gründliche kontroverse Auseinandersetzung mit bzw. über die Alternativ-Bewegung geopfert werden soll. Im Gegenteil: Die positiven Ansätze dieser Bewegung müssen ebenso aufgegriffen werden wie ihre Unzulänglichkeiten. Unter dem Motto „alternative Lebensformen“ hat sich so manche gewinnträchtige Marktlücke aufgetan, und sei es nur, daß „al-

ternative“ Betriebe aus Rentabilitätsgründen sich in klassischer Ausbeuterart über rechtsgültige Tarifverträge hinwegsetzen.

Weiterhin darf nicht übersehen werden, daß „alternativ leben“ oft nur die Formel für die private Abkoppelung von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bildet. Die Selbstausgrenzung bedeutet dann Anpassung an das Bestehende durch Verzicht auf veränderndes Eingreifen in die sozialen Verhältnisse. Ferner stellt sich die Frage, ob solche (durchaus kostspieligen) „Auswege“ eigentlich gesellschaftlich verallgemeinerbar sind. Bei den Alternativen handelt es sich überwiegend um eine dem akademischen Bereich entstammende soziale Gruppe. Es ist zweifelhaft, daß hunderttausende von Arbeitslosenschicksalen in den kapitalistischen Ländern Westeuropas so konfliktvermeidend „gelöst“ werden können.

Schließlich muß in Bezug auf die Jungsozialisten darauf geachtet werden, daß die „alternative Welle“ auch gut geeignet sein kann, um einigen Genossen eine gar nicht alternative Parteikarriere zu sichern. Ein bißchen Spontitrip und Lammfelljacke sind erfolversprechender, als im Gegenwind antikommunistischer Kampagnen die eigene Politik aus den konkreten Problemen der Arbeiterbewegung zu begründen und weiterzuentwickeln. Das betont vage Anreden gegen „Bürgerliches“ verspricht manchen oft schnelleren Erfolg, zumal sie vom linksradikalen Standpunkt auch die „dogmatischen“ Marxisten treffen zu können glauben. Umgekehrt werden Marxisten pauschale Diffamierungen der „Alternative“ einstellen müssen, wenn sie nicht die wichtige Tatsache massenhafter Aktivität „von unten“ in der Alternativbewegung und deren Anspruch übersehen wollen, die gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu kontrollieren.

Berufsverbote und Antikommunismus

Die Diskussion über Berufsverbote hat bei den Jungsozialisten stets einen großen Stellenwert gehabt, wobei es hier meist eine breite Übereinstimmung aller Gruppierungen gab in der Kritik des Radikalenerlasses, der Berufsverbotepraxis und den Tendenzen des Abbaus demokratischer Rechte.

In Aschaffenburg verlief diese Debatte mehrdeutig, wenn auch ein in aller Eile zusammengeschriebener Leitantrag, der unterschiedliche Positionen zu vereinbaren suchte, einheitlich verabschiedet wurde. Zumindest für einen Teil der Jungsozialisten scheint die Berufsverbotefrage nach dem Parteitagsbeschuß der SPD vom November 1978 nicht mehr die gleiche Dringlichkeit zu haben wie zuvor. So stellten einige Anträge, die in Aschaffenburg vorlagen, den Kampf für ein einheitliches Dienstrecht in den Mittelpunkt der Diskussion. Während unbestritten ist, daß der Kampf für die ersatzlose Abschaffung der Berufsverbote einmünden muß in eine generelle Demokratisierung des öffentlichen Dienstrechts, besteht über den aktuellen Stellenwert dieser Forderung Dissens. Nach wie vor besteht die Gefahr, daß die einseitige Schwerpunktsetzung auf die

Dienstrechtsfrage die Berufsverbotebewegung desorientieren und die Regierungen in der Kernfrage der Einstellung aller abgelehnten Bewerber entlastet werden.

Außerdem besteht der Verdacht, daß die Berufsverbotsfrage auch deshalb nicht mehr im Mittelpunkt stehen soll, weil die bisher selbstverständliche Zusammenarbeit mit den Betroffenen – in der Hauptsache geht es hier um die DKP – der Forcierung anderer Themen, wie z.B. der Bahro-Diskussion im Wege steht. Einen Ausweg suchte der Bundesvorstand, indem er eine eigene "Bürgerrechtsbewegung" im vergangenen Jahr ankündigte und inzwischen ins Leben rief. Diese „Bewegung“ ist jedoch bisher schon aus dem einfachen Grunde farblos geblieben, weil die Untergliederungen in ihren vielfältigen eigenen Aktivitäten und in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen mit dieser „Bewegung“, die ihnen von oben her aufgedrückt werden soll, nichts anfangen können.

Im Hintergrund dieser Debatte, so auch in Bezug auf die Mitarbeit der Jungsozialisten in der Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, steht weiterhin die ungeklärte Haltung zum Antikommunismus als einem der ideologischen Eckpfeiler des Kapitalismus in der BRD. Hier mangelt es im Verband an einer einheitlichen Analyse. Dies verstärkt eine Tendenz bei den Jungsozialisten, die den Kampf für die Erhaltung demokratischer Grundrechte in der BRD aus seinem konkreten historischen Zusammenhang mit der Entwicklung der antikommunistischen Staatsgründung Westdeutschlands¹ herauslöst sowie ihn dem Kampf gegen Einschränkungen demokratischer Freiheitsrechte in den sozialistischen Ländern unvermittelt und umstandslos gleichsetzt oder gar unterordnet.

Frieden und Abrüstung

Wie auch im Arbeitsfeld Berufsverbote, geht man im Bereich Frieden und Abrüstung bei den Jungsozialisten in letzter Zeit eigene Wege. Statt in dem seit vielen Jahren arbeitenden „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ aktiv mitzuarbeiten, wird nun auf eine eigene Initiative orientiert, auch wenn ein Kongreßbeschuß diese Initiative nicht in Konkurrenz zum Komitee sehen will. Auch diese Initiative, die lediglich aus Abgrenzungsfanatismus gegenüber der DKP gegründet wurde, wird nicht aus dem Dilemma führen, in dem die Jungsozialisten mit dem Thema Frieden und Abrüstung seit Jahren stehen. Zwar gelingt es regelmäßig, auf Kongressen Resolutionen und Beschlüsse mit großer Mehrheit zu verabschieden, jedoch wird man kaum behaupten können, daß die Mehrzahl der Jungsozialisten diesem Thema einen zentralen Stellenwert beimißt, es sei denn verbal. An dieser Stelle sei wieder ein Bezug zur Ökologie-Debatte hergestellt: Die nukleare Aufrüstung bis hin zur Neutronenbombe als

1. Vgl. den Beitrag von Norman Paech – Zur Lage des Rechtsstaats – in diesem Heft, S. 9 ff.

der letzten „Errungenschaft“ des Imperialismus vollzieht sich ohne weitreichenden Widerstand, während auf der anderen Seite eine breite Mobilisierung gegen den Bau von AKWs entstanden ist. Hier rächt sich eine jahrzehntelange Untätigkeit der Partei wie auch der Gewerkschaften. Zumindest macht die SPD inzwischen deutlich, daß ihr an der Diskussion des Themas liegt, indem sie es zu einem der zentralen Bereiche des kommenden Parteitags bestimmt hat. Doch spielt hier sicher weniger die Diskussionsfreudigkeit der Parteiführung die entscheidende Rolle als vielmehr die Sorge, daß das mangelnde öffentliche Bewußtsein über die Notwendigkeit der Entspannungspolitik² immer mehr zum Hemmschuh wird und konservativen Rufen nach einer Wiederauflage des Kalten Krieges Vorschub leistet.

Orientierung wohin?

Während der Kongreß in Hofheim 1978 durch die Verabschiedung eines Aktionsprogramms Zeichen für eine Orientierung des Gesamtverbandes setzen wollte, stellt sich die Jungsozialisten-Diskussion ein Jahr später – u.U. auch als Folge des offensichtlichen Scheiterns des Aktionsprogramms – als ein „Warenhauskatalog“ von mehr oder weniger zufälligen Themen dar, „wozu man als Jungsozialist etwas sagen muß“. Dabei war begehrt, was populär, während manch wichtiges Thema, so die Rationalisierung im Angestellten-Bereich, Anträge zur Tageszeitung „DIE NEUE“ u.a. gar nicht behandelt wurde. Der aktuelle Stand der Diskussion zeigt, daß man auf Probleme reagiert, anstatt daß man gegenüber der Partei deutliche Zeichen setzt, wie dies z.B. noch in der Auseinandersetzung um die Berufsverbote Erfolg hatte.

Die Jungsozialisten werden sich schon sehr bald vor die Entscheidung gestellt sehen, welche Rolle sie in Zukunft zu spielen gedenken: Ob sie weiterhin nur „kritischer“ sind als die SPD und die sozial-liberale Regierung und somit weitgehend nach außen hin das Bild einer „Jugendorganisation“ abgeben, deren Vorsitzende sich nach „getaner Arbeit“ ihrer Parteikarriere widmen, oder ob sie – wie es ursprünglich ihr Anspruch war – als vorwärtstreibende Kraft wirken – besonders auch auf die Parteilinke insgesamt. Dies heißt aber in der aktuellen Auseinandersetzung, daß Jungsozialisten die Hilflosigkeit der regierenden sozialliberalen Koalition gegenüber den ökonomischen Schwierigkeiten, Angriffen konservativer Politik auf rechtstaatliche Prinzipien wie auf die Autonomie der Gewerkschaften u.a. zur Ausarbeitung und Verankerung sozialistischer Positionen nutzen müssen. Nur so kann der „Partei der 80er Jahre“ auf die Sprünge geholfen werden.

2. Vgl. auch den Aufsatz von Mechtild Jansen zu Entspannung und Abrüstung in diesem Heft, S. 47 ff.

Alfred Georg Frei

Der Hohepriester rückt nach links

Bericht vom Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs (PSF)
vom 6.—8. April 1979 in Metz

Zunächst hatte man viel vor: Gleich nach den Märzahlen 1978 planten die französischen Sozialisten, auf einem Parteitag im darauffolgenden Jahr — als Termin war Juni 1979 ins Auge gefaßt — nicht nur eine neue Strategie zu definieren, sondern auch ihren Präsidentschaftskandidaten für 1981 aufzustellen.¹ Bis dahin, so hoffte man, wären die Märzahlen verdaut. Doch die Verdauung gestaltete sich nicht so einfach. Bei der Manöverkritik wurde in den Augen des Ersten Sekretärs François Mitterand sein „Dauphin“ (Thronfolger) Rocard zum Möchtegern—„Brutus“, zu allem Übel noch unterstützt von Mitterands früher treuem Organisations—Schildknappen Mauroy. Nachdem sich kaum jemand noch für das von Mitterand so schön ausgetüftelte Bild des zukünftigen französischen Sozialismus mit dem Staatsmann Mitterand als Präsident, dem Ökonomen Rocard als Premierminister und dem Organisator Mauroy als Parteisekretär interessierte, wurde ein langsamerer Gang eingelegt. Die zentrale Entscheidung über den Präsidentschaftskandidaten wurde zurückgestellt, der Parteitag zum Kräftemessen und Startlöcher graben auf April 1979 vorverlegt. Dieser Kongreß sollte die PSF—Strategie für die nächsten zwei Jahre entwerfen und über die organisatorische Weiterentwicklung der Partei befinden.

Im vorliegenden Bericht soll zunächst in groben Zügen die Vorgeschichte des Parteitags² geschildert werden. Dann werden die verschiedenen Strömungen innerhalb des PS anhand der Anträge für den Parteitag umrissen. Nach einer kurzen Darstellung des Kongreßverlaufs und seines Nachspiels werden in einem abschließenden Fazit die Hauptergebnisse thesenhaft zusammengefaßt und zur Diskussion gestellt.

Die eingehende Diskussion der Entwicklung im PSF scheint mir sinnvoll, da dort mit mehr Praxisbezug und mit mehr Verwirklichungschancen als bei uns sozialistische Veränderungsstrategien diskutiert werden.

1. Vorgeschichte

1.1. Der Kongreß von Nantes

Der Kongreß von Nantes im Juni 1977, der vierte in der Geschichte des PS, stand im Zeichen der Vorbereitung der Nationalwahlen vom März 1978. Die

1 vgl. *Le Monde* vom 22.3.1978

2 Ich beschränke mich hier auf die Grundzüge der Entwicklung innerhalb des PS. Zu den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verweise ich auf die Analyse von Stefan Collignon, Nach dem Scheitern der Linksunion: Fraktions- und Klassenkämpfe in Frankreich, in: spw 3, April 1979, S. 24—33

beim Kongreß von Pau (1975) gebildete Mehrheit aus den Gruppierungen Mitterrand-Mauroy-Defferre-Savary-Poperen-Rocard-Martinet blieb stabil. Ihr stand der CERES³, der über 25% der Stimmen verfügte, gegenüber. Der dort verabschiedete Mehrheitsantrag unterschied sich hauptsächlich in folgenden Punkten vom CERES-Antrag:

- Die Mehrheit schlug vor, daß eine Links-Regierung ihre Veränderungsmaßnahmen Schritt für Schritt vornehmen sollte. Der CERES forderte demgegenüber, daß eine Linksregierung alle entscheidenden Maßnahmen, insbesondere die Sozialisierungen, unverzüglich nach der Machtübernahme durchführen solle.
- Der CERES ging stärker auf die Schwierigkeiten ein, die einer Linksregierung aufgrund der internationalen Verflechtung des Landes erwachsen würden.
- Der Mehrheitsantrag betonte die Rolle des Marktes.
- Der CERES machte deutlich, daß eine Linksregierung nur durch die Entwicklung einer „mächtigen Massendynamik“ den internationalen und nationalen Widerständen trotzen könne.⁴

1.2. Nach den verlorenen Nationalwahlen

Die eigentliche Vorbereitungsphase für den Kongreß von Metz begann am Abend des 19. März 1978. Vom Bekanntwerden der Ergebnisse an begann die Suche nach Ursachen der Wahlniederlage und die Diskussion um Konsequenzen. Die Parteiführungen von PS und PC machten es sich einfach: für schuldig erklärt wurde die jeweils andere Partei. Um eine nicht einäugige Analyse bemühten sich lediglich der CERES und einige oppositionelle Gruppierungen innerhalb des PC (z.B. Teile des Studentenverbandes UEC).

Nach den Wahlen verschärfte Präsident Giscard d'Estaing und sein Premierminister Barre ihre am Interesse der weltmarktkonkurrenzfähigen Teile des Kapitals orientierte Wirtschaftspolitik. Diese Politik hat verheerende Folge für die Problemsektoren der französischen Wirtschaft (Eisen und Stahl, Textil usw.), für viele Klein- und Mittelbetriebe und für die Lohnabhängigen (über 1,5 Mio Arbeitslose). Die Auseinandersetzungen spitzten sich insgesamt zu, es kam zu Streiks (hauptsächlich im öffentlichen Dienst); in den Krisenregionen nahmen die Kämpfe teilweise bürgerkriegsähnliche Formen an. Vor diesem Hintergrund spielte sich die Vorbereitung des PSF-Kongresses ab.

Mitterrand stellte sich ganz deutlich auf die Seite der kämpfenden Lohnabhängigen. Er unterstützte vorbehaltlos alle ihre Forderungen. Diese Forderungen

3 Zentrum für sozialistische Studien, Forschungen und Erziehung. 1966 innerhalb der SFIO (Französische Sektion der Arbeiter-Internationale: sozialdemokratische Partei) gebildete Studiengruppe, die nach Gründung des PS 1971 die politische Gliederung der marxistischen Parteilinken wurde.

4 Die Anträge sind übersetzt in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 4–77, Heft 13/Oktober 1977, S. 156–165

gingen nach staatlichen Eingriffen zur Sicherung der Arbeitsplätze sowie nach Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich u.ä.). Ungeachtet der anhaltend heftigen Angriffe des PC sprach sich Mitterrand nun weitaus deutlicher als vor den Wahlen für die Linkseinheit aus.

Anders *Rocard*: Er bejahte die Zielsetzung, daß Frankreich Anschluß an die führenden Industriemächte gewinnen soll. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich lehnte er ab. Rocard erhielt Unterstützung von Pierre *Mauroy*, dem Bürgermeister von Lille, Vertreter einer eher traditionell sozialdemokratisch orientierten Richtung. Mauroy war mit dem Aufbau und der Neustrukturierung des Parteiapparates betraut. Seine Vorschläge, die mehr Kontrolle der Parteiführung verlangten, stiessen bei Mitterrand auf wenig Gegenliebe.

Zum zweiten Mal (nach dem „Archaismus“-Vorwurf⁵) schlug Rocard am 15.1.1979 auf die Pauke, als er erklärte, daß Mauroy (anstelle von Mitterrand) Parteisekretär werden solle – unter einem Präsidentschaftskandidaten Rocard, wie er durchblicken ließ.

Im CERES wurde die Strategiediskussion vorangetrieben. Auf dem 17. nationalen Kolloquium am 16./17.12.1978 prallten zwei Auffassungen aufeinander: Die Mehrheit (95%) schlug eine protektionistische Wirtschaftspolitik vor und wollte mit aller Kraft ein neues Linksbündnis mit dem PC anstreben. Die Minderheit um Christian Pierret und Marc Wolf kritisierte schärfer den Restbestand an 'Stalinismus' im PC und legte ähnlich wie Rocard mehr Gewicht auf die Unterstützung von Basisbewegungen. Wirtschaftsprotektionismus wurde abgelehnt, die Alternativen bleiben jedoch verschwommen. Scharfe Kritik wurde an den CERES-Strukturen geleistet, da sich die „historischen Führer“ des CERES z.B. für Kernenergie und für die französische Atombewaffnung aussprechen, während die Mehrheit der Mitgliedschaft den Einsatz von Atomkraft abzulehnen scheint. Wohl auch aufgrund von personellen Reibereien kam eine Einigung nicht zustande. Die Pierret/Wolf-Gruppe spaltete sich ab und baute die Strömung „Union pour l'autogestion“ (ungefähr: Einheit für die Selbstverwaltung) auf.

2. Der Kongreß

2.1. Strömungen und Anträge

Der PS „ist die einzige unter den großen politischen Gruppierungen, die anlässlich ihrer Kongresse eine wahrhaft demokratische innere Diskussion erlebt.“⁶ Aufgrund betont demokratischer Statuten, die das Recht auf innerparteiliche Meinungsvielfalt ausdrücklich anerkennen, entsprachen die politischen Kräfteverhältnisse auf dem Kongreß ziemlich genau den Verhältnissen in der Mitgliedschaft (imperatives Mandat).

⁵ vgl. Collignon, a.a.O., S. 30

⁶ Temoignage Chretien vom 9.4.1979

Für den Kongreß von Metz stellten sieben Strömungen ihre Anträge zur Vorabstimmung in den sections (Ortsvereine, Betriebsgruppen).

Der *Antrag A* von der Mitterand-Gruppe („Eine große Partei für ein großes Projekt“)⁷ zieht eine insgesamt positive Bilanz der bisherigen PS-Politik. Kritisiert werden nicht Parteistrukturen, sondern einzelne Personen. Das politische Ziel sei „nicht den Kapitalismus zu modernisieren oder zu mäßigen, sondern ihn durch den Sozialismus zu ersetzen“ (S. 5). Die Krise mache den „Bruch mit dem Kapitalismus“ noch notwendiger. Mittel dieses Bruchs sollen sein:

- Brechen der „Allmacht des Marktes und seiner Profitlogik“ (S. 5);
- Nationalisierungen;
- Verstärkung der demokratischen Planung. Dies soll unmittelbar nach Regierungsantritt der Linken erfolgen. An Rocard gewandt heißt es: „Eine Aneinanderreihung von sozialen Experimenten (experimentations sociales) kann die Eroberung der Staatsmacht und die Beherrschung der Drehpunkte der Wirtschaft nicht ersetzen.“ (S. 6) Bei der europäischen Integration soll nicht über die Bestimmungen der Römischen Verträge hinausgegangen werden. Die Notwendigkeit der Union mit dem PC wird bekräftigt. Eine „Allianz nach rechts“ und „Dritte-Weg-Strategien“ werden abgelehnt (S. 6).

Der *Antrag A* erzielte 40,11 % der Mandate. Dieses überraschend gute Ergebnis wird mit der „emotionalen Bindung“ eines Großteils der PS-Mitglieder an F. Mitterand erklärt: Er gilt als PS-Gründer und als Symbolfigur der Linksunion. Er verfügt hingegen nicht über eine ausgebildete theoretische Position. Die theoretischen Pole im PS sind Rocard auf der einen und der CERES auf der anderen Seite. Mit seinem Antrag hat sich Mitterand weg von der Position seines früheren Bündnispartners Rocard und der in Nantes vertretenen Position hin zum CERES bewegt.

Antrag B von Pierre Mauroy fordert eine deutliche Verbesserung der Parteiorganisation, mehr Effektivität und demokratische Kontrolle der Führung. Die vorrangigen wirtschaftspolitischen Ziele sind soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie. An Mitterand gerichtet: „Keine sozialistische Gesellschaft kann mehr Reichtümer verteilen, als sie produziert“ (S.11). Die europäische Integration wird aktiv befürwortet. Um wieder zur Linksunion zu gelangen, soll eine Debatte mit allen antikapitalistischen Kräften, auch mit dem PC eingeleitet werden.

Zur Enttäuschung von Mauroy, Labarrere, Pontillon und anderer prominenter Unterzeichner erhielt der *Antrag* nur 13,61 %.

Antrag C von Michel Rocard kritisiert: „Die Partei ... darf sich von nun an nicht mehr damit zufrieden geben, die Ansichten des Ersten Sekretärs zu vertreten. Dem Ersten Sekretär fällt es zu, die Ansichten der Partei zu vertreten.“ (S. 18)

⁷ Die Anträge sind veröffentlicht im Parteiorgan „Le Poing et la Rose“, Nr. 79, Februar 1979. Im folgenden beschränke ich mich auf die Seitenangabe.

Gefordert wird Kollegialität, Verbot der Ämterhäufung, Verbesserung der Organisation usw. Der faktenreiche Antrag steckt eine radikalreformistische Position ab: Akzeptieren der gegebenen Daten, „Strukturreformen, die die Bedingungen für den Bruch schaffen können“ (S. 15), scharfe Kritik an den Kommunisten, Übernahme von Forderungen der Basisbewegungen (Frauen, Jugend, regionale Minderheiten, ausländische Arbeiter). Abgrenzung aber auch von der Sozialdemokratie: neben allgemeiner Kritik wird speziell der SPD vorgeworfen, daß sie „gewissen Tendenzen zum Autoritarismus“ (S. 15) zu erliegen scheine. Die europäische Einigung soll vorangetrieben werden: „Die Widerstandslinie gegen den amerikanischen Imperialismus befindet sich heute auf kontinentaler Ebene“ (S. 16). Die Linkseinheit dürfe sich nicht auf den Dialog mit dem PC konzentrieren. Zentraler Punkt sei die „Einheit der Volkskräfte“ (PS, Gewerkschaften, Basisbewegungen), die den PC wieder zum Akzeptieren eines Bündnisses bewegen solle.

Der Antrag der Rocard-Gruppe erhielt 20,41 %. Rocard hatte damit eine solide Ausgangsbasis für den Kongreß.

Antrag D kam von der „Mittelmeer-Filiale“ von Mitterrand. Gaston Defferre, der Bürgermeister von Marseille, altgedienter Chef des Bezirks Bouches-du-Rhône, versuchte, die in letzter Zeit manchmal gegen seltsame sozialistische Praktiken in Marseille aufmuckenden Seinen mit einem neuen Coup an sich zu binden. Anders als sein nordfranzösisches Gegenstück Mauroy hielt Defferre Mitterrand die Treue. Er wollte mit einem eigenen Antrag noch einmal den ganzen Bezirk hinter sich bringen, was ihm aber nicht ganz gelang. Dieser Antrag behandelte fast ausschließlich die Maßnahmen einer Linksregierung nach dem Regierungsantritt („Die erste Phase wird entscheidend sein“, S. 21) und bekräftigte noch einmal die Bedingungen, unter denen der PSF dem EG-Beitritt Portugals, Spaniens und Griechenlands zustimmt.

Auf dem Kongreß verfügte Defferre über 7,77 % der Mandate.

Antrag E des CERES wurde auf dem Kolloquium im Dezember 1978 ausgearbeitet. Er fordert, daß der PS aus einer „klassischen Wahlmaschine“ und „Verwaltungsmaschine“ (S. 28) zu einer Massenpartei und zu einem „effektiven Kampfinstrument“ (S. 30) werde. Erreicht werden soll dies durch innerparteiliche Politisierung, Schulung, das Verbot der Ämterhäufung und durch Einbindung der Mandatsträger.

Nationalisierungen, demokratische Planung und Arbeiterselbstverwaltung sind die wirtschaftspolitischen Hauptforderungen. Dazu die Forderung nach „Wiedereroberung des inneren Marktes“ (S. 27), d.h. Begünstigung der inländischen Industrie durch Einfuhrkontingentierung u.ä. Bei der europäischen Integration sollen die Sozialisten den Schwerpunkt auf die internationale Koordinierung von Arbeiterkämpfen (z.B. um die 35-Stunden-Woche) legen. Der PSF soll einen eigenständigen Europa-Wahlkampf führen. Und: „Unser Internationalismus darf sich nicht auf Europa beschränken.“ (S. 25) Der CERES spricht

sich am deutlichsten für die Wiederherstellung der Linksunion aus. Dabei müsse der PS der Motor sein.

Der Antrag erhielt 14,43 % der Mandate. Dies bedeutet einen Verlust von 10 % gegenüber 1977. Von CERES-Mitgliedern werden dafür folgende Gründe angegeben:

- Der CERES erhielt früher als einzige Oppositionsströmung auch die Stimmen von allgemein mit der Parteiführung Unzufriedenen. Vor dem Kongreß in Metz jedoch gab es einen ganzen Fächer von oppositionellen Strömungen.
- Auch einige CERES-Symphatisanten wollten ihre Solidarität mit der angegriffenen Symbolfigur Mitterand dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie sich für seinen Antrag aussprachen, zumal dieser Antrag auch deutlich weiter links stand als die früheren.
- 3% gingen an die CERES-Abspaltung UPA.

Antrag F wurde von der Union pour l'autogestion (UPA) vorgelegt. Die UPA sieht im Parteiapparat des PS sich die Machtstrukturen der Gesellschaft wieder spiegeln. Sie fordert: Selbstverwaltung auch in der Partei, Abbau der Hierarchie und Rotation der Ämter. Der marxistisch geprägte Antrag hat folgende Schwerpunkte:

- Der PS soll sich in den Basisbewegungen verankern;
- Forderungen für 'Problemgruppen' (Frauen, Jugend usw.) werden entwickelt;
- Die Linksunion soll von unten her wieder aufgebaut werden, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem PC soll geführt werden;
- „Protektionismus“ wird abgelehnt, stattdessen wird eine „offensive Industriepolitik“ (S. 38) gefordert;
- Die inhaltliche Einigung der Partei sei Hauptziel.

Die UPA erhielt 3,24 %. Anhänger sind z.B. der Abgeordnete Pierret (Vogesen) und der Gramsci-Forscher Hughues Portelli.

Antrag G wurde von weiblichen Parteimitgliedern gestellt. „Die Rechte hält die Frauen in ihrem Lager“ (S. 43): Obwohl die arbeitenden Frauen am meisten unter dem kapitalistischen System leiden, gehen viele von ihnen nicht zur Wahl. Auch verdankt die Rechte ihre knappen Wahlsiege den Frauenstimmen. Warum? Die Arbeiterbewegung „hat in ihren Analysen niemals die besondere Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft berücksichtigt.“ (S. 43) Deswegen schlagen die PS-Frauen vor, daß der Kampf gegen das Patriarchat zu einem vorrangigen Ziel der Partei werde. Der technokratische und hierarchische Parteaufbau wird kritisiert. Männer und Frauen werden aufgerufen, sich die Unterdrückung der Frau bewußt zu machen und gemeinsam für einen Sozialismus ohne Hierarchie und Unterdrückung zu kämpfen. Dieser originell abgefaßte und prägnante Antrag erhielt 0,31 % der Mandate.

2.2 Worum es ging – Der Kongreßverlauf

Die vorgestellten Anträge waren nicht nur dazu da, eine sozialistische Strategie zu definieren. Ihr weiterer und vielleicht hauptsächlich Zweck bestand darin, daß die Antragsteller – vor allem der Anträge A, B, C und D – möglichst viele Parteimitglieder hinter sich bringen wollten, um in zwei zentralen Punkten Entscheidungen in ihrem Sinne ermöglichen zu können:

1. in der von der Presseberichterstattung überbewerteten Frage, wer sozialistischer Präsidentschaftskandidat für die Präsidentenwahl 1981 werden wird;
2. in der von den Beobachtern allgemein unterschätzten Auseinandersetzung, welche politische Strömung mit welchen Leuten die Kontrolle über den sich im Aufbau befindenden Parteiapparat übernimmt. Wer den Apparat kontrolliert, hat die besten Voraussetzungen, um seine politische Führungsposition zu festigen und auszubauen.

1200 Delegierte und einige hundert Beobachter, Presseleute und Zuschauer nahmen an dem Kongreß vom 6.–8.4. in Metz teil. Metz war nicht zufällig Tagungsort: mit der Wahl des Ortes sollte die Solidarität des PS mit den am stärksten von der Krise betroffenen Regionen ausgedrückt werden.

Der Rechenschaftsbericht am Freitag gab das Bild vielfältiger und zunehmender Parteiaktivität. Auffällig ist jedoch, daß die Mitgliederentwicklung 1977/78 stagniert hat (Stand Ende 1978: 188 216 zahlende Mitglieder).

Die erste Überraschung des Kongresses: Entgegen früherer Gewohnheit ergriff Mitterrand schon am ersten Tag das Wort. Im Stile seiner Anfang des Jahres eingeleiteten „Gegenoffensive“ legte er seine Linie für den Parteitag offen. Punkt für Punkt widersprach er den Vorschlägen Rocards. „Einheit in der Klarheit“ gab er als Motto der Mitterrandisten für den Kongreß aus. Im Klartext bedeutete dies: Einheit auf Grundlage ihres Antrags, keine Zugeständnisse in den wichtigen Punkten, höchstens einige Ergänzungen. Auch Rocard wurde schon am ersten Tag sehr deutlich: „Um die Dienstleistungen und Waren unter die Leute zu bringen, gibt es nur zwei Verfahren: Den Markt oder die Rationierung“, führte er in seiner Rede aus. Bei dieser demagogischen Alternative war klar: Er, Rocard, will den Markt, die anderen die staatliche Rationierung, vielleicht sogar den „Gulag“, von dem er häufig sprach.

In den Fraktionssitzungen des CERES wurde festgestellt, daß damit eine Einigung Mitterrand-Rocard unmöglich geworden war. Der CERES war zu einer Einigung mit Mitterrand bereit, wollte in diese Einigung aber möglichst viele eigene Inhalte einbringen.

Am Samstag war wenig vom Willen zur Einheit zu spüren. Die „jungen Leutnants“ von Mitterrand (Fabius, Jospin u.a.) schlugen kompromißlos auf die anderen Strömungen ein. Anders Mauroy: Das schwache Abschneiden seines Antrags machte ihn wieder zum großen Verfechter der Einheit. Mit großen Worten forderte er alle zur „Synthese“ auf. Er erntete dafür Beifallsstürme. Konkrete inhaltliche Vorschläge waren in seinen Reden jedoch nicht enthalten.

In der Nacht von Samstag auf Sonntag tagte die commission des résolutions. Diese von den Strömungen entsprechend ihrer Stärke besetzte Kommission hat die Aufgabe, eine „Synthese“ (Einigung) zu finden. Nachdem einige Fortschritte auf dem Weg zur Synthese gemacht waren, fand Mitterand einen Grund, um das Unternehmen platzen zu lassen: Viveret, ein Parteigänger Rocards, legte einen Änderungsvorschlag vor, in dem es hieß, daß der PS „keinen *Hohepriester*“ kenne. Dies empfand der Erste Sekretär als persönliche Beleidigung und verließ die Kommission. Peinlich dabei, daß in seinem Antrag fast wortgleich dasselbe zu finden war.⁸

Nach Einschätzung des CERES hat sich die entscheidende Wende in der Fraktionssitzung der Mitterandisten am Sonntagvormittag vollzogen: Dort sprachen sich fast alle Redner für eine Einigung mit dem CERES aus, was der anscheinend zunächst dazu nicht gewillte Mitterand schließlich akzeptierte. Er ließ es sich jedoch nicht nehmen, diese Entscheidung auf seine Art zu präsentieren. Nachdem Didier Motchane für den CERES die inhaltlichen Bedingungen (Förderung der Betriebsarbeit, Schulung insbesondere für Mitglieder aus der Arbeiterschaft, Kampagne für die Linkseinheit) für eine Einigung aufgestellt hatte, erweckte Mitterand in seiner Rede, an deren Schluß er die Bedingungen des CERES prinzipiell (mit einem die Europapolitik betreffenden Vorbehalt) akzeptierte, den Eindruck, als ob er sich jetzt gerade allein zu der Einigung mit dem CERES entschlossen hätte: ganz der große Führer einer Volksbewegung, der mittels einsamer Entscheidungen den Weg der Partei durch die Geschichte absteckt.

Rocard kündigte in seiner Schlußrede eine konstruktive, aber entschlossene Oppositionspolitik seiner Strömung an. Wenn Mitterand sich um die Präsidentschaftskandidatur bewerbe, wolle er nicht gegen ihn antreten — angesichts der aktuellen innerparteilichen Kräfteverhältnisse hätte er wohl auch kaum Chancen aufgestellt zu werden. Fast tragisch wirkte das Bemühen Mauroys und seiner Freunde, die Einheit um jeden Preis wollten. Doch die Würfel waren schon gefallen: Mitterand wollte den Parteiapparat in getreue Hände geben.

Zur Schlußabstimmung kamen sechs Anträge. Defferre hatte seinen Antrag wie erwartet zugunsten von Mitterand zurückgezogen. Daraufhin verließen einige südfranzösische Delegierte die „Mittelmeer-Filiale“ und unterstützten Mauroy. Dies ergab die einzige nennenswerte Verschiebung gegenüber dem Ergebnis der Vorabstimmung in den sections. Die einzelnen Anträge erhielten somit: A (Mitterand) 46,97%; B (Mauroy) 16,80%; C (Rocard) 21,25%; E (CERES) 14,98%.⁹

8 Bei Mitterand heißt es: „Wir gehorchen keinem Dogma und kennen keinen Hohepriester.“ (ebd., S. 7)

9 Bei der Schlußabstimmung gibt es eine 5%-Klausel. Die Prozentzahlen sind auf 100% aufgerundet, um die daraus folgende Besetzung der beiden Parteigremien zu ermöglichen. Unter 5% lagen die UPA mit 3% und der Frauen-Antrag mit 0,3%.

Einstimmig wurde eine Resolution zur Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern Lothringens verabschiedet.

2.3 Die neue linke Mehrheit beim Nachspiel im Comité Directeur

Das Comité Directeur (Parteirat) und das Bureau Executive (Vorstand) sind entsprechend der Kräfteverhältnisse bei der Schlußabstimmung zusammengesetzt. Das Comité Directeur wählt das Secretariat National, die Exekutive der Partei. Im allgemeinen stellt die Parteimehrheit alle Nationalsekretäre — also keine Proportionalität wie in den anderen Gremien.

Auf der ersten Sitzung des Comité Directeur wurde Mitterrand als Vertreter der stärksten Strömung einstimmig zum Ersten Sekretär wiedergewählt. Seine neue Mannschaft von Nationalsekretären, davon einige stark marxistisch orientiert (Jospin, Joxe, Germon, Debarge), wurde von der neuen Mehrheit aus Mitterrandisten und CERES in ihre Amt gewählt. Die zweite Sitzung des Comité Directeur brachte dann die Ergänzung des Nationalsekretariats um vier CERES-Leute (Charzat, Chèvènement, Chepy, Coffineau). Von Georges Sarre (CERES) wurde eine „Politische Erklärung“ eingebracht. Diese Erklärung faßte die von Motchane auf dem Kongreß aufgestellten Bedingungen des CERES zusammen. Die Grundentscheidungen des PS werden in Erinnerung gerufen: „Die Notwendigkeit des Bruchs mit dem Kapitalismus; Selbstverwaltung als Mittel und Ziel der Gesellschaftsveränderung; ein neuer Internationalismus; das Europa der Werktätigen; die Linksunion als Voraussetzung, um diese Politik umzusetzen.“ Daraus folgt ein Aktionsprogramm der Partei:

1. Mit dem Slogan „Vivre, travailler et décider au pays“ (ungefähr: Leben, arbeiten und entscheiden im Land), durch Förderung und Schulung von Arbeiter-Mitgliedern soll eine bessere Verankerung des PS in der Arbeiterschaft ermöglicht werden.

2. „Unser Ziel ist es nicht, die Linke zu beherrschen, sondern die Gesellschaft zu verändern.“ Die Linksunion soll durch gemeinsame Aktionen an der Basis und durch Verhandlungen auf Funktionärssebene wiederhergestellt werden. Dazu soll unverzüglich eine große Einheitskampagne im Kampf gegen die Krise durchgeführt werden.¹⁰

3. Zur Europa-Politik wurden frühere Parteientschlüsse bekräftigt.¹¹

Diese Erklärung wurde nicht nur von Mitterrandisten und CERES, sondern überraschenderweise auch mit den Stimmen der Rocard- und Mauroy-Anhänger beschlossen.

3. Fazit

Im folgenden möchte ich die Ergebnisse des Kongresses in sechs Thesen zusammenfassen und, wo es möglich ist, auf Perspektiven hinweisen.

10 Der PC wies diese Vorschläge postwendend zurück.

11 Die Erklärung ist abgedruckt in: L'Unité Nr. 337 (April 1979)

1. Im PS existieren zwei *theoretische Pole* und ausgebildete Strömungen: die Gruppe um den vom PSU¹² hergekommenen M. Rocard und der CERES. Auf dem Kongreß von Metz verlor der radikalreformistische Pol Rocards seine Orientierungsfunktion, er wurde in die Opposition abgedrängt. Stattdessen bildet nun der linkssozialistische Pol gemeinsam mit der flexiblen Mitterand-Gruppe die neue Mehrheit.

2. Die linken Sozialisten des CERES haben verloren und gewonnen — verloren haben sie zunächst an Prozenten: statt 25% stehen nur noch 15% der PS-Mitglieder hinter ihnen. Auf den letzten zwei Kongressen fiel dem CERES als Verkörperung der innerparteilichen Opposition insgesamt eine zentrale Rolle zu, in Metz hingegen war er eine Oppositionsströmung unter mehreren.

Gewonnen hat der CERES an konkretem innerparteilichem Einfluß durch seine Beteiligung am Nationalsekretariat und an den Sekretariaten in den zahlreichen Bezirken, wo Mitterandisten und CERES von nun an gemeinsam die Mehrheit stellen können. Die schon vor dem Kongreß begonnene Annäherung Mitterands an die politische Position des CERES kann dadurch stabilisiert werden, die CERES-Analysen können wieder grundlegend für die Politik der Gesamtpartei werden. Vor allem hat der CERES bessere Möglichkeiten, seinen eigenen innerparteilichen Einfluß auszubauen. Als er von 1971 bis 1975 im Nationalsekretariat vertreten war, wußte er dies zu nutzen: 1971 (Kongreß von Epinay) unterstützten ihn 8,5% der PS-Mitglieder, 1975 (Pau) waren es 25,4% geworden. Würde dies dem CERES ein weiteres Mal in ähnlicher Form gelingen, wären seine Prestige-Verluste mehr als ausgeglichen.

Ein möglicher Konfliktpunkt zwischen Mitterandisten und CERES ist der Führungsstil Mitterands: Der CERES fordert eine demokratisch kontrollierte Parteiführung, während Mitterand an seinem eigenmächtigen Stil festhalten will.

3. Anders stellt sich die Lage für die Gruppe um Rocard dar. Sie hat ihren bestimmenden Einfluß auf die offizielle Parteilinie, der auf dem Kongreß von Nantes 1977 am deutlichsten wurde, verloren. Andererseits ist sie stärker als vorher ins Licht der Öffentlichkeit getreten und ihre Thesen werden intensiver diskutiert. Ihre materiellen Voraussetzungen für die Opposition sind wesentlich besser als die, unter denen der CERES von 1975 bis 1979 arbeiten mußte. Die wichtigsten sozialistisch orientierten Presseorgane „Le Matin“ und „Le Nouvel Observateur“ haben aus ihrer Vorliebe für Rocards Position nie einen Hohl gemacht. Allgemeine Perspektiven für Rocards Linie anzugeben, ist schwierig: Auf der einen Seite sind die „neuen Mittelschichten“, die „jeunes cadres

12 Vereinigte Sozialistische Partei, gegründet 1960 von linken Kritikern der SFIO. Die von M. Rocard von 1968 bis 1974 geleitete Partei war in der Zeit auf der extremen Linken angesiedelt. Diese politische Herkunft ist ein Grund für Rocards derzeitige politische Position, in der ein technokratisches Konzept mit radikalen Forderungen gewürzt wird.

dynamiques“ (ungefähr: junge dynamische Angestellte) inzwischen vielfach auch empfindlich von der Krise betroffen und suchen radikalere Krisenlösungsmöglichkeiten, das bedeutet, daß Rocard sich seines Rekrutierungspotentials weniger sicher sein kann. Auf der anderen Seite wird die linkskeynesianistische Wachstumslogik¹³, die vor allem das Gemeinsame Programm von 1972 auszeichnete, auch in Frankreich immer schärferer Kritik unterzogen — diese Kritiker versucht Rocard durch seine an „Basisbewegungen“ und neuen sozialen Werten orientierte Programmatik an sich zu ziehen.

Die UPA, die sich diese Punkte noch entschlossener zu eigen macht, ist im Moment zumindest noch kein ernsthafter Konkurrent Rocards.¹⁴

4. Wenig Zukunftsaussichten scheint mir eine eigenständige Strömung *Mauroy* zu haben. Da er am meisten traditionell sozialdemokratische Elemente einbezieht und stark „pro-europäisch“ eingestellt ist, wird es zwar an Unterstützung durch die SPD und andere nördliche sozialdemokratische Parteien kaum fehlen. Doch andere Probleme werden dies aufwiegen:

— *Mauroy* wurde von vielen Mandatsträgern unterstützt. Da diese jedoch einen großen Drang zur gesicherten Mehrheitsposition haben, ist damit zu rechnen, daß *Mauroy* wichtige Leute an Mitterrand verliert.

— Die „dynamischere“ Position Rocards ist weitaus anziehender als *Mauroy*s und wird diesem sicher auch Anhänger abspenstig machen. Ein Anschluß *Mauroy*s an Rocard ist nicht auszuschließen.

5. *Mitterrand* hat seine Führungsmannschaft verjüngt. An die Stelle vieler alter Kameraden aus Club-Zeiten sind agile neue Leute getreten. In Anlehnung an den Meister ist ihre Rhetorik kämpferisch. Stückweise gehen auch marxistische Inhalte ein. Aber: „Die Freunde von Francois Mitterrand haben eine Tradition aufgenommen, die darin besteht, das Vertrauen der Parteimitglieder und der Kongresse zu gewinnen, indem sie sich nach links orientieren und eine maximalistische Linie vertreten (wie Guy Mollet 1946 und Mitterrand 1971 in Epinay)“.¹⁵ Zwar hat sich F. Mitterrand auch schon länger vor dem Kongreß auf Linkskurs begeben. Doch nicht dies allein, sondern vor allem die Zugehörigkeit des CERES zur neuen Mehrheit stellt die zentrale Sicherheit dafür dar, daß die vielbeschworene „Verankerung nach links“ des PS erhalten bleibt. Mitterrands Rivalen Rocard und *Mauroy* haben keinen Zugriff auf den Parteiapparat mehr. Damit sind beide ein beträchtliches Stück zurückgeworfen. Mitterrands Führungsposition ist augenblicklich gesichert — die Rivalität jedoch bleibt.

13 vgl. dazu Udo Rehfeldt, Linker Reformismus in Frankreich, in: *Leviathan* 1/78

14 Parallelen zur PS-Diskussion gibt es in den Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften CGT und CFDT bzw. innerhalb der CFDT. Darauf kann aus Platzgründen nicht eingegangen werden, vgl. Collignon, a.a.O., S. 33

15 *Le Monde* vom 13.4.1979

6. Die sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe in Frankreich werden voraussichtlich an Schärfe zunehmen. Der PS wird sich in dem Fall — das hat sein Kongreß deutlich gemacht — weiterhin auf die Seite der Arbeiter und Angestellten stellen. Giscard will mit seinem eigennützigen Liebeswerben den PS zu einem Mittragen seiner Wirtschaftspolitik bringen, um damit einen Teil des Oppositionspotentials von Arbeiterschaft und Mittelschichten auszuschalten. Dieses Werben wird nach dem Kongreß von Metz auf noch taubere Ohren stoßen als vorher.

Ohne Linksunion jedoch wird die Linksorientierung der Sozialisten perspektivlos: Eine sozialistische Veränderung können nur PS und PC gemeinsam einleiten. Ein weiteres Abblocken der Einheit durch den PC würde die von CERES und Mitterrand propagierte Strategie in Frage stellen. Der soeben zu Ende gegangene XXIII. Parteitag der Kommunisten hat zwar die Angriffe gegen den PS fortgesetzt, die Möglichkeit einer neuen Linksunion ist dort aber immerhin offengehalten worden.

Wenngleich der PS in Metz Optionen für eine linke Politik getroffen hat und die Weichen dort gestellt wurden, der Zug muß erst noch fahren.

Trotzdem: Durch Mitterands öffentlichen Linksruck und vor allem durch die neue Mehrheit unter Einschluß des CERES sind gute Voraussetzungen für die weitere Ausarbeitung einer erfolgversprechenden sozialistischen Strategie geschaffen worden. Was die Rechte ersehnt hat und manche Linke herbeizureden versuchen, trat nicht ein. Ein „Meilenstein“ auf dem Weg nach Godesberg¹⁶ war der Kongreß von Metz auf jeden Fall nicht — „Godesberg“ ist für den PSF eher in größere Ferne gerückt.

Österreichische Wahlen: Rechtsblock abgewehrt

Praktisch alle innenpolitischen Auguren Österreichs irrten: Bei den Nationalratswahlen am 6. Mai konnte die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) ihre Position nicht nur halten, sondern ihren Vorsprung sogar ausbauen: Ihre Wählerzahl stieg zwischen 1975 und 1979 von 50,42 auf 51,03%. Die im Wahlkampf immer deutlicher zu einem Rechtsblock zusammengeschweißten Oppositionsparteien ÖVP („christdemokratisch“) und FPÖ („national-freiheitlich“) blieben erfolglos. Die österreichische Sozialdemokratie bleibt eine internationale Besonderheit: Zum vierten Mal hintereinander konnte sie stärkste Partei werden (1970, 1971, 1975, 1979), zum dritten Mal hintereinander konnte sie ihren Vorsprung als alleinregierende Partei weiter ausbauen.

Erfolgreich praktizierter Keynesianismus

Hauptgrund für den erst in den letzten Wochen vor der Wahl erreichten Wählervorsprung war ein völlig auf die Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik abzielender Wahlkampf: Im Unterschied zu allen anderen kapitalistischen Ländern Europas konnte Österreich in den letzten Jahren sowohl die Arbeitslosenrate äußerst gering halten (sie liegt derzeit bei 2%) als auch die Inflationsrate stark senken (derzeit 3,4%). Durch eine Politik massiven Staatsingriffs stieg die Staatsverschuldung Österreichs zwar stark an, gleichzeitig wuchs aber auch die Zahl der Beschäftigten. Längst überfällige Infrastrukturmaßnahmen wurden in den letzten Jahren stark vorangetrieben (Straßenbau, Eisenbahn, Schulwesen), der große verstaatlichte Sektor, in dem ein Drittel aller Werktätigen beschäftigt sind, wurde zwar nicht grundlegend saniert – dazu hätte es einer Ausweitung in wachstumsintensive Branchen wie die Elektro- und Chemieindustrie und einer Ausdehnung in den Finalbereich bedurft – aber zumindest oberflächlich mit zusätzlichen Geldspritzen vor der „Notwendigkeit“ von Entlassungen bewahrt. Gleichzeitig wurden aber auch den Privatunternehmern Neuinvestitionen – insbesondere in strukturschwachen Gebieten – mittels großer Förderungsmittel schmackhaft gemacht. Den Höhepunkt in dieser Richtung stellen die Bemühungen der österreichischen Bundesregierung dar, möglichst viele ausländische Unternehmer in das Land des „sozialen Friedens“ zu holen. Diese Liebedienerei gegenüber den multinationalen Konzernen, die Kreisky bei zahlreichen Gelegenheiten gegen die Parteilinke verteidigte, wurde bisher weder nach Mißerfolgen wie dem geplatzen Ford-Projekt noch nach Erfahrungen mit „arbeitsplatzerhaltender“ Politik a la Ingele eingestellt. Auch wenn sich bereits die Tendenz abzeichnet, in erster Linie die arbeitende Bevölkerung zur Finanzierung der wachsenden Staatsschulden heranzuziehen

– die Einkommensrelation zwischen Selbständigen und Unselbständigen ist in den letzten Jahren praktisch gleich geblieben, obwohl die Zahl der Selbständigen ständig abnimmt. Die indirekten Steuern wachsen immer mehr zuungunsten der direkten, bei denen wiederum der Anteil aus der Lohnsteuer gegenüber dem aus der Einkommensteuer immer mehr zunimmt. Die SPÖ nahm aufgrund ihres ambivalenten Charakters eben doch Rücksicht auf ihre primäre Wähler- und Mitgliederbasis: Stetige Reallohnsteigerungen, die Ausweitung des allgemeinen Mindesturlaubs auf vier Wochen sowie die wenige Wochen vor den Wahlen durchgesetzte Ausdehnung der Abfertigungszahlungen vom Angestellten auf den Arbeiterbereich sicherten sozialpolitisch die Loyalität der arbeitenden Bevölkerung. Der Wahlkampf der SP war dann auch voll auf die Erhaltung dieses „österreichischen Weges“ mit der Symbol- und Vaterfigur Kreisky an der Spitze ausgerichtet und versuchte, zwischen Arbeitsplatzsicherung, „sozialem Frieden“ und Partei erfolgreich eine Identität zu vermitteln.

Volle Mobilisierung der SP-Anhänger

Eine nähere soziologische Untersuchung des Wahlergebnisses zeigt, daß die SPÖ den großen Erfolg weniger dem Erschließen neuer Wählerkreise verdankt, sondern dem vollständigen Ausschöpfen ihres Potentials – ganz im Gegensatz zu den vor wenigen Monaten stattgefundenen Kommunalwahlen in Wien, bei denen zehntausende Sozialdemokraten aus Protest gegen bürokratische Erstarrung der Partei und Gemeindeverwaltung daheim blieben. Im einzelnen lassen sich folgende Trends feststellen:

- In den Agrargebieten hat die SP durchschnittlich um 1–1,5% mehr gewonnen als im Bundesdurchschnitt – weniger „klassische“ Bauernstimmen als Nebenerwerbsbauern und Bauernpensionisten infolge des Strukturwandels und gezielter Sozialpolitik.
- Maximal ausgeschöpft wurde das sozialistische Potential in den Industriegemeinden, wo erstmals seit Jahren die Sozialdemokratie wieder Gewinne verzeichnete.
- Überdurchschnittlich hoch waren die SP-Gewinne auch dort, wo die Auswirkungen der Wirtschaftskrise am spürbarsten waren, etwa in strukturschwachen Abwanderungsgebieten.
- Gut war auch das Abschneiden bei den Jungwählern, deren hohes Engagement in der Anti-AKW-Bewegung Kreisky im Wahlkampf geschickt kanalisiert („Wir hatten zwar verschiedene Auffassungen in der Sachfrage, aber wir haben euch die Chance zur Volksabstimmung gegeben“)

Rechtsruck im bürgerlichen Lager

Ein Jahr vor den Wahlen war es in der sechs Prozent starken FPÖ zu einem Obmannwechsel gekommen: Der rechtsliberale Flügel mit dem früheren SS-

Mann Friedrich Peter war von einem rechtskonservativ-nationalen um Alexander Götz in der Führungsspitze zurückgedrängt worden. Götz – Grazer Bürgermeister von Gnadon der ÖVP – begann sich gleich mit markigen Aussprüchen gegen Kreisky zu profilieren („Der hat Papp im Hirn“) und erleichterte der SPÖ, im Wahlkampf die drohende fixe Rechtskoalition ÖVP–FPÖ an die Wand zu malen. Wirtschaftspolitisch hätte eine solche freilich keine grundlegende Änderung gebracht – dafür sorgt schon die in Österreich fest institutionalisierte Sozialpartnerschaft, die die eigentlichen Entscheidungen trifft. Einige Steuern wären für die Unternehmer gefallen, Arbeitsplatzzerhalt durch Staatsinvestitionen wäre aber sicher weiter groß geschrieben worden. Im „Überbaubereich“ hätte es freilich einen Klimawechsel gegeben, davon zeugten Angriffe des ÖVP-Obmanns Taus auf moderne österreichische Autoren wie Turrini und Henisch wegen „obszöner“ Literatur, kontroverielle Ankündigungen über eine geplante Abschaffung der Fristenlösung für Frauen bei ungewollter Schwangerschaft und stete FP-Angriffe auf die „Demokratisierungswut“ der SPÖ.

Die Wahlergebnisse zeigen nun die im Wahlkampf vollzogene Polarisierung und den dadurch erfolgten Rechtsruck im bürgerlichen Lager: Die ÖVP sank von 42,95 auf 41,90%. Die FPÖ stieg von 5,50 auf 6,06%, sie hat ihren Erfolg einer Sammlungsbewegung des alten deutschnationalen Lagers zu verdanken. Dies zeigen Gewinne in mittelständischen Gebieten, in Orten mit hohem Beamten- und Akademikeranteil. Bei der Niederlage der ÖVP handelt es sich nicht um eine „normale“ Wahlniederlage, wie sie etwa auch der SP 1966 widerfahren war. Die verlängerte, nunmehr neunjährige Oppositionsexistenz dieser Partei kann zu einem Ende des Dreiparteisystems in Österreich führen, ermöglicht „schwedische Zustände“. Darauf deuten erste Reaktionen in der ÖVP hin: Heftige Diskussionen um eine Aufwertung der Zentralpartei gegen die drei VP-Bünde Bauernbund, Wirtschaftsbund und Arbeiter- und Angestelltenbund.

Organisierte Linke außerhalb der SP bedeutungslos

Der 6. Mai hat auch erneut bestätigt, daß die organisierte Linke außerhalb der SP bedeutungslos geworden ist: Die Kommunistische Partei (KPÖ) fiel erstmals seit 1945 unter 1%, andere linke Gruppen wie die Troztkisten, Maoisten oder auch die nach 1968 abgespaltenen KP-Kräfte, die immerhin eine eigene Gewerkschaftsfraktion besitzen, beabsichtigten oder schafften gar keine Kandidatur. Dennoch wäre es falsch, überhaupt kein mobilisierbares Potential für die Linke zu sehen: In den letzten Jahren hat sich im Gegenteil gezeigt, daß unter den Jugendlichen – wenn auch noch beschränkt auf den Bereich der lernenden und studierenden Jugend – ein großer Teil für fortschrittliche Initiativen gerade in Konflikten mit „etablierten“ Institutionen zu gewinnen ist. Beispiele dafür sind sowohl die Anti-AKW-Bewegung als auch lokale Gegenkultur- und Umweltschutzinitiativen.

An den grundlegenden Fronten in den Klassenauseinandersetzungen wird sich auch nach dem 6. Mai nichts ändern: Erste Stellungnahmen von Bundeskanzler Kreisky, des Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) Benya und Unternehmerchef Sallinger galten dem Weiterbestehen der „bewährten“ Sozialpartnerschaft. Die Bourgeoisie wird sich mit dem SP-Sieg rasch abfinden und zu einer Doppelstrategie greifen. Während einerseits Teile des Kleinbürgertums schon im Wahlkampf zu militanten und gar nicht sozialpartnerschaftlichen Aktionen griffen wie versuchten Frächterblockaden und bereits angekündigten, dies als „außerparlamentarische Opposition“ auch weiterzuführen, werden die entscheidenden Teile des Kapitals, insbesondere auch das ausländische Kapital auf den schon bisher praktizierten Weg der Kooperation mit der Bundesregierung um den Preis des Verzichts auf antikapitalistische Maßnahmen und der Fortführung der prokapitalistischen Maßnahmen der Subventionierung und Steuererleichterung für Unternehmer setzen.

SP-Linke: Prinzip Hoffnung

Sofort nach den Wahlen haben die insbesondere in den Jugendorganisationen und im Bildungsapparat der SPÖ verankerten marxistischen Kräfte bei einer Konferenz in Wien das Wahlergebnis und die Konsequenzen darauf eingeschätzt. Innerparteilich hat der 6. Mai diejenigen Kräfte zurückgeworfen, die insgeheim mit der ÖVP spekulierten, er war ein Sieg der Kreisky-Linie des „Entweder–Oder“. Andererseits gab es in diesem Wahlkampf auch eine Personalisierung auf Kreisky wie nie zuvor, was eine demokratische Partei nicht froh stimmen sollte. Für linke Sozialisten wird es nun darum gehen, wieder programmatisch fixierte Politik durch das Einbringen des 1978 beschlossenen teilweise fortschrittlichen Parteiprogramms in die „reale“ Tagespolitik in Erinnerung zu rufen, gleichzeitig aber auch durch aktive Teilnahme am Parteileben dafür zu sorgen, daß die durch Personalisierung und Entideologisierung gekennzeichneten Parteistrukturen nicht weiter zugunsten einer auf „moderne Waschmittelwerbung“ und Umfrageergebnisse konzentrierte Politik zersetzt werden. Entscheidend für die stärkere Verankerung marxistischer Sozialdemokraten in der SPÖ und der Gesamtlinken wird aber nicht eine Profilierung als linke „Gegendenker“ sein, sondern die Fähigkeit, eine notwendige Bindegliedfunktion zwischen Initiativen und Bewegungen außerhalb traditioneller Parteistrukturen und der SPÖ darzustellen. Eine Zusammenarbeit mit organisierten anderen linken Gruppen (auch mit Kommunisten) kann sich nicht nach abstrakten Aktionseinheitsgeboten oder -verboten bestimmen, sondern nur nach deren realer Präsenz bei einzelnen Anlässen und einer punktuellen politischen Übereinstimmung. Eine fallweise Zusammenarbeit an den Hochschulen sowie bei antiimperialistischen und antifaschistischen Aktionen ist weiter sinnvoll. Nicht offen einmischen wird sich die SP-Linke in den sich sicher weiter verschärfenden Gruppenkampf der mög-

lichen Kreisky-Nachfolger. Im entscheidenden Moment wird es darum gehen, hier die Variante zu unterstützen, die größtmögliche innerparteiliche Demokratie garantiert.

Schwerpunkte: Arbeitszeitverkürzung und Einheitsschule

Das Wahlergebnis und die Weiterführung der SP-Alleinregierung bietet der SP-Linken auch die Chance, verstärkt nicht bloß zu reagieren, sondern aktiv Initiativen in die Partei zu tragen und Themen der innerparteilichen Diskussion zu bestimmen. Im Zentrum dieser von Jugendorganisationen und sozialistischen Personenkomitees zu tragenden Bemühungen werden sicher Fragen der kommenden Wirtschaftspolitik stehen, hier in erster Linie der Kampf um jeden Arbeitsplatz ohne sozialpartnerschaftliche Rücksichtnahme gegen alle Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. In diesem Zusammenhang gewinnen Diskussionen um eine weitere Arbeitszeitverkürzung, die auch die ÖGB-Führung nun nach der internationalen Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr abwürgen kann, erhöhte Bedeutung. Ob angesichts der kleingewerblichen Struktur die Einführung einer 35-Stunden-Woche oder die Einführung einer fünften Urlaubswoche erfolgversprechender sein wird, wird der Diskussion bedürfen, in die von der Linken auch verstärkt kritische Kräfte in der Fraktion der Sozialistischen Gewerkschafter einzubeziehen sind, deren Führung auch in Parteiangelegenheiten im Unterschied zur BRD immer den rechten Bremser spielt. Weiter aktuell bleiben müssen Maßnahmen zur Verringerung der hohen Einkommensunterschiede und die Einführung eines transparenteren, kontrollierbaren und gerechteren Steuersystems. Und schließlich laufen heuer die Schulversuche aus, die einer alten austromarxistischen Idee, der Einheitsschule Otto Glöckels, zum Durchbruch verhelfen sollten. Die Idee der „integrierten Gesamtschule“ ist aber längst durch Leistungsgruppenmodelle und bloße Hauptschulreformen verwässert worden. Auch an der SP-Linken wird es liegen, die ursprüngliche Idee der Einheitsschule aller Zehn- bis Vierzehnjährigen realisieren zu helfen.

Dokumentation

Aktionsprogramm '79 des DGB

Zum ersten Entwurf des Aktionsprogramms '79, der von der Kommission AKTIONSPROGRAMM vorgelegt wurde, gab es zahlreiche Änderungsvorschläge der Einzelgewerkschaften. Auf der Basis dieser Änderungsvorschläge ist der Entwurf des Aktionsprogramms '79 vom DGB Bundesvorstand in wichtigen Punkten wie der Tarifpolitik, der Arbeitszeitpolitik und der Kernenergie noch einmal verändert und in den Forderungen verschärft worden. Die dann dem Bundesausschuß des DGB vorgelegte veränderte Fassung wurde am 13.6. einstimmig und unverändert beschlossen. (Die Redaktion)

Präambel

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften setzen sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein. Sie kämpfen gegen Herrschaftsansprüche der Arbeitgeber und verteidigen die Grundlagen der Demokratie gegen alle Angriffe politischer Extremisten von rechts und links.

Die Durchsetzung der Forderungen dieses Aktionsprogramms ist ein wesentlicher Beitrag zum Ausbau und zur Festigung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Demokratie.

Recht auf Arbeit – gesicherte Arbeitsplätze

Die Vollbeschäftigung ist wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern.

Ihre Verwirklichung bedarf einer beschäftigungssichernden Wirtschafts- und Finanzpolitik und einer vorausschauenden Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. Die Bildungspolitik und die Forschungspolitik müssen auch eine beschäftigungspolitische Orientierung erhalten. Die regionale und sektorale Strukturförderung ist von ihren beschäftigungspolitischen Wirkungen abhängig zu machen.

Eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik muß auf die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen ausgerichtet sein.

Leiharbeit muß verboten werden.

Benachteiligte Personengruppen müssen mehr betriebliche und überbetriebliche Hilfen zur Verbesserung ihrer Beschäftigungschancen und zur Stabilisierung ihrer Arbeitsverhältnisse erhalten.

Rationalisierung und Automation müssen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen. Tarifvertragsparteien, Gesetzgeber und Regierung müssen sicherstellen, daß nachteilige Folgen der Rationalisierung und Automation für die Arbeitnehmer vermieden werden.

Der Kündigungsschutz ist zu verbessern.

Die Auflösung eines Arbeitsverhältnisses gegen den Willen des betroffenen Arbeitnehmers und seines Betriebsrats oder Personalrats darf nur durch ein Gerichtsurteil zulässig sein.

Wer seinen Arbeitsplatz verliert, muß eine andere angemessene Arbeitsmöglichkeit erhalten. Er hat Anspruch auf Hilfe, um sich in eine neue Tätigkeit einzuarbeiten.

Erworbene Ansprüche sind zu sichern, Lohn- und Gehaltseinbußen zu vermeiden.

Die Lohnersatzleistungen und die Anspruchsvoraussetzungen für Umschulungen und berufliche Fortbildung nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind zu verbessern.

Es ist ein besonderes Programm zu Schutze älterer Arbeitnehmer gegen negative soziale Folgen der Veränderungen in Wirtschaft und Technik zu entwickeln.

Betriebliche und überbetriebliche Pläne sind aufzustellen, um notwendige Anpassungsmaßnahmen zu treffen.

Alle Entscheidungen müssen gemeinsam mit den Betriebsräten, Personalräten und Gewerkschaften getroffen werden.

Alle Beteiligten sind stets rechtzeitig, umfassend und zutreffend über die Entwicklung am Arbeitsmarkt zu informieren.

Die Bundesanstalt für Arbeit ist durch einen Arbeitsmarktbeitrag zu finanzieren, der von allen Erwerbstätigen entsprechend der Höhe ihres Einkommens zu entrichten ist. Der auf die Arbeitnehmer entfallende Beitrag ist zur Hälfte von den Arbeitgebern zu tragen.

Ausbau der Tarifautonomie

Die Freiheit zum Abschluß von Tarifverträgen für die Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer ist zu sichern und zu erweitern. Angriffe auf die Tarifautonomie sind abzuwehren. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Aussperrung mit dem Ziel eines generellen Verbots der Aussperrung.

Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung sowie die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sind verstärkt durch Tarifverträge zu regeln.

Die Tarifvertragsparteien müssen die Möglichkeit haben, Leistungen gemeinsamer Einrichtungen oder sonstige ausdrücklich bezeichnete Leistungen nur tarifgebundenen Arbeitnehmern zu gewähren.

Die bisher außertariflichen Angestellten, die keine Arbeitgeberfunktion ausüben, sind in den Geltungsbereich der Tarifverträge einzubeziehen.

Kürzere Arbeitszeit und längerer Urlaub

Die Arbeitszeit muß bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich weiter verkürzt werden. Ziel ist die 35-Stunden-Woche. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht zu einer höheren Belastung für den einzelnen Arbeitnehmer führen.

Auch bei Schichtarbeit dürfen Arbeitnehmer höchstens 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich tätig sein.

Die freien Tage müssen aufeinander folgen, möglichst viele Sonntage müssen arbeitsfrei bleiben. Die Bestimmungen über Sonntags- und Feiertagsarbeit sind zu verbessern.

Die Möglichkeit, von Arbeitnehmern Mehrarbeit und Überstunden zu verlangen, ist einzuschränken. Entsprechend ist die Arbeitszeitordnung zu verändern.

Mehrarbeit und Überstunden einschließlich der Zuschläge sollen verstärkt durch Freizeit ausgeglichen werden.

Ein jährlicher Erholungsurlaub von mindestens 6 Wochen ist zu verwirklichen.

Für Schicht- und Nacharbeit sowie für gesundheitsgefährdende und besonders schwere Arbeiten sind zusätzliche Freizeit oder Urlaub zu vereinbaren.

Die Arbeitsbelastung für ältere Arbeitnehmer ist durch zusätzliche und bezahlte Freizeit zu verringern.

Höhere Löhne und Gehälter

Der Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der Wirtschaft muß erhöht werden, der Lebensstandard ihrer Familien steigen. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen muß auch im Arbeitsleben durchgesetzt werden.

Für gleichwertige Tätigkeit ist ein gleiches Arbeitsentgelt zu zahlen.

Betriebliche Sozialleistungen sind durch Tarifvertrag oder Gesetz zu sichern. Übertarifliche Einkommensbestandteile sind tariflich abzusichern. Allen Arbeitnehmern ist ein zusätzliches Urlaubsgeld zu zahlen.

Alle Arbeitnehmer müssen ein zusätzliches 13. Monatseinkommen erhalten.

Gerechtere Vermögensverteilung

Die Benachteiligung der Arbeitnehmer bei der Vermögensbildung ist zu beseitigen. Diesem Ziel müssen die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik entsprechen.

Die tarifpolitischen Möglichkeiten zur gesetzlichen Sparförderung sind zu nutzen.

Jede Vermögensbildung zugunsten der Arbeitnehmer muß überbetrieblich und von den Tarifparteien ausgestaltbar angelegt werden. Betriebliche Investivlohnmodelle und sie begünstigende gesetzliche Vorschriften sind abzulehnen.

Verbesserung der Steuer- und Finanzpolitik

Das Steuersystem muß vereinfacht und sozial gerechter werden und eine Umverteilung der Gesamtsteuerlast zugunsten der unteren Einkommen bringen.

Die Steuer- und Finanzpolitik muß vor allem auf die Finanzierung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben zugeschnitten sein.

Bund, Länder und Gemeinden werden zu einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik aufgefordert. Eine solche Politik muß ein qualitatives Wachstum bewirken, das gleichermaßen auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung der Lebensqualität ausgerichtet ist. Dazu sind neue Arbeitsplätze im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und vermehrte öffentliche Investitionen und Investitionshilfen zum Ausbau der Infrastruktur notwendig.

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist mit sozialstaatlichen Grundsätzen unvereinbar.

Menschengerechte Arbeit

Es müssen menschengerechte Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Technologische Entwicklungen müssen sozial beherrschbar sein und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen.

Durch Festlegung von Mindestarbeitsinhalten sind Monotonie und Einseitigkeit in den Arbeitsabläufen abzubauen.

Die Arbeitnehmer müssen vor arbeitsbedingten Krankheits- und Unfallgefahren geschützt werden. Gesundheit darf nicht gegen Geld eingetauscht werden.

Alle arbeitsbedingten Erkrankungen sind in die gesetzliche Unfallversicherung einzu beziehen. Häufigkeit und Schwere von derartigen Erkrankungen und Unfällen sind zu veröffentlichen und betriebsübergreifend auszuwerten. Die Ursachenforschung ist zu verstärken.

Gewerbeaufsicht, Technischer Aufsichtsdienst und überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren der Berufsgenossenschaften sowie die Arbeitsschutzgesetze sind weiter auszubauen.

Zur frühzeitigen Erkennung von gesundheitlichen Gefährdungen sind alle neuen Arbeitsstoffe oder entsprechende Arbeitsverfahren unverzüglich einer zentralen Meldestelle anzuzeigen und auf ihre Gesundheitsverträglichkeit hin zu überprüfen.

Der Handel ist in das Gesetz über technische Arbeitsmittel einzubeziehen.

Die Regelungen der Arbeitsstättenverordnung müssen auf alle Betriebe und Verwaltungen ausgedehnt werden.

Größere soziale Sicherheit

Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf den Schutz der Sozialversicherung.

Die Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung ist zu beseitigen.

Die Struktur der gesundheitlichen Versorgung ist zu verbessern. Die Gesundheitsvorsorge und die Krankheitsfrüherkennung sind auszubauen.

Die Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung ist zu fördern.

Für gemeinsame Aufgaben der Sozialversicherung sind Arbeitsgemeinschaften zu schaffen. Für die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ist ein gemeinsamer und unabhängiger sozialärztlicher Dienst einzurichten.

Der Mutterschutz muß verbessert werden. Nach Ablauf der Mutterschutzfrist ist ein Sonderurlaub von 18 Monaten für die Mutter oder den Vater zu gewähren. Hierfür ist ein Entgelt aus öffentlichen Mitteln zu zahlen.

Für alle Kinder ist ein ausreichendes Kindergeld zu gewähren, das jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung angepaßt wird.

Bessere Alterssicherung

Jedem ist die Möglichkeit zu geben, mit Vollendung des 60. Lebensjahres aus dem Arbeitsleben auszuscheiden.

Die Altersversorgung muß ausreichen, den erreichten Lebensstandard zu sichern. Die bruttolohnbezogene Rente muß erhalten bleiben.

Die Grundlagen für die Rentenberechnung in den verschiedenen Altersversorgungssystemen sind fortschrittlich zu harmonisieren.

Die Rentenansprüche dürfen bei einer vorzeitigen Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden.

Der eigenständige Renten- bzw. Pensionsanspruch der Frau muß ausgebaut werden.

Bei der Bemessung des Rentenanspruchs sind Zeiten der Kindererziehung und der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen angemessen zu berücksichtigen.

Das Rentenrecht für Hinterbliebene ist neu zu ordnen. Die Rentenleistungen müssen ausreichen, um den gemeinsam erreichten Lebensstandard auch für den hinterbliebenen Ehepartner zu sichern.

Die von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Rentenansprüche sind durch internationale Vereinbarungen zu sichern.

Fortentwicklung des Arbeits- und Dienstrechts

Ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch ist zu schaffen. Es muß der Fortentwicklung der Demokratie und des sozialen Rechtsstaates dienen und die Gestaltungsmöglichkeiten der Tarifvertragsparteien erweitern.

Alle noch bestehenden arbeits- und sozialrechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sind zu beseitigen.

Für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist ein nach einheitlichen Grundsätzen gestaltetes Personalrecht zu schaffen. Dies darf nicht mehr nach den herkömmlichen Beschäftigtengruppen in Angestellte, Arbeiter und Beamte unterscheiden. Zunächst werden die Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten einheitlich tarifvertraglich geregelt.

Mehr Mitbestimmung

Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben und in der Gesamtwirtschaft muß die politische Demokratie ergänzen.

Volle Mitbestimmung ist auch in Medien-, Wissenschafts-, Bildungs- und Kultureinrichtungen durchzusetzen.

Alle Großunternehmen müssen Arbeitsdirektoren und paritätisch besetzte Aufsichtsorgane erhalten.

In allen technisch selbständigen Werksgruppen und Betriebsabteilungen der Großunternehmen sind Beiräte und Direktorien zu bilden, die der Mitbestimmung unterliegen.

Im Rahmen der Mitbestimmung sind Sonderrechte für leitende Angestellte nicht gerechtfertigt. Die Versuche, Sprecherausschüsse für leitende Angestellte in der Betriebsverfassung zu verankern, müssen abgewehrt werden.

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind für multinationale Unternehmen paritätisch besetzte Aufsichtsorgane vorzuschreiben.

Auch in den Unternehmen der öffentlichen Hand sind paritätisch besetzte Aufsichtsorgane einzureichten. Die Verantwortlichkeit der parlamentarischen Körperschaften ist zu wahren.

Betriebsräte und Personalräte müssen bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personalen Entscheidungen — einschließlich der Personalplanung, Organisation und Personalinformationssysteme — mitbestimmen.

Die Rechte der Gewerkschaften in Betrieben und Verwaltungen sind zu erweitern.

Die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich ist zu verwirklichen. Dazu sind in Bund und Ländern sowie auf regionaler Ebene paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten.

Unabhängige Medien

Das öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem ist zu sichern und weiterzuentwickeln.

Allen Bestrebungen, rein wirtschaftlichen Zwecken dienende Programme zuzulassen, ist entschieden entgegenzutreten. Die Programmverantwortung für neue Medien, soweit sie unter den Rundfunkbegriff fallen, ist den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu übertragen.

Als Netzträger für die neuen Medien kommt nur die Deutsche Bundespost in Frage.

Gleiche Bildungschancen und bessere Berufsbildung

Kindern ab 3 Jahren müssen Kindergartenplätze oder Plätze in Kindertagesstätten zur Verfügung stehen.

Durch mehr Ganztagschulen sind günstigere Lernbedingungen für Schüler aller Schulformen zu schaffen. Die Fünf-Tage-Woche für alle Schüler ist generell einzuführen.

In allen Bundesländern ist die Vollzeiterschulpflicht auf 11 Jahre unter Einbeziehung eines Berufsgrundbildungsjahres auszudehnen.

Alle für Jungen und Mädchen unterschiedlichen Bildungspläne und Stundentafeln sind zu beseitigen.

Die integrierte Gesamtschule ist als Regelschule in allen Bundesländern einzuführen. Die Oberstufe unseres Schulsystems soll sowohl einen Berufsabschluß als auch die Studienberechtigung vermitteln. Deshalb sind die Unterrichtsangebote an beruflichen Schulen und gymnasialen Oberstufen zu ergänzen und die unterschiedlichen Schularten in Schulzentren zusammenfassen.

Kindern ausländischer Arbeitnehmer ist durch besondere Förderungsmaßnahmen die Teilnahme am normalen Unterricht zu ermöglichen, um auch für sie gleiche Bildungschancen zu schaffen.

Alle Jugendlichen müssen nach Eignung, Neigung und Zukunftschancen einen qualifizierten Ausbildungsberuf wählen können. Daher ist das Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen auszubauen. Die Ausbildung von Mädchen und Frauen in technischen Berufen ist besonders zu fördern.

Die Ausbildungsbedingungen in den Betrieben und in den beruflichen Schulen sind zu verbessern und aufeinander abzustimmen. Der theoretische Unterricht ist mindestens um einen zweiten Berufsschultag zu erweitern.

Eine Verbesserung der Qualität der Berufsbildung sowie die Mitbestimmung der Gewerkschaften sind durch Gesetz und Tarifvertrag anzustreben. Alle Unternehmen und Verwaltungen sind an der Finanzierung der Berufsausbildung zu beteiligen.

Die Hochschulen müssen ihre Lehre reformieren. Notwendig ist eine Studienreform, die den Studierenden Praxisbezug vermittelt. Bei der Studienreform ist die Mitwirkung der Gewerkschaften zu verstärken.

Arbeitnehmer müssen die Möglichkeiten erhalten, Schul- und Hochschulabschlüsse nachzuholen. Berufliche Erfahrungen sind anzurechnen.

Der Anspruch auf berufliche Fortbildung und Umschulung bei Sicherung des bisherigen Lohnes oder Gehaltes muß verwirklicht werden. Die Eingliederungsmaßnahmen für Frauen in das Erwerbsleben sind zu verbessern.

Der Weiterbildungsbereich muß systematisch ausgebaut werden. Dazu ist ein bezahlter Bildungsurlaub einzuführen.

Soziales Miet- und Bodenrecht

Ein sozialverpflichtetes Bodenrecht muß die Spekulation verhindern.

Die Überführung der sozialen Wohnungswirtschaft in ein System der freien Marktwirtschaft muß verhindert werden.

Der soziale Wohnungsbau muß stärker und stetiger als bisher gefördert werden und der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung dienen. Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien sind dabei angemessen zu berücksichtigen.

Die soziale Bindung öffentlich geförderter Wohnungen muß bestehen bleiben. Der Mieterschutz ist in seiner bewährten Form aufrechtzuerhalten.

Durch Stadtanierung, Wohnungsmodernisierung, Wohnumfeldverbesserung und weitere stadtplanerische Maßnahmen sowie den Bau und Betrieb von modernen Systemen des öffentlichen Personennahverkehrs muß die Verschlechterung der Lebensbedingungen in allen Ballungsgebieten verhindert und der Verödung der Innenstädte entgegengewirkt werden. Dies darf aber nicht auf Kosten des ländlichen, strukturschwachen Raumes erfolgen.

Umweltschutz

Die Verschmutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt ist aufzuhalten und rückgängig zu machen.

Die Qualität der Luft ist durch Einhaltung medizinisch gesicherter Grenzwerte und Luftreinhaltepläne zu verbessern.

Der Verschmutzung der Seen und Gewässer ist durch den verstärkten Bau von Abwasserreinigungsanlagen entgegenzuwirken. Die Finanzierung ist auch durch eine Abwasserabgabe sicherzustellen.

Der Lärm am Arbeitsplatz und der Verkehrslärm sind durch aktive und passive Schallschutzmaßnahmen und wirksame Planungsrichtwerte zu bekämpfen.

Für die Beseitigung von Umweltschäden gilt das Verursacherprinzip.

Verstöße gegen Umweltvorschriften sind streng zu ahnden.

Sichere Energieversorgung

Eine an der Verbesserung der Lebensqualität orientierte aktive Wachstumspolitik muß durch eine ausreichende Energieversorgung gewährleistet werden. Das erfordert eine in die Gesamtwirtschaft eingebettete energiewirtschaftliche Planung.

Umweltfreundliche Energieträger müssen verstärkt erforscht und genutzt werden. Bestehende Energieträger müssen besser genutzt werden. Die Anstrengungen zur Energieeinsparung sind auch durch Wiederverwendung schon benutzter Rohstoffe zu intensivieren.

Der Einsatz einheimischer Kohle zur Deckung des Strombedarfs ist auszuweiten.

Auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke kann nach dem heutigen Erkenntnisstand nicht verzichtet werden.

Wenn auf die Verwendung und den weiteren Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten auf Kernenergiebasis gegenwärtig nicht verzichtet werden kann, ist dabei die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbetrieb und bei der Entsorgung zu gewährleisten.

Auf die Nutzung von Kernenergie muß verzichtet werden, wenn sich nach einer erneuten gewissenhaften Überprüfung beim Reaktorbetrieb herausstellen sollte, daß die Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Für diesen Fall ist eine internationale Vereinbarung anzustreben.

Die Kernenergiewirtschaft muß verpflichtet werden, unverzüglich ein sicheres und wirtschaftliches Entsorgungskonzept vorzulegen, dessen Kosten grundsätzlich nicht die öffentlichen Haushalte belasten dürfen. Eine zeitweilige Zwischenlagerung von Kernbrennstoffen ist vertretbar. Die politischen Instanzen müssen ein Entsorgungskonzept alsbald realisieren.

Buchbesprechungen

Johannes H. v. Heiseler u. a., *Jugendliche im Großbetrieb — Studie zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein arbeitender Jugendlicher*, Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF). Frankfurt a.M. 1978 (268 S., DM 20,—)

Die zentrale Fragestellung der Studie ist, „auf welchem Wege und in welchen Formen sich heute bei den arbeitenden Jugendlichen in der Bundesrepublik Elemente von Klassenbewußtsein herausbilden“ (5). Die Kategorien, die zur Bestimmung von gesellschaftlichem Bewußtsein arbeitender Jugendlicher verwandt werden, wurden im allgemeinen auf früheren Konferenzen des IMSF schon mehrfach entwickelt. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Kategorien „entwickeltes Klassenbewußtsein“ als politischem Bewußtsein der „Klasse für sich“ und spontan sich herausbildende Bewußtseinsformen, das „gewerkschaftliche Bewußtsein“ als Keimform des politischen Klassenbewußtseins. Die Autoren sehen zwischen politischem und gewerkschaftlichem Bewußtsein qualitative Unterschiede, wobei das politische Klassenbewußtsein auf den Einsichten des wissenschaftlichen Sozialismus gründet.

Dem Buch liegt zugrunde eine 1976 durchgeführte Befragung von 104 Lehrlingen, jungen Arbeitern und jungen Angestellten, die in einem chemischen Konzernbetrieb am Rhein arbeiteten und in einer von diesem Konzern beherrschten Stadt wohnten. Die Studie thematisiert die vier Bereiche: Ausbildung und Lehrstellenmangel, Lohn- und Einkommensverhältnisse, Macht- und Autoritätsverhältnisse, Entlassungen und Arbeitslosigkeit. In jedem dieser Bereiche werden nun auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene die Einstellungen und die eventuelle Handlungsbereitschaft der Befragten erfaßt.

Auffallend ist, daß sich nur eine Minderheit ein annäherndes Bild von dem Ausmaß der Vermögenskonzentration in der BRD machen konnte — und das bei einer Gruppe, die sonst in anderen Fragen überraschend fortschrittlich antwortet. Bemerkenswert erscheint ferner, welcher markante Einschnitt in der Entwicklung von Einstellungen das Ende der Lehrzeit bildet — die nur um wenig älteren, zum Teil auch gleichaltrigen jungen Arbeiter und Angestellten zeigen sich in vielen Fragen deutlich kritischer als die Lehrlinge. In der Lehrzeit bildet die neben dem Lohnarbeitsverhältnis bestimmende Ausbildungssituation offensichtlich den Ansatzpunkt für viele Illusionen und Hemmnisse. Die zum Teil sehr widersprüchlichen Bewußtseinsstrukturen werden in der Studie als wichtige Entwicklungsformen im Prozeß der Bildung von Klassenbewußtsein betrachtet. Das Bewußtsein des Lohnarbeiters wird aufgefaßt als notwendig widersprüchlich in seiner wirklich widersprüchlichen gesellschaftlichen Lage.

Geht man davon aus, daß das gesellschaftliche Bewußtsein von Lohnarbeitern zunächst und elementar widersprüchlich ist, so überrascht auch nicht mehr die fast einhellige Zustimmung zu sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen bei Befragten, unter denen andererseits große Mehrheiten eher sozialistische Lösungen ihrer Alltagsprobleme befürworten. Überdies sind diese Befragten in hohem Maße bereit, notfalls durch Aktionen (Arbeitsniederlegungen, Unterschriftensammlung, Demonstration, usw.) für ihre Interessen einzutreten. Die Aktionsbereitschaft ist aber stets auf überbetrieblicher Ebene schwächer ausgeprägt als dann, wenn es um betriebliche Belange geht. Die Untersuchung geht auch auf die Frage ein, wie die Widersprüche im Bewußtsein progressiv aufgelöst werden können. In der Studie heißt es dazu, daß diese Auflösung einerseits durch Zufuhr von Bildungselementen im weitesten Sinne, andererseits durch die Begegnung mit praktischen Kämpfen und Auseinandersetzungen erfolgen kann (227). In praktischen Kämpfen drängt die objektive Situation zur Parteinahme für die eine oder andere Seite — das widerspruchsvolle Nebeneinander von diffuser Gesellschaftskritik und spontaner Illusion drängt zur Auflösung.

Das Buch endet mit einem Abschnitt zum Sozialismus-Bild und DDR-Bild der Befragten. Überraschend sind die starken Sympathien für den Sozialismus im allgemeinen, das bei vielen Befragten offenbar sehr positive Sozialismus-Bild. Aber zwischen Sozialismus-Bild und DDR-Bild besteht nach den Ergebnissen der Untersuchung nur in Teilbereichen eine gewisse Parallelität. Gerade in der zentralen Frage der Einschätzung der politischen Herrschaftsverhältnisse weichen beide stark voneinander ab. So meint die relativ und absolut größte Gruppe unter den Befragten, daß die Feststellung, daß die Arbeiter die Macht hätten, zwar für den Sozialismus, aber nicht für die DDR zutreffe. Der Autor führt das einmal darauf zurück, daß diese Frage ein Punkt ist, „wo die gesamte Beeinflussung durch die etablierten meinungsformenden Einrichtungen besonders stark ist und wo selbst viele progressive Personen in diesem Punkt mit rückschrittlichen Positionen konform gehen“ (198). Zweitens wird mit der Projektion von Erfahrungen, die mit den Herrschaftsverhältnissen im Kapitalismus gemacht werden, auf die DDR, ihr „das gleiche Schema übergestülpt wie der kapitalistischen hier: Die Formen der politischen Herrschaft des Kapitals erscheinen als ewige“ (ebd.). Insbesondere die Ergebnisse im Abschnitt über das Gesellschaftsbild zu den sozialpartnerschaftlich orientierten Vorstellungen, die unter den jugendlichen Arbeitern und Angestellten wirksam sind, verlangen geradezu sowohl nach weiteren empirischen Studien wie nach einer Weiterführung der theoretischen Überlegungen. Wer versucht, sozialistische Politik in der Alltagspraxis zu betreiben, weiß, wie relevant hier Gesellschaftswissenschaft für die politische Praxis ist.

Dieter Dehm (Frankfurt a. M.)

Alfred Georg Frei: *Antonio Gramsci – Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus, DVK, Berlin (West) 1978 (42 S., DM 3,-)*

Die Broschüre von Alfred Georg Frei gibt trotz ihrer Kürze einen nützlichen ersten Überblick über zentrale Aussagen des theoretischen Werks Antonio Gramscis, des zweifellos bedeutendsten italienischen Marxisten und Kommunisten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Zum Nutzen der Broschüre, auch für Schulungszwecke, trägt neben der beigefügten Bibliographie die gründliche Verarbeitung der vor allem in den letzten Jahren sprunghaft angewachsenen Gramsci-Literatur innerhalb der westeuropäischen Linken bei. Daß Frei hierzu außer die in deutscher Übersetzung vorliegenden Texte vorwiegend die französische und weniger die italienische Diskussion berücksichtigt, wird man ihm angesichts des hierzulande noch immer in den Anfängen steckenden Stands der Gramsci-Rezeption und des Einstiegscharakters seiner Arbeit ebenso wenig vorwerfen können wie den Umstand, daß er sich auf einzelne wesentliche Aspekte seines Werks, wie das Hegemoniekonzept und die Strategie des „Stellungskriegs“ in den westlichen Industrieländern beschränkt. Das Hauptproblem einer seriösen Aufarbeitung des theoretischen Werks von Antonio Gramsci – nämlich das Vorliegen einer leicht zugänglichen deutschen Übersetzung – wird sich wohl erst lösen, wenn die seit Jahren angekündigte vierbändige Werksgabe des Suhrkamp-Verlags endlich erscheint. Bis dahin muß die nur noch in Bibliotheken greifbare Anthologie von Christian Riechers (Antonio Gramsci-Philosophie der Praxis, Frankfurt 1967) weiterhin ihre Lückenbüßerfunktion erfüllen. Eine sehr gute Einführung gibt neuerdings auch die Biographie von Giuseppe Fiori, das Leben des Antonio Gramsci, deutsch: Rotbuch-Verlag, Berlin (West) 1979.

Ein Verdienst hat sich mit der Herausgabe dieser Broschüre auch die „Demokratische Verlagskooperative“ der Berliner Genossen erworben. Sie kann nicht nur für sich in Anspruch nehmen, als erster sozialdemokratisch orientierter Verlag überhaupt das „Thema Gramsci“ entdeckt zu haben. Hinz kommt ein weiteres: Gerade in einer Phase, in der marxistische Sozialdemokraten nicht zuletzt angeregt durch die „Herforder Thesen“ wieder auf die eminente Bedeutung des Werkes von Otto Bauer und allgemeiner des Austromarxismus für ihre eigene theoretische Positionsbestimmung aufmerksam werden, ist es umso notwendiger und wünschenswerter, sich mit den nicht zufällig zeitgleichen neuen Ansätzen im Marxismus des anderen, kommunistischen Teils der internationalen Arbeiterbewegung vertraut zu machen. Daß beides, die Wiederentdeckung des Austromarxismus wie die Auseinandersetzung mit den fortgeschrittensten marxistischen Positionen der kommunistischen Bewegung, nicht als museale Beschäftigung mit der Vergangenheit, sondern als Hinterfragung und Handlungsanleitung zugleich für unseren Standort in der heutigen Arbeiter-

bewegung gemeint ist, braucht in dieser Zeitschrift wohl nicht eigens begründet zu werden.

Abschließend sei noch auf einen Kritikpunkt verwiesen: Wir müssen uns bei aller Bereitschaft, die von Gramsci entscheidend weiterentwickelten Kategorien der Hegemonie des jeweils herrschenden „sozialen Blocks“ wie seines Bestehens auf dem Erfordernis einer marxistischen Theorie der Politik im engeren Sinne unsererseits für die heutigen Verhältnisse fruchtbar zu machen, dennoch davor hüten, diese Begriffe lediglich mechanistisch als Erklärungsmuster für Oberflächenerscheinungen der politischen Klassenkämpfe zu verwenden. Ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte, liefert Frei im Schlußabschnitt seiner Arbeit, wenn er auf jeweils ein bis zwei Seiten die gesamte Strategie des „historischen Kompromisses“ in Italien für illusionär erklärt, den linken Flügel der Sozialisten zu den konsequentesten Erben Gramscis in der französischen Arbeiterbewegung macht und endlich die Linke in der Bundesrepublik pauschal als desolat bezeichnet. Solches Vorgehen, auch wenn es sich mit Gramscis Begriffen kleidet, entspricht gerade nicht seinem wichtigsten theoretischen Hinweis, das Ringen um die politische Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf einer differenzierten, „feingliedrigen“ oder „molekularen“ Strategie zur revolutionären Umgestaltung der alten Gesellschaft in all ihren Verästelungen aufzubauen.

Detlev Albers (Bremen)

Rezension

IMSF (Hrsg.), DGB wohin? – Dokumente zur Programmdiskussion. Nachrichten-Verlag, Frankfurt a.M. 1978 (280 S., DM 14,80)

Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) hat die Reihe der von ihm herausgegebenen Materialsammlungen im vergangenen Jahr mit einer Dokumentation gewerkschaftlicher Beschlüsse und Reden fortgesetzt. Die Materialsammlung enthält neben einer Einleitung von Frank Deppe und neben den beiden DGB-Grundsatzprogrammen von 1949 und 1963, dem jüngsten Aktionsprogramm von 1972 sowie neben einigen Beschlüssen zur laufenden Programmdiskussion aus den beiden vergangenen Jahren Materialien zu fünf Themenkreisen.

Der Themenkreis „Grundsätzliches zur Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik“ enthält Texte zu Form (Frage der Einheitsgewerkschaft) und Funktion (vor allem zu den Problemen Autonomie und Integration, Ordnungsfaktor und Gegenmacht, Schutzfunktion und Gestaltungsfunktion) der westdeutschen Gewerkschaften, der Themenkreis „Soziale Sicherheit“ solche zur Tarifpolitik – u.a. den Fragen Arbeitslohn und Krise, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit – und Sozialpolitik. Der Themenkreis „Gesellschaftspolitik“ faßt Texte zusammen, die Mitbestimmung – insbesondere die mittlerweile im wesentlichen

gescheiterte Unternehmerklage gegen das Mitbestimmungsgesetz aus dem Jahr 1976 — , Verstaatlichung und Bildungspolitik betreffen, wobei das Fehlen der 23 hochschulpolitischen Thesen des Deutschen Gewerkschaftsbundes negativ auffällt. Der Themenkreis „Verteidigung der Demokratie — mehr Recht“ vereint Texte gegen den Abbau demokratischer Rechte in Betrieb (insbesondere gegen ein Verbändegesetz und für das Verbot der Aussperrung) und Gesellschaft, vor allem gegen den unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung betriebenen Grundrechtsabbau. Der letzte und magerste Themenkreis „Internationales“ enthält einige Materialien, die den Standpunkt des DGB zu Fragen der Atombewaffnung, der Abrüstung, der Ostpolitik und der Entwicklungspolitik verdeutlichen.

Die teils aus den fünfziger und sechziger Jahren, meist aber aus den siebziger Jahren stammenden Texte sind den Protokollen verschiedener Kongresse des DGB, seiner Einzelgewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend sowie diversen Zeitschriften („Quelle“, „Solidarität“, „Gewerkschaftliche Monatshefte“ und „Neue Gesellschaft“) und Zeitungen — von der Welt der Arbeit bis zur Deutschen Volkszeitung — entnommen. Diese Beispiele zeigen, daß die einzelnen Texte ein großes Spektrum mit sehr verschiedenen Positionen abdecken. Da diese Texte anderweitig nur schwierig zusammenzutragen sein dürften, stellt die Textsammlung eine nützliche erste Information über eine gewerkschaftliche Position zu den genannten Themenkreisen dar. Zu vermissen sind Rubriken etwa zu Kernenergie oder auch Vermögensbildung, wo manche Positionen zu den wiedergegebenen im Widerspruch stehen. Die gewerkschaftliche Beschluslage im Vorfeld des neuen Grundsatzprogramms ist zu harmonisch dargestellt. Das Anliegen des IMSF, „aus dem für eine Einheitsgewerkschaft selbstverständlichen Prozeß und breiten Sprktrum der Diskussion eine Entwicklung programmatischer Aussagen sichtbar zu machen. Eine Entwicklung in der dreißigjährigen Geschichte des DGB, die sich in Bemühungen um eine den realen ökonomischen und politischen Interessen der arbeitenden Menschen gerecht werdende gewerkschaftliche Politik und Programmatik ausdrückt“ (7), wird damit nur teilweise eingelöst. Die kontroverse gewerkschaftliche Diskussion kann ohne die nicht dokumentierten Positionen und Themenbereiche nicht richtig verstanden werden.

Die von Frank Deppe verfasste Einleitung versucht in fünf Abschnitten an die Texte heranzuführen. Im ersten Abschnitt führt Deppe die inzwischen weiter ausgedehnte Verzögerung der nun immerhin schon seit dem Jahr 1975 andauernde und nach neueren Äußerungen Heinz Oskar Veters bis mindestens ins Jahr 1981 noch andauernde Programmdiskussion erstens auf die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsführung, die aktuelle ökonomische Krise programmatisch zu verarbeiten, und zweitens auf die unzureichende Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder zurück (9f.). Weniger unproblematisch ist die folgende Aussage, daß „die schwere wirtschaftliche und politische Krise des kapitalisti-

schen Systems ... einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung dieses Systems seit mehr als drei Jahrzehnten bedeutet, und die ... nur den Auftakt einer längeren Periode zugespitzter wirtschaftlicher und sozialer Widersprüche bildet.“ (10) Deppe weist zu Recht auf die Notwendigkeit hin, die Auswirkung der Massenarbeitslosigkeit und der neuen Technologien auf verwirklichte und liche Schutzfunktion und die Auswirkung der Angriffe auf derwirklichte und noch zu verwirklichende Forderungen wie die Mitbestimmung auf die gewerkschaftliche Gestaltungsfunktion zu berücksichtigen (vgl. 10f.). Zu kurz greift aber ein Anspruch, der vom neuen Grundsatzprogramm in strategischer Hinsicht lediglich verlangt, „daß es eine klare und positive Antwort auf die Frage nach den Möglichkeiten und Mitteln zur Überwindung der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems im Interesse der Lohnabhängigen gibt.“ (31) Von einem zukünftigen Grundsatzprogramm müßte, wenn man von einer wiederum zwischen zehn und zwanzig Jahren liegenden Geltungsdauer und vom Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgeht, zudem verlangt werden, daß es auch auf die Frage nach Möglichkeiten und Mitteln gewerkschaftlicher Politik jenseits der aktuellen Krise antwortet. Ein gewerkschaftliches Grundsatzprogramm sollte weder nur die Krise, noch lediglich den Boom zur Grundlage der Strategie machen, sondern den ganzen Zyklus. Nachdem das Gewerkschaftsprogramm der Wirtschaftsdemokratie ausgangs der zwanziger Jahre auch daran scheiterte, daß es die Möglichkeit der Krise schlicht vergaß und nachdem das Grundsatzprogramm der Neuordnung anfangs der fünfziger Jahre u.a. daran scheiterte, daß es ausschließlich auf eine Krise hoffte, ist dies unerläßlich. Dies auch dann, wenn man eine lange Periode der Depression erwartet.

Nicht zugestimmt werden kann Deppes Aussagen zum Charakter der innerhalb der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder existierenden Strömungen. „Die Einheitsgewerkschaft umfaßt verschiedene weltanschauliche und politische Strömungen in der Arbeiterbewegung. Die einflußreichste dieser Strömungen orientiert sich an der SPD, wobei auch innerhalb der Gewerkschaften der Konflikt zwischen den beiden Grundströmungen in der SPD – der Linie einer an den Interessen der Lohnabhängigen orientierten Reformpolitik und der vorherrschenden Linie einer Integrationspolitik, die die 'Arbeitnehmerpolitik' dem Ziel der Sicherung und des Ausbaus der bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie der 'Partnerschaft von Kapital und Arbeit' unterordnet – ausgetragen wird.“ (11) Diese von Jürgen Harrer (vgl. ders., Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 19. Jg., H 6, Köln 1974, S. 569–581) vor einigen Jahren entwickelte und mittlerweile von Georg Fülberth (vgl. ders. und Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt und Neuwied 1974), Frank Deppe und leider auch Wolfgang Abendroth (vgl. ders., Die Europa-Wahlen und die gegenwärtige Funktion der westdeutschen Sozialdemokratie, in: Blätter für deutsche und internationale

Politik, 24. Jg., H 4, Köln 1979, S. 403—417) sowie weiteren Vertretern der Marburger Schule ohne grundlegende Korrektur übernommene Typologie der deutschen Sozialdemokratie kennt keine marxistische Strömung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der heutigen Zeit mehr. Gäbe es diese marxistische Strömung tatsächlich nicht, dann existierten auch weder „Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD.“, noch eine „Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft. SPW.“.

Im zweiten Abschnitt seiner Einleitung versucht der Verfasser, einen sehr kurzen Überblick über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Grundsatzprogramme seit Mitte der ersten deutschen Republik zu geben. Dieser Überblick fordert in seiner teilweise sicherlich zwangsläufig verkürzenden Darstellung zur Auseinandersetzung heraus. Einige Fragen sollen die Richtung einer solchen Auseinandersetzung skizzieren, die ausführlicher als in einer Rezension möglichst historisch detailliert geführt werden müsste. Ist das Programm der Wirtschaftsdemokratie aus dem Jahr 1928 nur wegen seiner Fixierung auf Parlament und SPD und wegen seiner Hoffnung auf einen Kapitalismus ohne relevante Krise kein Versuch eines eigenständigen gewerkschaftlichen Programms mehr? Ist es nicht so, daß das Programm der Neuordnung aus dem Jahr 1949 eine „antikapitalistische Antwort“ auf Faschismus und Nachkriegskrise nicht nur geben „wollte“ (14), sondern mit der im Programm der Wirtschaftsdemokratie letztlich fehlenden Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, nach Mitbestimmung auch auf der Betriebsebene — die gleichfalls im Programm der Wirtschaftsdemokratie als Forderung fehlte — und nach zentraler Planung tatsächlich gab?

Im dritten und vierten Abschnitt seiner Einleitung skizziert Deppe dann einige bei der Diskussion um das neue Programm zu berücksichtigende Erfahrungen seit Mitte der sechziger Jahre und seit Anfang der siebziger Jahre. Im letzten Abschnitt versucht er vier Forderungen zu formulieren, denen dieses Programm genügen sollte. Die Forderung nach einer Integration von Aktionsprogramm und Grundsatzprogramm erscheint dabei am wenigsten überzeugend und ist zwischenzeitlich auch durch den Beschluß eines Aktionsprogramms überholt.

Die drei anderen Forderungen, Mittel zur Überwindung der Krise zu benennen, Interessen der Lohnabhängigen und „Kampferfahrungen (warum nur 'des aktiven Kerns ...?')“ ... der Gewerkschafter“ (31) zu berücksichtigen und neben Zielen auch Wege, „Durchsetzungsbedingungen und -möglichkeiten“ (ebd.) anzugeben, dürften allgemein akzeptiert werden können. Die durch alle Abschnitte sich ziehende Forderung nach einer „autonomen“ (12, 13, 20, 25, 27, 29) gewerkschaftlichen Politik, auf deren Definition durch Frank Deppe (vgl. ders., *Autonomie und Integration*, Marburg 1979) demnächst hier ausführlich eingegangen werden soll, dürfte insgesamt sicherlich weniger breit akzeptiert werden.

Hans Willi Weizen (Berlin/West)



DVK - VERLAG GmbH

Postfach 1231
1000 Berlin 47
Tel. 030/601 72 92

Konten:
Postscheckamt Berlin West 393 90-103
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin 2513097 602

Buchankündigung

Alfred Goorg Frei - Antonio Gramsci
Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus
dvk Verlag GmbH, Postfach 1231, Berlin 47, 42 Seiten, 3,- DM. (Reihe Positionen der Jungsozialisten, Heft 4)

Die Broschüre, die in der nächsten Ausgabe von SPW von Detlev Albers inhaltlich besprochen werden soll, stellt in ihrem zentralen Teil die Gramsci'schen Thesen zum Übergang zum Sozialismus unter den Bedingungen einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft sowie zum Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Staat zur Diskussion. Daran anschließend geht Frei auf die „Organisationsfrage“ bei Gramsci ein, das heißt auf das Verhältnis von Rätebewegung und Gewerkschaften und auf parteitheoretische Fragen. Schließlich wird „Gramsci's Erbe“ in der Kommunistischen Partei Italiens sowie in der Diskussion der westeuropäischen Linken untersucht. Die Broschüre ist mit ausführlichen Anmerkungen und Literaturhinweisen versehen, die ein Weiterstudium erlauben.

Bücher über reaktionäre Politik zum Kennenlernen

PDI

Bücherpaket
statt
DM 30.-

(nur
gegen
Vorein-
sendung
des Betrages
in Briefmarken
oder Scheck)

zum
PDI-Kennlernpreis
von
DM **10,-**
inkl. Porto
6 Taschenbücher
zum Preis
von 2!

- PDI 14: Pro und Kontra Ministerpräsidentenerlaß
 - Die Bannbulle aus Münster
 - Engelmann: Schwarzbuch III
 - Wallraff: Die Aufdeckung einer Verschwörung
 - Itzfeldt: Meinungsfreiheit oder Schwarzfunk?
 - Sonderheft 7: Alfred Seidl
- Bestellung Bücherpaket an:

Pressedienst Demokratische Initiative
Münzstraße 3 8000 München 2

'79 Auf Tournee:

JUAN MIRANDA

WAZ: „Wenn Juan Miranda singt, ist das mehr, als die Aneinanderreihung von Akkorden und Melodien - es ist die musikalische Aufbereitung eines der traurigsten Kapitel der chilenischen Geschichte ...“

LERRYN

die Zeit: (über die LP „Goya malt Karl IV.“ mit Albert Mangelsdorff, Manfred Schoof u. a.) „Hervorragend! Diese Schallplatte ist einzigartig in der Liedermacher-Literatur - und dies gleichermaßen durch die Qualität der Musik und ihre Interpretation, und durch die ungewöhnlichen Texte ... Lerryn gelingt ein neuer Ton.“ (bei Zweitausendeins)

SWING GIPSY ROSE

Zigeunerjazz
Jetzt schon buchen! (und Gesamtprospekt anfordern) bei: Kulturinitiative e. V., Humboldtstr. 86, 6 Frankfurt/M. 1

Autorenverzeichnis

Detlev Albers, vgl. spw 2

Hans-Dieter Bamberg, geb. 1942; Berufsausbildung als kaufmännischer Angestellter, ZBW, Dipl.-Politologe. Veröffentlichungen zu Rechtsradikalismus und Konservatismus sowie zum Verhältnis von Hochschule und Gewerkschaften. Mitglied der SPD und der Gewerkschaft HBV, Referent der Hans-Böckler-Stiftung des DGB.

Heinz Beinert, geb. 1929; Angestellter. Redakteur des „Blickpunkt“ und der „spw“, Mitglied der SPD und des Marxistischen Arbeitskreises (MAK) in der SPD Berlin sowie der SJD – Die Falken

Rainer Christ, geb. 1953; Studium der Soziologie und Magisterabschluß an der Universität Mainz. Z.Z. Zivildienstleistender, Zeitschriftenveröffentlichungen zu Hochschulpolitik. Mitglied der SPD, der ÖTV, der DFG-VK; Unterbezirksvorsitzender der Jungsozialisten in Mainz

Dieter Dehm, geb. 1950, Diplompädagoge, Liedermacher (Künstlername: Lerryn), Vorsitzender der Kulturinitiativ

sitzender der Kulturinitiative Frankfurt, Mitglied der SPD seit 1965, Mitglied der IG Druck und Papier, Mitglied der SJD (Die Falken) bis 1977, Vorsitzender der Falken

Alfred Georg Frei, geb. 1954; Student der Geschichte und der Politischen Wissenschaft an der Universität Konstanz. Veröffentlichung: *Antonio Gramsci – Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus* (1978), Mitglied der SPD und der ÖTV sowie des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Konstanz

Joachim Günther, vgl. spw 3

Mechtild Jansen, geb. 1952; Studentin der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen. Wichtigste Veröffentlichung: *Kampf der demokratischen Jugendorganisationen seit 1945*, in: Demokratische Erziehung 3/79. Vorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) von 1975 bis 1978, Mitglied der GEW sowie des Büros des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“, ausgeschlossen aus der SPD im März 1978

Reinhard Kühnl, Dr. phil., geb. 1936; Prof. für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, 1973 Gastprofessur in Tel Aviv. Arbeitsgebiet Faschismus und Neofaschismus, wichtigste Veröffentlichungen: *Die nationalsozialistische Linke 1925 bis 1930; Formen bürgerlicher Herrschaft I* (1971); *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten* (1977); *Faschismus -Theorien – Ein Leitfaden* (1979). Mitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi)

Paul Oehike, Dr. phil., geb. 1943; Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der FU Berlin. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur westeuropäischen Arbeiterbewegung, u.a.: *Klassenkämpfe in Westeuropa (mit Albers, Goldschmidt)*, (1971); *Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa* (1974); (in Vorbereitung:) *Arbeitslosigkeit: Individuelle Verarbeitung und gesellschaftlicher Hintergrund*. Mitglied der ÖTV

Norman Paech, Dr. jur., geb. 1938; Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen hauptsächlich zu Fragen der internationalen Beziehungen. Mitglied der SPD, der GEW und des Ausschusses der „Initiative Weg mit den Berufsverboten“

Peter Pelinka, vgl. spw 2

Christiane Rix-Mackenthun, geb. 1953, Dipl.-Politologin, wiss. Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, Mitglied der GEW im DGB und der SPD seit 1972, Mitglied des Landesvorstandes der Berliner Jungsozialisten 1976 bis 1978.

Thomas Scheffler, geb. 1950; Dipl.-Politologe und z.Z. Doktorand am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Mitglied des „Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung“ (AWA) und der Politik-Kommission der Zeitschrift DAS ARGUMENT

Thomas Waldhubel, geb. 1950; Dipl.-Psychologe und Wiss. Assistent am Psychologischen Institut der FU Berlin/Fachbereich 11. Mitarbeiter bei DAS ARGUMENT, wichtigste Zeitschriftenveröffentlichung: *Spontibewegung – Flucht in den Alltag* (*Argument* 113/Jan. 1979). Mitglied des Projekts Automation und Qualifikation, Mitglied der ÖTV

Hans Willi Weizen, geb. 1953; Dipl.-Politologe und z.Z. Doktorand am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Gesellschafter der Demokratischen Verlagskooperative (DVK), Mitglied der SPD und der GEW im DGB, Beisitzer im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten von 1976 bis 1978

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

C 20 310 F

3-79

GRUNDSATZ
PROGRAMM

JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD
Brock Oberstein-Löber

ZUR ARBEIT
VON MARX
IN DEN 60ER



Sozialist
Göttinger
Thesen



Die BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS werden von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) herausgegeben. Sie erscheint zweimonatlich, d.h. 6 x im Jahr.
Einzelpreis: DM 9,-
Jahresabonnement: DM 44,- (+ 4,- Porto).

Die Zeitschrift enthält regelmäßig

- Kommentare zu aktuellen ökonomischen und politischen Ereignissen
- Interviews und Streitgespräche
- Ökonomisch-politische Analysen der kapitalistischen Metropolen
- Aktuelle Konjunkturberichte
- Analysen zur Gewerkschaftsbewegung
- Buch- und Zeitschriftenkritiken
- Aufsätze zur marxistischen Theorie

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

C 20 310 F

6-78 Sozialdemokratie

60 Zeitschriften
12 Bücher
2 Hörbücher
2 CD-ROMs
2 CD-ROMs
10 Audio-CDs
17 Videokassetten
8 Videokassetten
1 CD-ROM
1 CD-ROM



SPD

Heft Nr. 20 - November 1978 - DM 9,-

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

C 20 310 F

1-79

WELCHE
DIE
ARBEIT
VON
MARX
IN DEN
60ER
JAHREN
IN DER
SPD
BEI
DIE
THEORIE?



VSA

Heft Nr. 21 - Januar 1979 - DM 9,-

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

C 20 310 F

2-79 ARBEIT FÜR ALLE! aber wie?

Europa
und die
Sozialisten

Europa
und die
Sozialisten

Kapital-
Innovationen
Der Weg
zur
Sozialisten



Heft Nr. 22 - März 1979 - DM 9,-